Nr. 288. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kanada und die englische Flotte.

London, 7. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Nachricht, daß die konservative kanadische Regierung beschlossen hat, drei Dreadnoughts für die Flotte des englischen Mutterlandes bauen zu lassen, muß bei dem arbeitenden Volke der ganzen Welt die größte Besorgnis erregen. Das Tempo der Wettrüstungen zur See wird wieder einmal beschleunigt. Denn es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß dieser Schritt der kanadischen Regierung, der den mit England zur See rivalisierenden Mächten die Hoffnungslosigkeit des Wettkampfes vor Augen führen soll, gerade das Gegenteil bewirken wird. Schon heute weiß der Londoner „Daily Telegraph" zu melden, daß die österreichisch-ungarische Regierung beabsichtigen soll, außer den vier fertigen oder in Angriff genommenen Dreadnoughts drei weitere dieser Kolosse als Ersatz für drei veraltete Kriegsschiffe von je 5000 Tonnen zu bauen.

Der kanadische Premierminister Herr Borden rechtfertigte seinen Vorschlag mit dem Hinweis auf ein Memorandum, das die britische Admiralität auf Verlangen der kanadischen Regierung entworfen hat. In diesem Memorandum kommt die bezeichnende Stelle vor:

„Aber die Hilfe, die Kanada zur gegenwärtigen Zeit geben könnte, ist nicht allein nach Schiffen oder Geld zu bemessen. Jeder Schritt, den Kanada tut, um die Macht und Beweglichkeit der Reichsflotte zu vermehren und damit den Grad unserer gemeinsamen Sicherheit zu vergrößern, würde überall als ein höchst bedeutsames Zeugnis für die vereinte Kraft des Reiches und für die erneute Entschlossenheit unserer überseeischen Dominions, ihren Teil an der Aufrechterhaltung seiner Integrität zu tragen, betrachtet werden."

Aber die kanadischen Dreadnoughts haben mehr als einen demonstrativen Charakter. Die englische Admiralität hegt die Absicht, die Suprematie Englands in allen Meeren der Welt, die ihnen in den letzten Jahren in dem Wettlauf mit Deutschland verloren gegangen, wieder herzustellen. Man lese nur folgenden Passus aus dem Memorandum des Herrn Churchill:

„Die Suprematie zur See ist zweierlei Art: allgemein oder lokal. Die allgemeine Suprematie zur See besteht in der Macht, die stärkste feindliche Flotte oder die stärkste Kombination feindlicher Flotten, wo man sie auch finden mag, in der Schlacht zu besiegen und sie von dem Meer zu treiben. Die lokale Suprematie besteht in der Macht, Streitkräfte zur rechten Zeit nach einem entfernten Kriegsschauplatz zu schicken oder Streitkräfte permanent dort zu erhalten, die genügen, um den Feind zu besiegen oder in Schach zu halten, bis die Hauptentscheidung auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz gefallen ist. Es ist die allgemeine Suprematie zur See Großbritanniens, die die hauptsächlichste Bürgschaft für die Sicherheit und Wahrung der Interessen der großen Kronländer ist. ....."

Herr Borden sagte dann auch in seiner Rede, die er am 5. Dezember im kanadischen Unterhaus in Ottawa hielt: „Unsere Flotte war einst überall vorherrschend und die weiße Flagge war das Zeichen unserer Suprematie in allen Meeren. Ist es nicht Zeit, daß die früheren Zustände in gewissem Maße wiederhergestellt werden?" Und am Ende seiner Rede heißt es: „Aber heute, da die Wolken schwer herabhängen und da wir das Grollen des entfernten Donners hören und das Zucken der Blitze am Horizont sehen, können wir und wollen wir nicht warten und beraten, bis der drohende Sturm wütend und unheilbringend über uns hereingebrochen ist." Herr Borden war im Sommer dieses Jahres mit einigen Kollegen in London, während dieses Besuches ist er von der englischen Regierung in die auswärtige Politik und Absichten Großbritanniens eingeweiht worden.

Aber während diese neue Entwickelung dem arbeitenden Volke der ganzen Welt neue schwere Lasten aufbürden wird, birgt sie eine ganz besondere Gefahr für das englische Volk. Australien wird seine eigene Flotte bauen, die ausschließlich unter seiner eigenen Kontrolle stehen soll. Kanada jedoch reiht seine Dreadnoughts der britischen Flotte an, überläßt es jedoch dem Steuerzahler Großbritanniens, für die Bemannung und Aufrechterhaltung seiner Schiffe zu bezahlen. Die australische Flottenpolitik ist auch die der kanadischen Liberalen; diese unterlagen jedoch bei den Wahlen im letzten Jahre den Konservativen, die in dieser Frage mit den englischen Imperialisten übereinstimmen. Wenn nun Kanada dem Mutterlande zur Hilfe kommt, will es naturgemäß auch etwas über die Verwendung seiner Schiffe, über die auswärtige Politik Großbritanniens zu sagen haben. Das englische Kabinett hat deshalb die kanadische Regierung eingeladen, einen besonderen Minister nach London zu schicken, der zu allen Sitzungen des Reichsverteidigungsausschusses eingeladen und als permanentes Mitglied dieser Körperschaft betrachtet werden soll, bis die ganze Frage des Verhältnisses des Mutterlandes zu den Kolonien gelöst sei.

Dieser Reichsverteidigungsausschuß ist ein höchst undemokratisches Gebilde, eine Art Kamarilla, die aus dem Premierminister und den Personen besteht, die dieser zur Beratung herbeizieht, wie Minister, Beamte, Generale, Admirale. Er untersteht nur indirekt dem Einfluß der Volksvertretung und befaßt sich notwendigerweise nicht allein mit taktischen und strategischen Fragen, sondern auch mit den damit zusammenhängenden Fragen der auswärtigen Politik, nach denen sich die Strategie richten muß. Herr Borden hat nun erklärt, er habe die Versicherung der britischen Regierung, daß kein Schritt in der auswärtigen Politik unternommen werden würde, ohne daß der Vertreter Kanadas im Reichsverteidigungsausschuß befragt worden sei. Damit wäre somit der erste und entscheidende Schritt zur Bildung eines britischen Bundesrats getan, der über die Köpfe der Volksvertreter hinweg die auswärtige Politik bestimmt. Schon jetzt hat das englische Parlament in auswärtigen Fragen wenig zu sagen; das Prärogativ, Verträge zu schließen, hat es der Krone — oder besser gesagt — der Kamarilla der tonangebenden Minister nicht zu nehmen vermocht. Es ist in dieser Beziehung machtloser als die französischen oder die amerikanischen Volksvertreter, die von den Regierungen in diese Sachen wenigstens eingeweiht werden. Aber nach dem von Herrn Borden entworfenen Plane würde das Unterhaus vollends jeden Einfluß auf die auswärtige Politik verlieren; es müßte, wie sich die „Daily News" ausdrückt, den Laden zumachen.

Man sieht aus alledem, welchen verhängnisvollen Einfluß die imperialistische Politik der Rüstungen nicht allein auf das wirtschaftliche, sondern auch auf das politische Leben des Volkes ausübt. Rückschritt auf der ganzen Linie, das ist die Parole dieser kapitalistischen Politik des Größenwahnsinns.

* * *

Ein österreichisches Dementi.

Wien, 9. Dezember. Wie die Militärische Korrespondenz von maßgebender Seite erfährt, ist die Meldung des Londoner „Daily Telegraph", daß die Kiellegung von Schlachtschiffen für die österreichisch-ungarische Kriegsmarine auf Kredit bevorstehe, unrichtig. Der Standpunkt der österreichisch-ungarischen Marineverwaltung wurde vom Marinekommandanten in der letzten Session der beiden Delegationen vollkommen klargelegt, indem betont wurde, daß die Kiellegung von Ersatzschiffen für die Monarchklasse dringend notwendig sei, wenn die österreichisch-ungarische Marine unter den Flotten der Großmächte den entsprechenden Platz einnehmen solle. Ebenso wurde aber wiederholt erwähnt, daß alle Mittel hierzu nicht im Wege eines außerordentlichen Kredits, sondern durch Zuweisung von Mitteln in das Ordinarium angestrebt werden. Ein Bau auf Kredit ohne Bewilligung durch die Delegationen ist unbedingt ausgeschlossen, obwohl zurzeit drei und vom Juni 1913 an vier Schlachtschiffstapel frei sind.

* * *

Das Unterhaus und die kanadische Flottenspende.

London, 9. Dezember. Unterhaus. Der Abg. Lee fragte, wann es beabsichtigt sei, die von Kanada angebotenen Kriegsschiffe in Bau zu geben und wann diese Schiffe zur Diensteinstellung fertig sein würden. Der Marineminister Churchill erwiderte, die Angelegenheit sei noch nicht spruchreif, da das kanadische Parlament dem ihm vorgelegten Antrag noch seine Zustimmung geben müsse. Lord Beresford fragte dann, ob man die kanadischen Schiffe noch denen hinzurechnen gedenke, welche nach Ansicht der Admiralität für den Dienst in europäischen Gewässern gebaut werden müßten. Churchill antwortete: Als ich am 22. Juli den Nachtragsetat einbrachte, sagte ich, es sei der Wunsch der kanadischen Regierung, daß Kanada seine Beihilfe in Form einer Erweiterung des bestehenden britischen Marineprogramm gewähre, und jeder von Kanada etwa unternommene Schritt direkt dazu dienen solle, die Streitkräfte des Reichs und den Sicherheitsfaktor zu verstärken; ich habe diesen Erklärung nichts hinzuzufügen. Im weiteren Verlaufe fragte Lee: Ist der Vorschlag, daß ein kanadischer Minister zum ständigen Mitglied des Reichsverteidigungsausschusses ernannt werden soll, von der Regierung endgültig angenommen und ist vorgeschlagen, diesen Grundsatz auch auf die Vertreter der anderen Kolonien mit Selbstverwaltung auszudehnen? Ministerpräsident Asquith erwiderte: Der Vorschlag, daß einer oder mehrere Vertreter der Kolonien zu den Sitzungen des Verteidigungsausschusses hinzugezogen werden sollen, wurde von der britischen Regierung bei der Reichskonferenz des letzten Jahres gemacht und als im Prinzip wünschenswert von allen Premierministern angenommen.

Die Balkankrise.

Bulgariens Ansprüche.

Genosse Sakasoff schreibt aus Sofia:

Die Bulgaren haben alle Ursache, für einen schnellen Frieden zu arbeiten. Sie haben mit ihren Waffen ein Territorium gewonnen, das alle ihre großbulgarische Träume weit übertroffen hat. Das Bulgarien des Friedens von St. Stefano, der den russisch-türkischen Krieg im Jahre 1878 beendete, sah nicht diese weitgestreckten Grenzen vor, die man jetzt erreicht hat und die man behalten will. Die Eroberung Konstantinopels, das Hinausdrängen der Türken nach Asien, so begehrenswert es für den nationalen Stolz und für den zukünftigen Frieden sein könnte, ist unter den gegenwärtigen politisch-diplomatischen Zuständen unmöglich. Rußland und nach ihm England und Frankreich erlauben nicht, daß die Bulgaren den tödlichen Schlag gegen die europäische Türkei führen. Den Widerstand der Tripelallianzmächte gegen ein solches Vorgehen mußte man im voraus in Rechnung ziehen. Dazu kommen aber auch eine Reihe von Schwierigkeiten internationalen Charakters und solche, die zwischen den Verbündeten selbst entstehen würden, wenn es zu der definitiven Regelung des Besitzes von Konstantinopel und der Dardanellen käme.

Alle diese Erwägungen haben schließlich die bulgarische Regierung veranlaßt, sich mit dem Erreichten zu begnügen.

Das wenigste, was die Verbündeten von der Türkei verlangen wollen, wäre, daß sie auf ihren europäischen Besitz verzichte und sich mit Konstantinopel, den Dardanellen und einem Hinterland begnüge, daß von dem Hafen Midija am Schwarzen Meer, durch das Tal des Ergeneflusses bis zu der Mündung der Maritza am ägäischen Meer bei Enos führt. Aber wird die Türkei das ohne weiteres annehmen?

Das ist die Frage.

Wenn die bulgarische Armee im Stande gewesen wäre, gleich in den nächsten Tagen nach der Schlacht von Lüle-Burgas die flüchtenden türkischen Divisionen über die Tschataldscha-Verteidigungen nach Konstantinopel zu verfolgen oder, wenn nicht noch vor zwölf Tagen die starken Regengüsse die bulgarischen Positionen vor der Tschataldschalinie überflutet hätten, was die Angreifer genötigt hatte, sich fünf Kilometer zurückzuziehen, so hätte man diese Frage nicht aufzuwerfen brauchen. Damals rechnete die Türkei mit dem Abschied von Europa und hatte große Sorge, ob die Großmächte ihr ein kleines Stück Land in Asien überlassen würden. So entscheidend sind in dieser Welt die Erfolge der Waffen.

Jetzt gestaltet sich die Frage aber anders. Wie alle phantasievollen Nationen, hat die Türkei die Empfindung, daß das Kriegsglück sich ihr zugewandt hat. Die von den Bulgaren nicht durchgeführten Operationen bei Tschadtaldscha werden von ihr als Schwäche und als Ermattung des bulgarischen Vorstoßes aufgefaßt, die Beschwörung des religiösen Fanatismus durch die Ulemas wird als ein Aufflammen des kriegerischen und patriotischen Geistes bei den Soldaten hingestellt. Ferner wird das hinterlistige und selbstsüchtige Gebaren der Diplomatie um die angekündigte Erbschaft des sinkenden Halbmondes von der Türkei als Wiederbeleben des uneigennützigen Interesses der europäischen Mächte für ihr Schicksal gedeutet. Und so kommt es, daß die Illusion und Selbsttäuschung der Türkei vielleicht in diesem Augenblicke nicht geringer ist, wie im Anfang des Krieges.

Aber die Tatsachen, die harten Dinge der Wirklichkeit, werden die Türkei eines besseren belehren. Bei Tschataldscha haben die Bulgaren eine mehr als 300 000 Mann starke Armee versammelt, die nach den großen schon gebrachten Opfern fest entschlossen ist, die oben angedeutete Grenzlinie zu erkämpfen, und wenn die Türkei das nicht annehmen will, über Tausende und Abertausende von Leichen in Konstantinopel einzuziehen, um der türkischen Herrschaft in Europa ein Ende zu machen, unbekümmert darüber, was für Resultate die Eifersüchtelei der europäischen Mächte erzeugen wird. Der Krieg hat auch seine Logik. Angefangen von der Regierung, wird er geführt von den Soldaten und auf sein Ende hat die Stimmung der Armee großen Einfluß.

*

Ich hatte eben das obige zu Ende geschrieben, als die Nachricht anlangte, daß der Waffenstillstand abgeschlossen sei. Die amtliche Meldung lautet, daß das Projekt Daneffs von der Türkei angenommen ist. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die Türkei in die Grenzlinie Midia, Tschorlu, Enos eingewilligt hat. Das übrige ist belanglos. Jetzt können wir bald auf einen für beide Seiten würdigen Frieden hoffen, der eine neue Zukunft für die Balkanvölker eröffnet.

Nur drei schwere Sorgen lasten noch auf dem Volksbewußtsein. Es sind:

1. der österreichisch-serbische Konflikt über den Adriahafen;
2. die jetzt so demütigend wirkenden rumänischen Forderungen nach „Grenzregulierung" und
3. die definitive Befriedung und Verwaltung des „befreiten" Landes.

Neben diesen drei Problemen kommt das Problem der Beseitigung des grenzenlosen Elends, das der Krieg mit sich gebracht hat.

Die Zeit rückt näher, in der die Sozialdemokratie der Balkanländer wieder in ihre geschichtliche Rolle eintreten wird.

* * *

Ein Beruhigungsversuch der österreichischen Regierung.

Lemberg, 8. Dezember. Statthalter Dr. Bobrzynski hat heute in der Vollversammlung der polnischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten eine an ihn gerichtete Anfrage folgendermaßen beantwortet: Auf Grund einer Ermächtigung seitens des Ministerpräsidenten bin ich in der Lage, folgende autoritative Aeußerung abzugeben: Die internationale Situation hat in den letzten Tagen keine Veränderung erfahren, und die Gerüchte über eine Verschärfung der auswärtigen Lage sind unbegründet. Unsere Beziehungen zu Rußland sind normal, und den Gerüchten über eine bevorstehende Kriegsgefahr ist daher kein Glauben beizumessen. Es würde sich demnach empfehlen, wenn von seiten der Mitglieder des Klubs mäßigend eingewirkt und der Verbreitung unverläßlicher und un-

zutreffender Nachrichten entgegengetreten würde. Weiter ist zu konstatieren, daß sich angesichts der herrschenden Beunruhigung vor allem in den Kreisen der Jugend eine Bewegung geltend gemacht hat, deren national-patriotischer Charakter nicht verkannt werden soll, die aber im Hinblick auf die gleichzeitig auftretenden falschen Voraussetzungen über die Heranziehung dieser Kreise zu militärischen Aufgaben bedenklich ist, ja Gefahren in sich birgt. Aus diesem Grunde sind die Behörden im Einvernehmen mit den militärischen Organen nachdrücklich bemüht, derartigen falschen Voraussetzungen durch eine entsprechende Einwirkung und Beaufsichtigung der Jugend entgegenzutreten. Es wird auch eine dankbare Aufgabe der Vertreter der beiden das Land bewohnenden Nationalitäten sein, in ihren Kreisen möglichst dazu beizutragen, daß einer solchen mit Gefahren verbundenen Bewegung Einhalt geboten wird.

Russische Friedensbeteuerungen.

Wien, 9. Dezember. Die „Politische Korrespondenz" veröffentlicht aus St. Petersburg eine von russischer Seite stammende Mitteilung, die sehr friedliche Töne anschlägt und in der es zum Schluß heißt: Im Hinblick auf die vollständig ruhige und besonnene Haltung sowie auf die Friedensliebe der Kabinette von Petersburg und Wien, deren gegenseitiger Verkehr auch jetzt noch ein freundschaftliches Gepräge trägt, ferner auf das schon bisher wahrgenommene Sinken des Niveaus der serbischen Ansprüche darf man, ohne die Bedeutung der noch bestehenden Gefahrquelle zu verkennen, bei der Hoffnung beharren, daß sich aus der Frage des Adriahafens keine Bedrohung des europäischen Friedens entwickeln werde.

Die künftigen Grenzen der Balkanstaaten.

Belgrad, 8. Dezember. Die Friedensdelegierten der Balkanstaaten haben den Auftrag erhalten, nach Beendigung der Friedensverhandlungen mit der Türkei in London zu bleiben, um dort die Fragen der territorialen Abgrenzung zwischen den Balkanstaaten zu regeln.

Die rumänische Thronrede.

Bukarest, 9. Dezember. Die Parlamentssession wurde heute vom König Carol mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt: Die Politik Rumäniens, in ihrer traditionellen Beständigkeit als Politik der Mäßigung und des Friedens in den mit den höchsten Interessen des Landes verträglichen Grenzen (Beifall) hat uns in die Lage versetzt, mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und uns namentlich des besonderen Vertrauens der Großmächte zu erfreuen. Rumänien hat bei seinem Bestreben, zur Lokalisierung des Krieges beizutragen, gegenüber den kriegführenden Balkanstaaten Neutralität beobachtet, wobei es jedoch die Entwickelung der Ereignisse, die zahlreiche Interessen unseres Staates berühren, aufmerksam verfolgte. Wir sind zu der Hoffnung berechtigt, daß diese Haltung günstige Ergebnisse für gute Beziehungen zu den Balkanstaaten in ihrer neuen Gestaltung zeitigen wird und daß unsere Interessen Berücksichtigung finden werden. (Langanhaltender Beifall.) Rumänien wird als ein wichtiger Faktor des europäischen Konzerts angesehen, und bei der endgültigen Regelung der durch die Balkankrise aufgeworfenen Fragen wird sein Wort Gehör finden. (Bravo!) Das Vertrauen, das die Nation in die ausnahmslos anerkannte Tapferkeit ihrer Soldaten setzt, ist vollauf berechtigt. Die Armee ist imstande, diesem Vertrauen zu entsprechen, und ist immerdar bereit, ihre Mission zu erfüllen. (Langanhaltender Beifall.) Die neuen Kredite, die von Ihnen für die Armee werden angesprochen werden, werden in Ihrem Patriotismus ihre Begründung finden. (Beifall.) Meine Regierung wird Ihnen zur Beratung mehrere Gesetzentwürfe unterbreiten, die dazu bestimmt sind, das Werk der Konsolidierung und des Fortschrittes des rumänischen Staates in jeder Beziehung zu fördern. Ich zweifle nicht, daß Sie unter den gegenwärtigen Umständen auf der Höhe der Ihnen vom Lande anvertrauten Mission stehen, und, indem Sie der Regierung die notwendige Unterstützung leihen, die berechtigten Hoffnungen der Nation erfüllen werden. (Stürmischer Beifall.)

Die Verproviantierung der Festungen.

Berlin, 9. Dezember. Da einige Zeitungen Meldungen aus Konstantinopel verbreiten, wonach die belagerten türkischen Festungen während des Waffenstillstandes verproviantiert würden, erklärt die hiesige bulgarische Gesandtschaft diese Gerüchte für durchaus unrichtig und bemerkt, daß nach § 2 des Waffenstillstandsprotokolls die belagerten Festungen weder verproviantiert, noch von neuem mit Munition versehen werden dürfen. Ferner erklärt die bulgarische Gesandtschaft, daß nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes keine Angriffe der Bulgaren auf Adrianopel mehr stattgefunden haben.

Ein italienischer Dampfer von den Griechen beschlagnahmt.

Rom, 8. Dezember. Die „Tribuna" meldet aus Durazzo: Der der italienischen Schiffahrtsgesellschaft Puglia gehörende Postdampfer Adriatico", der auf der Fahrt von Bari nach Valona mit einer Ladung von fünfzig Tonnen Mehl für Rechnung eines französischen Handelshauses in Marseille begriffen war, wurde gestern früh durch griechische Schiffe, die vor der Insel Saseno kreuzten, beschlagnahmt und als Prise nach Korfu geschleppt. Dasselbe Blatt meldet sodann aus Korfu: Der griechische Hilfskreuzer „Macedonia" hat den beschlagnahmten Postdampfer „Adriatico" gestern abend in den Hafen gebracht. Er wurde dem Hafenkommandanten unterstellt. An Bord des „Adriatico" nahm man eine sehr strenge Untersuchung vor und unterzog die Mannschaft in Gegenwart der Behörden, des italienischen Generalkonsuls und eines Vertreters der Schiffsgesellschaft Puglia einem Verhör.

Die österreichischen Kriegsgesetze.

Der hartnäckige Widerstand unserer österreichischen Genossen gegen die Durchpeitschung des Kriegsleistungsgesetzes hat bereits den Erfolg gehabt, die bürgerlichen Parteien gegen den Terrorismus der Regierung einigermaßen zu stärken, wodurch der Vorlage wenigstens die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen werden konnten. Die Regierung sah sich gezwungen, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Gesetz nur bei wirklicher Kriegsgefahr oder Kriegsbedrohung angewendet werden dürfe, so daß also die unbestreitbare Absicht der Regierung, unter der Vorspiegelung einer Kriegsgefahr die Rechte des Volkes aufzuheben und die Arbeiter durch Mobilisierung der Militärdisziplin zu unterstellen, gescheitert ist. Weiter hat die Regierung zugestanden, daß die zu Kriegsleistungen Herangezogenen unter keinen Umständen in die Feuerlinie geführt werden dürfen, daß sie möglichst in der Heimatsgemeinde verwendet und nicht zu Arbeiten herangezogen werden sollen, die ihrem Beruf allzu fern liegen.

Enthaftung von Jungtürken.

Konstantinopel, 8. Dezember. Die ehemaligen jungtürkischen Minister Hadji Adil und Enrullah Hairi sowie der ehemalige Abgeordnete Carasso, der Journalist Aghaieff, der Generalsekretär der Kammer und drei ehemalige Deputierte sowie sechs andere Jungtürken wurden heute in Freiheit gesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember 1912.

Leichenreden.

Aus dem Reichstage, 9. Dezember. Wenn der Staatssekretär des Reichsschatzamts musikalisch genug ist, um sich auf alle Ereignisse im Leben einen Vers zu machen, so hat er heute still für sich das schöne Lied gebrummt: „Verlassen, verlassen, verlassen bin i." Keine Menschenseele hatte Mitleid mit ihm. Ein Redner des Hauses nach dem anderen redete gegen das Petroleumgesetz des Herrn Kühn, der eine fand noch mehr daran auszusetzen als der andere.

Und selbst seine Kollegen aus den anderen Reichsämtern ließen Herrn Kühn im Stich. Angeblich soll das Gesetz auch sozialpolitische Bedeutung haben. Genosse Frank hat diese sozialpolitische Heuchelei der Regierung mit einigen kräftigen Worten an den Pranger gestellt. Aber es wäre kaum nötig gewesen. Die Regierung lieferte selbst den besten Beweis dafür, wie gleichgültig ihr die sozialpolitischen Gründe für das Petroleummonopol sind, indem sie dem Reichsschatzamt allein die Vertretung des Gesetzes überließ und Herrn Kühn nicht einmal den redefertigen Herrn Delbrück vom Reichsamt des Innern als Sekundanten an die Seite gab.

Ueber das Schicksal des Regierungsentwurfs ist sich niemand mehr im Zweifel, und Genosse Frank konnte deshalb die schönen Reden, die heute im Hause gehalten wurden, mit Recht Leichenreden nennen. Genosse Frank nahm sich in seinen kurzen Ausführungen mit Entschiedenheit der Interessen der geschädigten Kleingewerbetreibenden und der Angestellten und Arbeiter an, so daß spätere Redner, besonders der nationalliberale Handelsangestellte Marquart, nur wiederholen konnten, was vor ihnen der sozialdemokratische Redner schon viel besser gesagt hatte. Aber man will doch auch einmal reden! Und so fanden einige gleichgültige Abgeordnete in der Debatte irgend einen Haken, an dem sie eine rednerische Rechtfertigung vor ihren Wählern aufhängen konnten.

Das Haus überwies die Vorlage einer Kommission. Ob man noch einmal wieder etwas von ihr hören und sehen wird, darf man mit Geduld abwarten.

Es wurden dann noch einige Berichte der Wahlprüfungskommission erledigt. Von Interesse ist nur der Bericht über die Wahl des bekannten Bruhn. Die Kommission beantragte die Gültigkeit der Wahl, von der sozialdemokratischen Fraktion wurde aber mit guten Gründen ein Antrag auf Ungültigkeit gestellt. Genosse Stadthagen wies nach, daß amtliche Wahlbeeinflussung stattgefunden hat, und daß ohne diese Beeinflussung mit Sicherheit Bruhn nicht in die Stichwahl, also auch nicht in den Reichstag gekommen wäre. Leider stimmten aber alle Parteien, mit ganz wenigen Ausnahmen auch die Freisinnigen, für die Gültigkeit, so daß Herr Bruhn, der sich während dieser Verhandlungen bescheidenerweise auf eine Zuhörertribüne geflüchtet hatte, wieder in den Saal kommen durfte. Er darf sich dafür bei seinen Spezialfreunden, den Freisinnigen und Nationalliberalen, bedanken. —

Morgen stehen die Interpellationen über das Koalitionsrecht der Angestellten in Staatsbetrieben und über den Wagenmangel auf der Tagesordnung.

Verwaltungsreformen in Preußen.

Wie reaktionär muß es um die innere Verwaltung in Preußen bestellt sein, wenn selbst ein so rechtsstehender Mann wie der nationalliberale Abg. Schiffer die Zeit für gekommen hält, mit Initiativanträgen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform hervorzutreten! Freilich zeichnen sich die Schifferschen Anträge weniger durch Qualität als durch Quantität aus. Die Menge muß es bringen, denkt er, und so beantragt er einmal die Annahme eines Gesetzentwurfes über Polizeiverordnungen und Ortsstatuten in der Richtung, daß auf Feststellung der gänzlichen oder teilweisen Rechtsungültigkeit einer Polizeiverordnung Klage beim Oberverwaltungsgericht erhoben werden kann und daß die Rechtswirksamkeit einer Polizeiverordnung oder eines Ortsstatuts nach Ablauf von 25 Jahren erlischt. Ein zweiter Antrag verlangt die gesetzliche Regelung der Anfechtung amtlicher Verfügungen, und zwar soll die welterschütternde Reform darin bestehen, daß alle von Behörden oder Beamten ergehenden Entscheidungen u. dgl., deren Anfechtung an die Innehaltung einer Frist gebunden ist, am Schluß die Eröffnung enthalten müssen, innerhalb welcher Frist, in welcher Form und bei welcher Stelle die Anfechtung anzubringen ist. Endlich soll die Regierung noch ersucht werden, den vorhandenen Rechtsstoff zu sammeln und zu sichten, um einen möglichst zeitgemäßen, sicheren, übersichtlichen und aufrechten Rechtszustand herbeizuführen.

Selbst diese bescheidenen Anfänge einer Reform, wenn man überhaupt das Wort „Reform" hierauf anwenden darf, fanden nicht ohne weiteres die Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Erst soll noch eine Kommission die erforderlichen Vorarbeiten treffen, bevor das Plenum sich darüber schlüssig wird. Wozu diese Verschleppung? Ist man sich von der Rechten bis zur äußersten Linken doch darüber einig, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Die gegen eine sofortige Erledigung der Anträge erhobenen Einwände sind, wie Genosse Liebknecht treffend nachwies, in keiner Weise stichhaltig. Abhilfe tut sofort not, ohne daß man etwa erst die geplante große Verwaltungsreform abwartet.

Im Anschluß hieran beschäftigte sich das Haus mit einer Materie, mit der es sich in den letzten Jahren wiederholt befaßt hat, zuerst im Jahre 1900 infolge eines sozialdemokratischen Antrags. Es handelt sich um den Erlaß eines Gesetzes betreffend die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte. Wiederholt ist die preußische Regierung aufgefordert worden, die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 15. März 1909 auf die preußischen Gesetze auszudehnen, aber sie hat sich bisher nicht daran gekehrt. Warten wir ab, ob sie jetzt endlich, wo ein unter andern von dem Genossen Leinert befürworteter Antrag der fortschrittlichen Volkspartei auf Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes zur Annahme gelangt ist, dem Verlangen des Abgeordnetenhauses Folge leisten wird.

Die Eisenbahner und der ministerielle Terror.

Wieder einmal hatten sich 5000 Berliner Eisenbahner in der „Neuen Welt" versammelt, um der Regierung und dem preußischen Parlament ihre Wünsche zu Gemüte zu führen. Und auch diesmal stand die Kundgebung im Zeichen des behördlichen Terrors. Denn gemäß der ministeriellen Forderung, daß in Eisenbahnerversammlungen sozialdemokratische Abgeordnete nicht nur nicht als Redner zugelassen, sondern nicht einmal als Zuhörer geduldet werden sollten, wurde auch diesmal der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion aus dem Saale gewiesen.

Es ist schier unglaublich, was man den Arbeitern der preußischen Eisenbahnverwaltung zu bieten wagt. Erst vor wenigen Tagen, bei der Beratung des Wagenmangels auf den preußischen Eisenbahnen, war es von allen Rednern einzig der sozialdemokratische Redner, der auch entschieden für die Unterbeamten und Arbeiter der Staatseisenbahnen eintrat und nachdrücklichst forderte, daß unter den gewaltigen Mehrausgaben für die Beschaffung von rollendem Material und dem Ausbau der Schienenstränge unter keinen Umständen die unaufschiebbare Besserstellung der Unterbeamten und Bahnarbeiter leiden dürfe. Dafür wird dem Vertreter der Sozialdemokratie nicht nur verwehrt, in einer Versammlung der Eisenbahner die Haltung seiner Fraktion darzulegen, sondern er wird auch wie ein Eindringling ausgewiesen!

Daß Herr Ickler, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, als Vorsitzender dieser Versammlung unserem Vertreter, Genossen Borchardt, zum Verlassen des Saales aufforderte, weil er nicht eingeladen worden sei, würden wir ihm nicht weiter verübeln. Herr Ickler hat da vielleicht weniger als Vorsitzender der Organisation, denn vielmehr als Werkzeug seiner vorgesetzten Behörde — er ist ja selbst Vorschlosser in der Eisenbahnwerkstatt in Göttingen — gehandelt. Er unterwarf sich dem Terror des Eisenbahnministeriums. Dann wäre es aber wenigstens ehrlicher und vornehmer von ihm gewesen, die Bemerkung zu unterdrücken, daß es nicht Brauch sei, „in Versammlungen einzudringen, zu denen man nicht eingeladen" sei. Treffend antwortete ihm denn auch Genosse Borchardt unter starkem Beifall aus der Versammlung, daß er von Mitgliedern der Organisation die Aufforderung zum Besuch der Versammlung erhalten und es als seine Pflicht betrachtet habe, sich wenigstens als Zuhörer von den Forderungen der Eisenbahner zu unterrichten. Aber auch das half nichts — unser Genosse mußte dem behördlichen Terrorismus weichen!

Daß ein solches Vorgehen der Behörden gesetz- und verfassungswidrigen Terrorismus darstellt, ist ja dem preußischen Eisenbahnminister schon wiederholt und in kräftigster Sprache ins Gesicht gesagt worden. Es ist ja aber bekannt, daß solche Anklagen, und seien sie noch so begründet, auf einen preußischen Minister herzlich wenig Eindruck machen. Was kümmert unsere Minister Gesetz und Verfassung, so lange sie die Mehrheit der Dreiklassenmänner hinter sich haben! Respekt vor den Rechten der Volksmehrheit und insbesondere auch den Staatsproletariern wird den Regierungsvertretern erst dadurch beigebracht werden, daß sich die Volksmehrheit bei den Wahlen rücksichtslos auf die Seite der Sozialdemokratie stellt. Von dem Teil der in der Versammlung anwesenden Abgeordneten freilich, der sich zu wirklich liberalen Ansichten bekennt, hätte man allerdings soviel Anstandsgefühl erwarten sollen, daß auch sie sofort demonstrativ die Versammlung verlassen hätten, wo ein parlamentarischer Kollege aus Liebedienerei vor der terroristischen Regierung ausgewiesen wurde! Denn ihr Verbleiben mußte ja geradezu den kläglichen Eindruck erwecken, daß auch sie schließlich froh wären, von der unbequemen sozialdemokratischen Kritik befreit zu sein!

Die Luftflottenvorlage.

Man weiß, daß sich unser Militarismus im Jahre 1913 nicht mit lumpigen 1861 Millionen Jahresausgabe begnügen wird, sondern daß noch ein Nachtragsetat bevorsteht, der ein Luftflottengesetz enthalten wird. Die im Etat bereits angesetzten Millionen für den Luftmilitarismus werden von unseren Hurrapatrioten nicht für ausreichend erachtet. Auch die 5 bis 6 Millionen, die für den Reichsfliegerfonds gesammelt worden sind, erscheinen unseren Luftmilitaristen als unzulänglich. Man verlangt nichts Geringeres, als daß das Reich durch einen Nachtragsetat eine erkleckliche Anzahl von Millionen bewilligt, um die Luftflotte auf eine konkurrenzlose Höhe zu bringen. Namentlich sollen ganze Geschwader weiterer Zeppeline und anderer „Luftkreuzer" für die nachgeforderten Millionen angeschafft werden, und zwar im forciertesten Tempo.

Welche Zumutungen unsere Luftindustrieritter dem Reiche stellen, beweist eine Zuschrift an die „Berl. Neuesten Nachr.". Wird doch darin gefordert, daß „in Bälde" allein 24 neue Zeppelinkreuzer gebaut werden müßten. Da solch ein moderner Zeppelin von 22 000 Kubikmeter Luftverdrängung seine 600 000 M. kostet, würden die 24 „Luftkreuzer" ihre 14 400 000 Mark kosten, und zwar ohne die erforderlichen Luftschiffhallen, ohne Bemannung, Gasfüllung, Reparaturen usw.

Dabei ist selbst der militärische Wert der großen Luftkreuzer obendrein ein höchst zweifelhafter! Denn trotz aller Vervollkommnungen und aller Steigerung der Fahrgeschwindigkeit der Luftschiffe „leichter als die Luft", trotz des gewaltigen Aktionsradius dieser Fahrzeuge ist es noch sehr die Frage, ob nicht die leichte Luftkavallerie der Flugmaschinen bei Tage jede ihrer Operationen unmöglich machen würde. Denn wenn die Zeppelinen ihre 80 Kilometer pro Stunde machen, machen zahlreiche Flugmaschinen bereits ihre 120 Kilometer, ganz zu schweigen von Vedrines Geschwindigkeitsrekord von 170 Kilometern pro Stunde! Und während kein deutsches Luftschiff bis jetzt höher als 1500 bis 2000 Meter gekommen ist, haben zahlreiche Flugmaschinen bereits 3000 Meter Höhe, einzelne sogar 4000 bis 5500 Meter Höhe erreicht. Auch ist es sicher, daß man die Flugmaschinen ebensogut mit Maschinengewehren ausrüsten kann wie die Luftschiffe. Ob aber die Luftschiffe bei Nachtfahrten trotz der Scheinwerfer und Ballonabwehrkanonen besonders wertvoll sein werden, ist auch noch höchst zweifelhaft.

Die Luftflottenvorlage verdient also doppelt kritische Aufnahme!

Pius X. und Kopp.

Der Papst hat an den Fürstbischof Kopp, dem schärfsten Gegner der bachemitischen Zentrumsrichtung und der christlichen Gewerkschaften, ein Schreiben gerichtet, in welchem er diesem seine Anerkennung für die gute Gesinnung ausspricht, mit der der preußische Episkopat die antigewerkschaftliche päpstliche Enzyklika aufgenommen hat. Das in Nr. 21 der „Acta Apostolicae Sedis" enthaltene Schreiben des Papstes lautet:

Geliebter Sohn, Gruß und Apostolischen Segen!

Aus dem Schreiben, das Du und die übrigen deutschen Bischöfe vor dem Abschiede von Fulda uns gesandt, haben wir außer dem gemeinsamen Beweise treuer Ergebenheit zu unserer Freude klar ersehen können, mit welch guter Gesinnung Ihr die letzthin an Euch gerichtete Enzyklika über die Arbeiterverbände aufgenommen habt. Bewahret gewissenhaft diesen guten Willen, der, wie Euer Schreiben bezeugt, allezeit zum Gehorsam bereit ist, und seid überzeugt, daß es nichts gibt, was Gott und uns angenehmer und der Kirche nützlicher ist, als das praktische Bestreben aller Bischöfe zum gemeinsamen Denken und Handeln, das durch die treue Ergebenheit gegen den Apostolischen Stuhl noch mehr gestärkt und gefördert wird.

Wir wünschen sehr, daß die konstantinischen Feierlichkeiten, deren Ihr Erwähnung tut, das Bestreben aller Katholiken für die

Freiheit der Kirche entfache, auf daß sie zu besserem Hoffen und Sinnen führen mögen.

Als Unterpfand der himmlischen Güter und als Beweis unseres Wohlwollens erteilen wir Dir, geliebter Sohn, den Bischöfen samt ihrer Herde aus ganzem Herzen den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 14. November 1912 im zehnten Jahre unseres Pontifikats. Papst Pius X.

Eine Zentrumsdemonstration für die Jesuiten.

Die badische Regierung hat dem Jesuitenpater Cohausz verboten, seine religiösen Vorträge in Freiburg i. Br. fortzusetzen: ein Verbot, das einen Teil der Freiburger Zentrumsparteiler dazu Anlaß bot, eine kleine Straßendemonstration zu inszenieren. Am Freitagnachmittag hatte das Bezirksamt im Auftrage der badischen Regierung Herrn Cohausz eröffnet, „daß nach der neuesten Bundesratsverordnung seine Vorträge zu verbieten seien; gegen die Abhaltung des letzten Vortrages aber wolle das Ministerium nichts einwenden". Am abend fand dieser letzte Vortrag in der Freiburger Festhalle statt, und im Anschluß daran die Abreise von Cohausz. Mehr als tausend Personen gaben ihm das Geleit und riefen wiederholt: „Hoch die Jesuiten! Hoch Cohausz! Wir holen die Jesuiten nach Deutschland zurück." Ein anderer Teil der etwa 4000 zählenden Vortragsteilnehmer begab sich in das katholische Vereinshaus, wo Geistliche und Zentrumsabgeordnete die katholische Volksseele nach bewährtem Rezept ins Kochen brachten. Die badische Regierung hat mit der Ausweisung von Cohausz dem Zentrum einen großen Gefallen erwiesen.

Im Reichstage hat der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach eine „kleine Anfrage" eingebracht. Das Zentrum will wissen, was der Reichskanzler im Hinblick auf den Freiburger Fall zu tun gedenkt, um sowohl der Erklärung des Kanzlers vom 4. Dezember als auch der Erklärung des Staatssekretärs des Reichs-Justizamts vom 6. Dezember Geltung zu verschaffen. Nach diesen Erklärungen bezweckt nämlich die Auslegung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat eine Aenderung der bestehenden Praxis, noch irgendeine Verschärfung.

Die Reichstagsersatzwahl in Stolp-Lauenburg.

Der Köslinner Regierungspräsident setzte den Termin für die Reichstagsersatzwahl in Stolp-Lauenburg auf den 28. Dezember d. J. fest.

Was die Regierung dazu bewogen hat, den Wahltag so früh festzusetzen — ohne Rücksicht auf das „Fest der Liebe", das ist leicht zu begreifen. Man fürchtet klar ersichtlich die sozialdemokratische und freisinnige Wahlagitation.

Badischer nationalliberaler Parteitag.

Die Nationalliberalen Badens hielten Sonnabend und Sonntag ihren Parteitag in Offenburg ab. Die auf der Tagesordnung stehende Berichterstattung über die Tätigkeit der Landtagsfraktion trat zurück vor der Aussprache über einen Artikel des früheren Parteiführers Obkirchner, den dieser in der Leipziger Zeitschrift „Panther" veröffentlicht hatte. In diesem Artikel wird verlangt, daß sich die nationalliberale Partei nicht auf Gedeih und Verderb mit der Sozialdemokratie verbinden dürfe. Die Landesversammlung entschied sich, im Gegensatz zu der von Obkirchner vertretenen Auffassung, gegen eine geringe Minderheit für den Großblock und für die Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten. Sie billigte, daß die nationalliberale Fraktion in Kulturfragen mit den Sozialdemokraten gegangen ist, sich aber bei Wahrnehmung von Unternehmerinteressen, bei der Frage der Entfernung der Religion aus der Schule, der Trennung von Kirche und Staat von der Sozialdemokratie getrennt hat. Nicht Worte, sondern die Abstimmungen in der Kammer seien entscheidend. Unter allen Umständen müsse eine Zentrumsmehrheit in Baden verhindert werden.

Bei Besprechung der Auslandspolitik erklärte der Parteichef Rebmann: die deutsche Politik müsse kriegsbereit sein; die sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen verdienten die allerschärfste Verurteilung.

In den engeren Ausschuß der Partei wurde auch ein Arbeiter gewählt.

Protest der Hakatisten.

In Posen tagte am Sonntag eine vom Ostmarkenverein arrangierte Protestversammlung gegen den polnischen Boykott, zu der etwa 1000 Personen erschienen waren. Die Redner verlangten die Anwendung der allerschärfsten Mittel gegen die Polen. Ein deutscher Ansiedler empfahl sogar, gegen die Polen handgreiflich zu werden. Ein Justizrat erblickte in der Enteignung der Polen eine Tat von hoher kultureller Bedeutung.

Herr v. Pischek amtsmüde.

Als erste Folge der Stärkung der schwarzblauen Rechten bei den württembergischen Landtagswahlen stellt die „Schwäbische Tagwacht" auf Grund zuverlässiger Informationen den Rücktritt des Ministers des Innern v. Pischek in nahe Aussicht. Es heißt, der Minister werde bis zur Landtagseröffnung, die in der zweiten Hälfte des Januar zu erwarten ist, aushalten, damit nicht der Zusammenhang der Veränderung im Ministerium mit den Wahlen gar zu handgreiflich hervortrete; aber seines Bleibens werde nicht mehr lange sein. Wer bisher das Verhältnis beobachtet hat, das zwischen dem Minister des Innern und der Rechten des Landtages bestand, wird es begreiflich finden, daß dem Minister unter der neuen Situation, unter der die Rechte in wirtschaftlichen Fragen den Landtag beherrschen wird, nicht sehr wohl ist.

Landrat v. Halem

hat endlich sein Mandat niedergelegt. Damit ist diese Angelegenheit für den Reichstag erledigt. Es besteht keine geschäftsordnungmäßige Möglichkeit mehr, den Antrag zu verhandeln, der die Einberufung des Polen v. Saß-Jaworski, des eigentlich gewählten Abgeordneten, fordert. Jetzt muß eine neue Wahl stattfinden, bei der die Parteigänger des Landrats v. Halem die gesetzlichen Vorschriften hoffentlich besser beachten.

Ein Idyll aus dem Odenwald.

Eine Verhandlung vor dem Provinzialausschuß zu Darmstadt enthüllte am Sonnabend ein Idyll, das in das helle Licht der Oeffentlichkeit gerückt zu werden verdient. Am 25. Oktober 1911 fanden in Hummetroth (Hessen) Beigeordnetenwahlen statt, wobei der Maurermeister Jakob Friedrich II mit 29 Stimmen gewählt wurde, während sein Gegenkandidat Landwirt Heinrich Scior 27 Stimmen erhielt. Die unterlegene Seite erhob Einspruch mit der Begründung, daß die Bildung der Wahlkommission nicht ordnungsmäßig vorgenommen worden sei, ferner aus dem Grunde, weil der Gewählte Sozialdemokrat sei, sich wiederholt als solcher bekannt und auch einem sozialdemokratischen Sommerfest (in Hollerbach) beigewohnt habe.

Darauf kassierte der Kreisausschuß Erbach, mit dem Kreisrat von Starck an der Spitze, sofort die Wahl. „In erster Linie war es, wie die „Begründung" sagt, die durch Zeugen genügend bewiesene sozialdemokratische Gesinnung des Gewählten, die hierzu Veranlassung gab. Nach konstanter Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte ist die Bestätigung eines Sozialdemokraten als Beigeordneten ausgeschlossen, da die Bestrebungen dieser Partei mit der bestehenden staatlichen Ordnung in Widerspruch stehen und gerade der Beigeordnete als Vertreter des Bürgermeisters in mannigfacher Beziehung berufen ist, für die Aufrechterhaltung dieser staatlichen Ordnung in Wirksamkeit zu treten."

Der Nichtbestätigte legte Berufung bei dem Provinzialausschuß ein mit der Begründung (die er auch schon in der Vorinstanz vorgetragen hatte), daß er gar kein Sozialdemokrat sei! Er habe sich auch niemals als solcher bekannt oder betätigt; er sei vielmehr Anhänger der christlich-sozialen Partei, für die er stets gewirkt habe. Ueberdies ließ er durch seinen Anwalt den Beweis dafür anbieten, der recht anschaulich zeigt, wie auf dem Lande das Wahlgeheimnis von den Stöcker-Jüngern durchbrochen wird. Er hatte nämlich sowohl bei der letzten Reichstags- wie Landtagswahl seinen Stimmzettel für die christlich-sozialen Kandidaten mit Punkten — den einen mit 8, den anderen mit 4 — gekennzeichnet! (Wie es scheint, steckt hinter dieser Punktierung der Stimmzettel ein regelrechtes Spitzelsystem, mit dessen Hilfe man an Hand der Ordnungsnummern der Wählerlisten die Herkunft der nichtpunktierten Zettel feststellen wollte.) Der Provinzialausschuß ging an der Frage, ob Sozialdemokrat oder nicht, glatt vorüber und erklärte die Kassierung der Wahl für gerechtfertigt. Bei der Bildung der Wahlkommission im Gemeinderat sei die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder erforderlich gewesen. Da das nicht beachtet worden sei, vielmehr die Wahl der Kommission nur von vier Gemeinderatsmitgliedern vorgenommen wäre, während die Unterschriften der anderen drei erst nachträglich eingeholt worden seien, so läge ein Verstoß gegen das Gesetz vor, der die Ungültigkeitserklärung der Wahl rechtfertige.

Frankreich.

Großtaten zum Schutze des Militarismus.

Paris, 8. Dezember. Aus Brest wird gemeldet: Der Präfekt des Finistère-Departements entzog dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Brest, Masson, die Polizeibefugnis, da derselbe sich weigerte, antimilitaristische Kundgebungen zu untersagen. Heute vormittag führte Masson in einer von 2000 Sozialisten besuchten Versammlung, in welcher ein Beschlußantrag gegen den Krieg angenommen wurde, den Vorsitz. Die geplante Straßenkundgebung wurde durch ein starkes Gendarmerieaufgebot verhindert.

Paris, 8. Dezember. Auf Ansuchen des Kriegsministers Millerand hat der Unterstaatssekretär des Postwesens Chaumet verfügt, daß mit antimilitaristischen oder royalistischen Propagandamarken versehene und an Soldaten adressierte Briefschaften von der Post nicht mehr zugestellt werden sollen.

Paris, 8. Dezember. Ueber die an den Kesselröhren des „Jean Bart" verübte Sabotage wird gemeldet, daß die Untersuchung ergab, daß auch noch andere Röhren durchlöchert worden waren. Die Urheber der Sabotage konnten bisher nicht entdeckt werden. Der „Temps" meint, man brauche sich über derartige Vorkommnisse nicht zu wundern, da im Arsenal gegen 50 bekannte Anarchisten und Antimilitaristen beschäftigt seien.

Die Milizforderung vor der Kammer.

Paris, 9. Dezember. Kammer. Die Debatte über die Infanteriekaders wurde fortgesetzt. Jaurès entwickelte einen Gegenvorschlag betreffend Einrichtung von Milizen, dessen hauptsächliche Grundlagen folgende sind: Eine vorbereitende Erziehung für den Militärdienst, die sich nur auf Gesundheit und körperliche Gewandtheit bezieht, beginnt im Alter von 10 Jahren, ein sechsmonatiger Besuch einer Rekrutenschule geht unmittelbar dem aktiven Dienst voraus. Jeder Soldat bewahrt die Waffen in seiner Wohnung auf. Die Kaders sind teils beruflichen Charakters, teils zivilen. Die Armee hat ausschließlich den Zweck, die Unabhängigkeit und den Boden des Vaterlandes gegen einen Angriff zu schützen. Der Krieg dient zur Verteidigung, wenn die Regierung einer anderen Regierung, mit der sie einen Konflikt hat, vorschlägt, auf ein Schiedsgericht zurückzugreifen. Das Parlament soll aber jede Regierung stürzen, die einen Krieg beginnt, ohne ein Schiedsgericht vorzuschlagen, und sie durch eine andere ersetzen, welche die nationale Unabhängigkeit schützt und zu gleicher Zeit ein Schiedsgericht vorschlägt. Frankreich soll unverzüglich mit allen im Haag vertretenen Mächten über allgemeine Schiedsgerichtsverträge verhandeln. Jaurès forderte weiter körperliche Ausbildung und staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und erklärte, daß die moralische Einheit der Nation unerläßlicher als die materielle Stärke sei, um einen Sieg sicherzustellen; die Demokratie müsse vollständig Herrin der Leitung der auswärtigen Politik bleiben. Geheime Verträge dürfe man nicht mehr dulden. Jaurès sprach dann ausführlich zugunsten von Schiedsgerichten und schilderte warm die Begeisterung, mit der die ganze Nation in den Krieg ziehen würde, nachdem der Gegner das Schiedsgericht abgelehnt hätte. Jaurès erklärte dann, es scheine, daß auch Deutschland das System der kasernierten Armee aufgeben wolle. Er verglich dann die deutsche und die französische Armee beim ersten Zusammenstoß und sprach die Ansicht aus, sein System würde Frankreich gestatten, Deutschland eine überlegene Streitkraft entgegenzustellen. Die beste Deckung wäre die Aufstellung eines Milizheeres im Osten, das aus 20 bis 25 Jahre alten Leuten bestände. Auch die Konföderation der Arbeit habe die Desertion gemißbilligt. Die Nichtstellung von 80 000 Soldaten führte Jaurès auf das Gesetz von 1905 und auf die schlechte Organisation der Gendarmerie zurück.

Italien.

Der Vatikan auf dem Kampfpfade.

Rom, 6. Dezember. (Eig. Ber.) Die durch den Vatikan eingenommene Haltung, die gleichzeitig in der Verhängung des partiellen Interdikts über die Erzdiözöse von Genua und in der Desavouierung der fünf am meisten verbreiteten katholischen Tagesblätter zum Ausdruck kommt, bezeichnet geradezu eine Epoche in der politischen Geschichte des Papsttums: in einer Zeit, wo alles auf Anpassung drängt, was sich in der alten Gesellschaft behaupten will, wo sich die konservativen Elemente durch unzählige Zugeständnisse davon loszukaufen suchen, daß der Geist des Neuen sie überwältige, wagt es der Vatikan, der allgemeinen Selbstaufgabe der alten Machthaber eine starre mittelalterliche Selbstherrlichkeit entgegenzustellen, ein zelotisches Pochen auf den Buchstaben und auf die Pflicht der blinden Unterwerfung. Und dabei kümmert es ihn wenig, daß er mit dieser Forderung grob und tappig das ganze feingesponnene Netz zerreißt, mit dem der politisierende Klerikalismus sich in das öffentliche Leben Italiens verwoben hat. Der Heilige Stuhl will keine Konzession, keinen Frieden mit dem Usurpator.

Man denke sich einmal hinein, was es heißt, im zwanzigsten Jahrhundert über eine Diözöse den partiellen Interdikt zu verhängen, ihr am Vorabend von Weihnachten die großen Kirchenfeierlichkeiten zu verbieten, die Vornahme von Priesterweihen, von Firmelungen usw., um den Klerus für den Verdacht zu strafen, mit der Regierung unter einer Decke zu stecken in Sachen des verweigerten Exequaturs für den neuernannten Erzbischof. Die Ernennung des intransigenten Monsignor Caron ging dem liberalisierenden Klerus von Genua gegen den Strich. Anstatt diese Tendenz des Klerus bei der neuen Ernennung im Auge zu halten, greift der Vatikan zu Kirchenstrafen. Nicht nur gegen den Staat, sondern vor allem dem eigenen Klerus gegenüber will er die orthodoxe und intransigente Richtung behaupten, will sein, was er war, oder nicht sein.

Demselben Geiste ist die Erklärung der offiziellen „Acta Apostolicae Saedis" entsprungen, in der fünf große klerikale Tageszeitungen als nicht den päpstlichen Leitsätzen entsprechend abgelehnt werden. Es handelt sich um die von einem katholischen Verlagstrust, der „Società editrice romana" herausgegebenen Blätter „Corriere d'Italia" (Rom), „Corriere di Sicilia" (Palermo), „Avvenire d'Italia" (Bologna), „Momento" (Turin) und „Italia" (Mailand). Keine dieser Zeitungen hat sich je als Organ des Heiligen Stuhles ausgegeben, alle sind von gut katholischem Geiste beseelt und man wundert sich, daß der Vatikan nicht gezögert hat, ihnen dieselbe Behandlung angedeihen zu lassen, die Leo XIII. im Jahre 1885 dem „Journal de Rome" zuteil werden ließ, das die Person und die Politik des Papstes zum Gegenstand der Kritik gemacht hatte.

Was sind nun die vom Papst der katholischen Kirche als Richtschnur gegebenen Leitsätze? Sie wurden seinerzeit vom Pater Chiaudaro in einer vielgenannten Broschüre aufgestellt und sind im wesentlichen die folgenden: die römische Frage nie einschlafen lassen und stets die sekularen Rechte der Kirche betonen; nie den Politikern, die irgend einen Akt gegen Kirche und Papsttum begangen haben, unbedingtes Lob spenden; bei den Besprechungen von Büchern und Theaterstücken kein Urteil fällen, das mit der katholischen Lehre und Moral unvereinbar wäre. Die ganze vom Vatikan getroffene Verlagsanstalt steht übrigens in naher Beziehung zum Banco di Roma, dessen Wirken in der Sache des libyschen Krieges bekannt ist. Hinter den Blättern stehen Erzbischöfe, wie der von Palermo, steht die ganze klerikale Parlamentsfraktion der Kammer, steht die gesamte Tagespolitik der klerikalen Partei Italiens. Der Vatikan tritt über das alles weg, zehn Monate vor den Parlamentswahlen, und stellt als Gesetzestafel über all das Gewimmel der Interessen und des Ehrgeizes sein „Eins ist not": die intransigente Geltendmachung der Weltherrschaft des Papstes!

Sowohl der Klerus des Erzbistums von Genua als der Zeitungstrust werden sich unterwerfen. Der Vatikan zeigt der staunenden Welt, daß er noch immer die Macht hat, die Gläubigen unter seine Fuchtel zu beugen. Es ist aber undenkbar, daß die Katholiken Italiens der Politik ihres Landes fern bleiben, um anachronistisch immer wieder die römische Frage aufzuwerfen. Lehnt der Vatikan es ab, dem politiktreibenden Klerikalismus zum Führer zu dienen, so wird er ihn über kurz oder lang zum Gegner haben. Seit 1870 hat der Vatikan noch nie mit ähnlicher Schroffheit das non expedit auf alle politischen Funktionen des Katholiken ausgedehnt. Was er in diesen Tagen getan hat, wird ihm auf lange Ihre hinaus zu schaffen geben.

Dänemark.

Verfassungsrevision — konservative Kriegshetze.

Die zur Beratung der Verfassungsvorlage eingesetzte Kommission des Folkethings hat bereits am 7. d. M. ihre Arbeit in erster Lesung beendet. Es wird also mit aller Energie an der Lösung der großen Lebensfrage des Landes gearbeitet.

Die Kommission hat mit 14 gegen 1 Stimme die Regierungsvorlage angenommen; es ist nur eine wesentliche Aenderung vorgenommen worden. Ein Antrag der Sozialdemokratie und der Radikalen (Linksliberalen) hinsichtlich der Zahl der in jedem Kreis zu wählenden Abgeordneten zur Ersten Kammer hat Annahme gefunden. Demnach soll die Zahl der Landsthingsabgeordneten ebenfalls nach der Bevölkerungszahl des Kreises bemessen werden. Die Regierungsvorlage wollte die Zahl auf Grund der Zahl der Wahlkreise zur Zweiten Kammer, die in dem Landsthingswahlkreis vorhanden, bemessen. Dadurch wäre eine Schädigung Kopenhagens zugunsten der Provinz eingetreten. Durch die Annahme des sozialdemokratisch-radikalen Antrages ist das verhütet worden, denn nun wird die Bevölkerungszahl ausschlaggebend auch für die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer.

Dafür haben unsere Genossen aber auch ihre weitergehenden Wünsche hinsichtlich Einkammersystem, Referendum usw. einstweilen verzichten müssen. Um eine einmütige Stellungnahme der gesamten Linken in der Kommission zu gewährleisten, mußte dieses Opfer gebracht werden. An sich bedeutet das keinerlei Verzichtleistung auf unsere prinzipiellen verfassungsrechtlichen Forderungen, sondern es war lediglich die Erwägung ausschlaggebend, das wenn auch nicht voll befriedigende, so doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen allein erreichbare Angebot der Regierungsvorlage nicht zu gefährden. Durch die fast einmütige Kundgebung der Kommission wird die konservative Opposition zweifellos sehr erschwert. Zum mindesten wird sie in der Zweiten Kammer nichts ausrichten können. In der Ersten Kammer freilich hat sie die Mehrheit; da aber die Regierung sich mit der Absicht trägt, die Erste Kammer im Falle der Ablehnung der eventl. vom Folkething beschlossenen Verfassungsrevision aufzulösen, wird die Position der Konservativen durch die erzielte Einmütigkeit der gesamten Linken in der Kommission erheblich geschwächt.

Die Rechte hat das auch schon begriffen und ist auf einen recht komödiantenhaft lustigen Ausweg gefallen: die Gefahr des Weltkrieges. Seit mehr als vierzehn Tagen malt die konservative Presse den Kriegsteufel an die Wand. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit wird jede blutrünstige Nachricht der Hetzblätter der großen Nationen registriert und in der besonderen Aufmachung Kopenhagener Sensationsjournalistik den Lesern serviert. Es wird so der Anschein erweckt, als ob Dänemark im kommenden Weltkriege die wichtigste Position darstellt und die Konsequenz ist: Mehr Militär, mehr Rüstungen. So soll die Aufmerksamkeit von der Verfassungsfrage abgelenkt werden. Glücklicherweise verfügt die Sozialdemokratie über eine so weitverbreitete Presse, daß die Karten aufgedeckt werden.

Die Lage der Verfassungsrevision läßt sich zurzeit dahin zusammenfassen, daß für die Regierungs- bezw. nunmehrige Kommissionsvorlage eine sichere Mehrheit in der Zweiten Kammer vorhanden ist, daß aber die Haltung der Ersten Kammer und was daraus folgen kann, noch zu den Geheimnissen der Zukunft gehört.

Soziales.

Ausbeutung durch „Wohlfahrtseinrichtungen".

Der Zweck der „Wohlfahrtseinrichtungen" wird wieder durch folgendes gut gekennzeichnet. Eine große Textilfirma in Erlangen hat für ihre Arbeiter 80 Wohnungen gebaut und wird dafür von der bürgerlichen Presse ob ihrer sozialen Gesinnung natürlich schrecklich angehimmelt. Was eigentlich dahinter steckt, zeigen die Verträge; damit die Arbeiter jederzeit obdachlos gemacht werden können, falls sie etwa im Betriebe zu begehrlich werden sollten, ist achttägige Kündigung festgesetzt. Das schönste aber ist, daß die ganze Familie an den Unternehmer ihre Arbeitskraft verkaufen muß: nicht nur der Mann, sondern auch Frau, Söhne und Töchter müssen bei ihm in Arbeit treten. Der ganze Wohlfahrtsrummel ist weiter nichts als modernisierte Sklaverei.

Gewerkschaftliches.

Die katholische Kirche und die amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

In dem amerikanischen Arbeiterbund ist man seit einiger Zeit schon stutzig geworden über den wachsenden Einfluß der katholischen Kirche in der Gewerkschaftsbewegung. Auf den letzten Kongressen des Arbeiterbundes war sogar ein katholischer Geistlicher als Arbeiterdelegierter zu finden, der innerhalb des Bundes eine „Miliz für Christus" gründete und als Mitglieder dieser Organisation besonders die einflußreichen Gewerkschaftler, die Führer der verschiedenen Verbände usw. anwarb. Diese Werbung wurde ihm dadurch sehr erleichtert, daß viele Irländer und gute Katholiken in leitenden Stellen sitzen. Diese „Miliz für Christus" ist zuerst sehr vorsichtig aufgetreten, fühlt aber bereits ihre Kräfte wachsen und zeigt sich sehr streitbar, wenn es gilt, das überall vorwärtsdrängende sozialistische Element in dem Amerikanischen Arbeiterbunde zu bekämpfen. Die Bewegung dehnt sich aus und wird auf die einzelnen Verbände übertragen, um überall maßgebenden Einfluß auszuüben. Die „New Yorker Volkszeitung" schrieb kürzlich in einem Warnungsruf gegen „katholische Pfaffen in der amerikanischen Arbeiterbewegung das Folgende:

„Die katholische Geistlichkeit ist systematisch damit beschäftigt, sich der amerikanischen Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Sie ist sich bewußt, daß das dahin führen muß, diese Arbeiterbewegung zu trennen und zu spalten. Sie hofft aber augenscheinlich, daß sie einen großen Teil dieser Bewegung, der unter dem Einfluß irisch-katholischer Beamten steht, für sich erobern kann, der dann den Kern bildet, um den sich, wie man hofft, eine katholische Arbeiterbewegung in Amerika sammeln soll."

Die „Volkszeitung" fordert zur energischen Bekämpfung jeder Einmischung der katholischen Geistlichen in Arbeiterangelegenheiten auf. Nicht nur die Sozialisten, sondern jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der es mit seiner Klasse und der Gewerkschaftsbewegung ehrlich meint, habe die Pflicht, dagegen Front zu machen.

Berlin und Umgegend.

Die Hauskassierung im Metallarbeiterverband.

Seit nahezu drei Jahren beschäftigt sich die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit der Reorganisierung der Beitragszahlung. Eine Kommission wurde eingesetzt, die genaue Untersuchungen vornehmen sollte, ob an Stelle der jetzigen Beitragskassierung die Einziehung der Beiträge durch angestellte Hauskassierer vorzunehmen sei. Im Mai d. J. beschäftigte sich bereits eine Generalversammlung mit der Frage; doch wurde damals die Kommission erneut mit der Prüfung beauftragt, auch wurde die Zahl der Kommissionsmitglieder durch Hinzuziehung je eines Vertreters aus den einzelnen Bezirken auf 54 erhöht. Die Kommission hatte sich dann in mehreren Sitzungen eingehend mit der Sache beschäftigt und erstattete in der außerordentlichen Generalversammlung am Sonntag einen ausführlichen Bericht. Ihren Beratungen hatte die Kommission einige Leitsätze zugrunde gelegt, die im wesentlichen auf Schaffung und Instandhaltung einer guten Kartothek, die Herbeischaffung einer schnellen Abrechnung, Eindämmung der großen Fluktuation sowie auf eine bessere Beitragsleistung hinausliefen. Um dies zu ermöglichen, habe man das Bringer-, Holer- und auch ein gemischtes System erörtert.

Der Berichterstatter gab alle die Anträge bekannt, welche von den Kommissionsmitgliedern gestellt wurden, und begründete eingehend die Beschlüsse der Mehrheit. Das Bringersystem hate die Kommission abgelehnt, weil sie zu der Ansicht gelangte, daß dadurch eine Besserung in der Beitragszahlung nicht geschaffen würde. In der entscheidenden Sitzung habe die Kommission, an der 47 Mitglieder teilnahmen, mit 41 gegen 6 Stimmen beschlossen, das Abholen der Beiträge alle 14 Tage durch angestellte Kassierer vornehmen zu lassen. Es sollen weiter sechs Zweigbureaus mit je einem Angestellten errichtet werden. Die Kosten würden sich pro Mitglied und Jahr auf 1,40 M. — im Höchstfalle auf 1,60 M. — belaufen. Auf jede Beitragsmarke entfallen etwa 2,8 Pf. Kosten. Auf Grund der guten Erfahrungen — so führte der Berichterstatter des längeren aus —, die andere Verwaltungsstellen mit der Einführung der Hauskassierung gemacht hätten, schlage die Kommission diese vor. Für Berlin sprächen noch eine Reihe günstiger Momente für die Hauskassierung: in keinem anderen Orte wohne z. B. die Bevölkerung so dicht zusammen als gerade in Berlin. Auch die Aktionsfähigkeit der Organisation würde durch die Hauskassierung ganz bedeutend gestärkt. Redner führte noch eine Reihe Beweise an für die Notwendigkeit der Einführung der Hauskassierung und empfahl, den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen.

Die Vorschläge der Kommission wurden auch schon in den Bezirksversammlungen einer Beratung unterzogen. Von 17 Bezirken hatten sich 14 für Einführung der Hauskassierung nach den Vorschlägen der Kommission und drei dagegen erklärt.

Von der aus sechs Mitgliedern bestehenden Minderheit der Kommission lag ein längerer Antrag vor, der sich gegen die Einführung der Hauskassierung wandte. Der Begründer des Antrages führte aus, daß eine Reform des heute bestehenden sog. Bringesystems unbedingt notwendig sei. Für manche anderen Orte wäre die Hauskassierung eine Art Lebensfrage, doch sei sie für Berlin nicht notwendig. Die Annahme des Antrages der Minderheit liege im Interesse der Organisation. In der Hauptsache besagt der Antrag, daß Groß-Berlin in 100 Zahlstellen einzuteilen sei, die in geeigneten Lokalen unterzubringen wären. An drei Wochentagen — Montag, Freitag und Sonnabend — solle von 6—9 Uhr abends kassiert werden. Jedes Mitglied müsse in dem Bezirk zahlen, in welchem es wohne. Ohne Abmeldung dürfe in einer anderen Zahlstelle kein Beitrag angenommen werden. Für jede Zahlstelle sollten zwei Verbandskollegen als Kassierer bestimmt werden. Als Entschädigung sollten den Zahlstellen 1½ Proz. der Einnahmen gewährt werden. Außerdem sollten 20 besoldete Bezirkskassierer angestellt werden, die wöchentlich zweimal mit den Zahlstellenkassierern abzurechnen haben. Sie sollen ferner die Kartothek führen und die Mahnung der säumigen Zahler vornehmen. Die Mahnung habe nach der 4. und 6. Woche durch die Post zu geschehen; sei dies erfolglos, so habe persönliche Mahnung zu erfolgen. Alle vier Wochen sei eine Restantenliste aufzustellen. Wer sechs Wochen mit den Beiträgen restiere, werde veröffentlicht. Jeder Vertrauensmann erhalte eine Restantenliste.

Die Kosten für die Durchführung dieses Antrages wurden wie folgt veranschlagt:

20 besoldete Bezirkskassierer mit je 2 400 M.	48 000 M.
Für die Zahlstellen 1⅓ Prozent der Einnahmen . . .	45 390 „
Das Mahnverfahren für 15 000 Restanten	3 000 „
Zusammen .	96 390 M.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag der Kommissionsmehrheit, der die Einführung der Hauskassierung fordert, mit etwa vier-Fünftel-Mehrheit der sehr stark besuchten Versammlung angenommen.

Weiter wurde beschlossen, durch Urabstimmung ein Votum der gesamten Mitglieder herbeizuführen, ob die Hauskassierung eingeführt werden soll.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma „Gautsch-Bronze", Weißensee, Friedrichstr. 31/32, befinden sich die Former und Gießereiarbeiter im Streik. Die Firma ist deshalb gesperrt; wir bitten, jeden Zuzug streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Eine interessante Entscheidung in Streiksachen, die von der üblichen Streikprozeßpraxis vorteilhaft absticht, fällte die IV. Zivilkammer des Landgerichts Duisburg als Berufungsinstanz in einer gewerblichen Klage, die das Gewerbegericht Duisburg-Ruhrort zuungunsten des Arbeiters entschieden hatte. Gelegentlich des Rheinschifferstreiks im verflossenen Sommer hatte die Reederei J. Knippscher großes Interesse daran, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Sie ging deshalb mit dem Verbande der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverbande einen Tarifvertrag auf 3 Jahre Dauer ein, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regelte. Nebenbei wurde dann noch mit dem Inhaber der Firma die selbstverständliche Vereinbarung getroffen, daß die Dampfer genannter Firma für „bestreikte" Firmen keine Schlepparbeit verrichten durften. Kaum aber war der Streik zum Ausbruch gekommen, da mutete die Reederei J. Knippscher ihrem Schiffspersonal schon zu, Streikarbeit zu verrichten. Da die Leute sich dessen weigerten, wurden einige ohne Innehaltung der Kündigungsfrist sofortentlassen. Außerdem klagte die Firma auch noch gegen den Maschinisten Jacobsen auf Zahlung von 155 M. Entschädigung. Das Gewerbegericht hatte Verständnis für die Schmerzen der Reederfirma und verurteilte den Arbeiter. Anders das Berufungsgericht. Dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß der Maschinist auf Grund des abgeschlossenen Tarifvertrages zur Verweigerung der Streikarbeit berechtigt gewesen sei. Für das Zustandekommen des Tarifs sei Bedingung gewesen, daß die Kähne von „bestreikten" Firmen nicht geschleppt werden dürften. Die einseitige Erklärung der Firma, vom Tarife zurückzutreten, könne ebensowenig durchschlagend sein, wie die Betonung wirtschaftlichen Schadens. Die Verweigerung der Streikarbeit sei in diesem Falle nicht als Arbeitsverweigerung zu betrachten. Dagegen sei das Verhalten der Firma als Tarifbruch anzusehen. Es müsse angenommen werden, daß die Klägerin sich über die Wirkung der Streiklausel vollkommen klar gewesen sei. Demgemäß sei das Urteil des Gewerbegerichts aufzuheben und die Klägerin mit ihrer Schadenersatzklage abzuweisen.

Wenn das Urteil auch nur rechtliche Selbstverständlichkeiten ausspricht, so steht es doch in wohltuendem Gegensatz zu der üblichen Streikprozeßpraxis, die namentlich im niederrheinischen Industriegebiet fast jedes Auflehnen der Arbeiter gegen die Diktatur des Kapitals als ein Verbrechen betrachtet. Eine Anschauung, die sich nur zu deutlich in den Urteilen widerspiegelt. Es zeigt aber auch, daß unter Umständen Berufsrichter größeres Verständnis für die Lösung von Rechtsfragen aus dem Kampfe zwischen Arbeiter und Arbeitgeber haben können, wie die aus den Kreisen dieser Antipoden in den Laiengerichten sitzenden Männer der Praxis.

Neue Differenzen im Baugewerbe zu Nordenham.

Nach zehnmonatlicher Aussperrung, die von den Unternehmern des Baugewerbes in Nordenham verhängt wurde, um die unbeschränkte Benutzung ihres Arbeitsnachweises zu erzwingen, ist es den wiederholten Bemühungen des Stadtmagistrats am Orte gelungen, am 2. November einen Frieden zwischen den Parteien zu schließen, bei dem die zwangsweise Benutzung des Arbeitsnachweises ausgeschaltet und die Wiedereinstellung der ausgesperrten Bauarbeiter zugesichert wurde. Allzu lange hat dieser Friede nicht gedauert, denn wenige Tage nach der Festsetzung der Friedensbestimmungen hat es sich bereits gezeigt, daß der Unternehmerverband in Nordenham gar nicht willens gewesen ist, die eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Ihm kam es nur darauf an, die von der Arbeiterpresse veröffentlichen Sperrnotizen über Nordenham, die sich als äußerst wirksam erwiesen hatten, zum Verschwinden zu bringen, um dann um so leichter mit den Bauarbeitern in Nordenham umspringen zu können. Anstatt, wie vereinbart, die Bauarbeiter einzustellen, haben verschiedene Unternehmer die ansässigen Leute zurückgewiesen. Auf dem Arbeitsnachweis wurden die schikanösesten Maßnahmen angewendet, die sich nur durch die ungeheuere Wut erklären lassen, die bei den Unternehmern vorhanden ist über die Bauarbeiter, die sie nicht kleinkriegen konnten. Anstatt der ansässigen Leute werden Bauarbeiter von auswärts angeworben. Tariflohn wird in sehr vielen Fällen nicht mehr gezahlt.

Die Arbeiter haben wegen dieser Wortbruchsaffäre den Stadtmagistrat gebeten, den Unternehmern ins Gewissen zu reden, damit nun der Friede auch wirklich gesichert bleibt und vor allen Dingen die Unternehmer die eingegangene Verpflichtung erfüllen. Aber die Unternehmer haben abgelehnt, zu einer Sitzung zu erscheinen. Sie berufen sich auf die tariflichen Instanzen, die nach ihrer Auffassung nunmehr zu entscheiden hätten. Das wagen dieselben Unternehmer zu sagen, die durch die vor Jahresfrist angezettelte Aussperrung einen Tarifbruch begangen haben, die einen Schiedsspruch der höchsten Tarifinstanz im Baugewerbe, der sie zur Aufhebung der Aussperrung in Nordenham verpflichtete, unbeachtet ließen. — Die Bauarbeiter in Nordenham werden sich auf solchen Handel mit den Unternehmern nicht mehr einlassen, weil die Unternehmer absolut keinen Anspruch haben auf den Schutz der tariflichen Instanzen, solange sie nicht zunächst die Verpflichtung restlos erfüllt haben, die als Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens und des Tarifvertrages vereinbart worden ist. — Für Bauarbeiter gilt deshalb Nordenham als gesperrt und jeder Bauarbeiter muß Arbeitsangebote nach Nordenham ablehnen.

Versammlungen.

In einer gutbesuchten Branchenversammlung der Gummi- und Isolationsarbeiter, einer Branche, welche dem Verband der Fabrikarbeiter angehört, hielt der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Wolfgang Heine ein Referat über die Bedrohung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch die Scharfmacher. Spannendes Interesse und reicher Beifall lohnte den Redner für seinen überaus lehrreichen Vortrag. Den Bericht der Gruppenleitung gab der Branchenleiter Wilhelm Reimann. Er hob hervor, daß sich die Organisation in steter Aufwärtsentwickelung befinde und die besten Aussichten auf die kommenden Zeiten gestatte. Wenn aber irgendwo die Verhältnisse schlechte und ungeordnete seien, ist das in den Gummi- und Isolationsfabriken der Fall. Als im Frühjahr die geradezu himmelschreiend schlechten hygienischen und sanitären Zustände in der Oeffentlichkeit erörtert wurden, versuchten etliche Firmen sich dadurch zu helfen, daß sie die Vertrauensleute der Organisation drangsalierten und aufs Straßenpflaster setzten. Da wo sich die Gewerbeinspektion um die Betriebe kümmerten, wurden die schwersten Mißstände beseitigt, trotzdem bleibt den zuständigen Gewerbeinspektionen für diese Betriebe noch sehr viel zu tun übrig. Im vergangenen Berichtsjahre wurden zwei Angriffsbewegungen mit zusammen 260 Arbeitern und Arbeiterinnen geführt. In einem Falle wurde für 195 Beteiligte eine Zulage von durchschnittlich 2 Pf. pro Stunde und eine zweistündige Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche erreicht. In einem anderen Falle für 65 Beteiligte eine Lohnzulage von 2½ Pf. pro Stunde. Eine Bewegung mit 14 Beteiligten mußte aus taktischen Gründen vertagt werden. An Abwehrbewegungen wurden zwei mit 220 Beteiligten geführt und gelang es, alle angedrohten Verschlechterungen abzuwehren. Wenn nun auch die Resultate nicht derartige sind, daß man mit dem Erreichten vollauf zufrieden sein kann, so liegt es daran, daß man es in der Branche mit besonders kapitalkräftigen Gegnern zu tun hat. Besonders schlecht liegen die Verhältnisse in den Gummi- und Isolationsabteilungen der „Deutschen Kabelwerke" und bei „Dr. Cassierer u. Co.". In diesen Betrieben herrscht denn auch eine sehr große Fluktuation, was ja bei Einstellungslöhnen von 35 Pf. für Männer und 18 Pf. für Frauen nicht verwunderlich ist. Eine Statistik über zwei Betriebe, die Lohnverhältnisse betreffend, ergab im Betrieb A einen Durchschnittslohn für Männr von 25,10 M., für Frauen 13,80 M.; im Betrieb B: 26 M., Frauen 14,50 M. Vorstehende Betriebe sind mittelmäßig organisiert; dort wo das Organisationsverhältnis als gut zu bezeichnen ist, sind naturgemäß die Verdienste höhere. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 9 bis 9½ Stunden pro Tag. Zu beklagen ist es, daß die Arbeitsordnungen vieler Gummibetriebe nicht den tatsächlich bestehenden Verhältnissen entsprechen, sondern geradezu mittelalterlich anmutende Bestimmungen enthalten. Hier muß Gewicht darauf gelegt werden, dieselben der Neuzeit entsprechend zu gestalten. Das Organisationsverhältnis in den einzelnen Betrieben geht von 100 Proz. auf 30 Proz. herab. Zwei Betriebe in Groß-Berlin sind überhaupt nicht nennenswert organisiert. Insgesamt sind 65 Proz. aller Gummiarbeiter organisiert; es bleibt also noch ein großer Prozentsatz zu organisieren. Erhöhte Aufmerksamkeit muß auch den Reparaturbetrieben für Autobereifung geschenkt werden. Hier wird noch vielfach unter Außerachtlassung der gesetzlichen Vorschriften mit Schwefelkohlenstoff gearbeitet. — Lebhafte Entrüstung rief die Mitteilung hervor, daß einer Arbeiterin, die bei einem Unfall den Arm verlor, das Angebot gemacht wurde, ihre frühere Arbeit zu verrichten. Die in Frage kommende Firma hat sich auch nicht entblödet, hinter ihren ehemaligen Arbeitern Urlasbriefe zu erlassen. — Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Branchenleiter Wilhelm Reimann, Stellvertreter Gustav Krüger, Schriftführer Gustav Mitschke, Beisitzer Wilhelm Möller. Als Beisitzer für die Ortsverwaltung soll der Generalversammlung wiederum August Priebe vorgeschlagen werden.

Der Balkankrieg.

Keine kriegerische Stimmung gegen Oesterreich in Serbien?

London, 9. Dezember. (W. T. B.) Der Berliner Korrespondent der „Westminster Gazette", der in den Balkanländern gewesen ist, schreibt über die in Serbien herrschende Stimmung: Serbien wird keine großen Schwierigkeiten haben, nachzugeben. Das serbische Publikum ist, abgesehen von wenigen Zeitungen, nicht intensiv erregt. Das Empfinden ist schwach, verglichen mit dem vom März 1909, bevor Serbien in der bosnischen Frage zurückwich. Ein serbischer Politiker hat mir das zugegeben und gesagt, die serbische Regierung habe 1909 bis zuletzt ausgehalten, weil ein Zurückweichen vor Oesterreich-Ungarn die Revolution nach sich zu ziehen schien. Jetzt besteht keine derartige Besorgnis. Die Dynastie hat sich außerordentlich befestigt. Selbst wenn Serbien mit Bezug auf Albanien nachgibt, gewinnt es bedeutend. Ich bekam den allgemeinen Eindruck, daß die albanische Frage nicht zu tragisch genommen wird, und daß, wenn Serbien es vielleicht schwer findet, Oesterreich-Ungarn allein nachzugeben, es sich doch allem fügen wird, was einem Mandat der Mächte gleichkommt.

Ein bulgarisches Dementi.

Sofia, 9. Dezember. (W. T. B.) „Mir" weist alle angeblichen authentischen Nachrichten über eine **Aufteilung der eroberten Gebiete unter den Verbündeten,** insbesondere zwischen Bulgarien und Griechenland, als vollständig unbegründet zurück und erklärt, daß die neuen Grenzen der verbündeten Staaten nach Abschluß des Friedens festgesetzt werden würden. Dieser dürfe keineswegs verzögert werden, denn die Balkanstaaten seien entschlossen, keinen Versuch einer Ausflucht von seiten der Türkei zu dulden.

Letzte Nachrichten.

Glänzender Stadtverordnetenwahlerfolg in Plauen.

Plauen (Vogtland), 9. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts".) **Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl gab die Sozialdemokratie die Antwort auf die infame Wahlentrechtung. Trotz fünfklassigem und Pluralwahlrecht wurden sechs Sozialdemokraten in das sozialistenreine Stadtparlament gewählt. In der ersten Abteilung, in die die entrechteten Arbeiter zusammengedrängt wurden, erhielten wir 2403 bis 2417, die Gegner 364 bis 395 Stimmen. Auch in der zweiten Klasse brachten wir drei Mann durch, die Gegner nur einen.**

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks in England.

London, 9. Dezember. (Privattelegr. des Vorwärts.) Der Streik auf der Nordostbahn dehnt sich immer mehr aus, obwohl die Gewerkschaftsleitung vom Kampfe abrät. Augenblicklich sind **4000 Mann im Ausstand.** Den direkten Anlaß zum Kampf gab die Maßregelung eines Güterzoglokomotivführers Knox, der auf Grund **einer vom Gericht selbst als sehr unbefriedigend bezeichneten Beweisaufnahme** wegen Trunkenheit außerhalb des Dienstes zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt worden war. Knox, der **37 Jahre im Dienste der Bahn** steht und unbescholten ist, bestreitet die Gerechtigkeit des Urteils, und seine Kollegen, die ihn kennen, sind über die Handlungsweise der Eisenbahngesellschaft sehr aufgeregt. **Die eigentlichen Ursachen des Kampfes** scheinen aber tiefer zu liegen und in dem ganzen System der Arbeiterbehandlung zu suchen zu sein. **Der Streik droht auch auf der Midlandbahn auszubrechen,** deren Direktion systematisch **die Führer des letzten Streiks brotlos macht.** Gestern forderte eine Massenversammlung der Angestellten dieser Linie die Gewerkschaftsleitung auf, sofort den Streik zu erklären.

London, 9. Dezember. (W. T. B.) Der Streik auf der Northeastern-Bahn ist noch nicht offiziell erklärt worden. Infolgedessen erhalten die Ausständigen noch keine Streikunterstützungen. Wie ein Telegramm aus Newcastle meldet, hat sich der Güterverkehr infolge des Mangels an Leuten stark gestaut. Die vom Kontinent wöchentlich eintreffenden Schiffe mußten ihre Ladungen in die Lagerhäuser bringen lassen. Ein Teil der Güter wurde durch Händler abgeholt. Auf einigen Kohlenlagerplätzen ruht die Arbeit. Die Eisenbahnangestellten in South Shields nehmen am Streik nicht teil.

Großfeuer in einem Eisenwerk.

Troppau, 9. Dezember. (W. T. B.) In den Werken der Braukaer Eisenwerke Aktiengesellschaft brach heute abend in einer Werkstatt ein Brand aus, der bald größeren Umfang annahm. Zurzeit ist es noch nicht gelungen, das Feuer zu lokalisieren.

Ueberfall auf einen belgischen Regierungsbeamten.

Teheran, 9. Dezember. (W. T. B.) Kurden haben in der Nähe von Lahinjan, südwestlich vom Urmiasee, den belgischen Zollinspektor Dumez, vier ihn begleitende persische Zollassistenten **und** vier Reiter seiner Eskorte ermordet.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

81. Sitzung. Montag, den 9. Dezember 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco, Kühn.

Der Gesetzentwurf über den Zusammenstoß von Schiffen sowie über die Bergung und Hilfeleistung in Seenot wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Dann wird die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den

Verkehr mit Leuchtöl (Petroleumvertriebsmonopol)

fortgesetzt.

Abg. Graf Westarp (k.): Meine Freunde stehen dem Gedanken des Gesetzentwurfs sympathisch gegenüber. Der Abg. Wurm suchte uns wieder als Vertreter agrarischer Interessen hinzustellen und berief sich dabei auf eine Aeußerung, die Graf Posadowsky als Staatssekretär getan, indem er die Verwendung von Brennspiritus zu Beleuchtungszwecken für wünschenswert erklärte — und gewiß wäre es wünschenswert, wenn das Geld das jetzt für Petroleum ins Ausland geht, auf diese Weise im Inland bliebe. Der leitende Gesichtspunkt für meine Freunde ist, daß unter keinen Umständen eine Verteuerung des Petroleums eintreten darf. (Hört! hört! links.) Ob wir dem Entwurf zustimmen können, wird von der Gestaltung abhängen, die er im einzelnen in der Kommission bekommen wird. Vor allem muß untersucht werden, ob und wie es möglich sein wird, die Petroleumpreise dauernd niedrig zu halten. — Gegen die Verquickung der Vorlage mit der Veteranenbeihilfe haben wir grundsätzliche Bedenken; wir können Reichssteuern für bestimmte Zwecke nicht billigen. In der Fürsorge für die Veteranen lassen wir uns von niemandem übertreffen. (Zustimmung rechts.) Aber diese Frage wird uns nicht beeinflussen können bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfes. (Bravo! rechts.)

Abg. Rupp (wirtsch. Vg.) schließt sich inbezug auf die Veteranenfürsorge dem Vorredner an und behält die Stellungnahme seiner Freunde zum Entwurf bis nach der Kommissionsberatung vor.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Nachdem die Vertreter aller Parteien gesprochen haben, darf ich vielleicht das Ergebnis der gehörten Leichenreden (Heiterkeit) kurz zusammenfassen dahin: für die Grundlagen dieses Entwurfes ist im Reichstag nicht bloß keine Mehrheit, sondern nicht einmal eine Minderheit zu finden. (Heiterkeit.) Es ist der Regierung nicht gelungen, die lückenhafte und mangelhafte Begründung des Gesetzes irgendwie zu ergänzen oder zu verbessern. Sie hat sogar das Kunststück fertig gebracht, ihre natürlichen Hilfstruppen in das gegnerische Lager zu treiben. Ich spreche von den paar Hunderttausend Kleinhändlern, die seit Jahrzehnten unter der schweren Hand der Standard Oil Company zu leiden haben. Dadurch, daß sie ihnen eine Ausgabe von 30 oder 40 M. zur käuflichen Uebernahme der Anlagen zumutete. Dadurch hat sie diese meist unbemittelten kleinen Leute gegen sich mobil gemacht. Das einzige, was eigentlich zugunsten der Vorlage spricht, ist unabhängig von der Regierung vorgebracht worden. Es ist die raffiniert geschickt organisierte Gegenorganisation der Standard Oil Company und ihrer Abnehmer. Sie beweist, was für einen gefährlichen Gegner wir vor uns haben, und sie ist auch ein gewisses Beweismittel dafür, daß die Standard Oil Company allerdings von der Vorlage eine Interessenschädigung erwartet. Aber die Vorlage kann sehr gut die Standard schädigen und gleichzeitig die Konsumenten schädigen, dabei aber einem Dritten nützen, nämlich, wie bis zum Ueberdruß vorgetragen worden ist, der Gruppe der Deutschen Bank. Die Debatte hat aber nicht bloß ein negatives Ergebnis gehabt, sie hat auch das positive Resultat zutage gefördert, daß der Reichstag einmütig ist in der Erkenntnis, daß die St. O. C. eine schwere Gefahr für unser wirtschaftliches Leben bedeutet. Weiter wertvoll ist, daß diese Erkenntnis nicht etwa irgendwie chauvinistisch oder nationalistisch gefärbt ist. Wir betrachten die Gefahr, die von der St. O. C. droht, nicht deswegen als so groß, weil es sich um eine amerikanische Firma handelt, sondern weil es sich um ein Privatmonopol handelt, das uns zu erdrücken droht. Die Konsequenz wird sein, daß wir auch die andern Privatmonopole, das Kohlensyndikat, den Elektrizitätstrust mit allen Mitteln bekämpfen, die der Gesetzgebung zu Gebote stehen. Eine entschiedene Mehrheit besteht wohl auch im Reichstag dafür, daß das Reich selbst ein Handelsmonopol einrichtet,

ein wirkliches Reichsmonopol,

wenn die Garantien dafür gegeben sind, daß der Zweck wirklich die Verbilligung des Petroleums und nicht eine verschleierte neue indirekte Steuer ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die Regierung dagegen vorgebracht hatte, ist nicht durchschlagend. Wenn sie recht hätte, daß die Beamten des Reiches nicht imstande wären, ein derartiges Monopol zu leiten, dann wäre auch die Vorlage gerichtet. Wenn die Regierung imstande ist, uns einen Reichskommissar zu stellen, der wirksam die Geschäftsführung der künftigen Vertriebsgesellschaft überwachen könnte, dann wäre sie auch imstande, diesen Reichskommissar zum Direktor des Monopols zu machen. Es ist ja viel schwerer, eine Sache wirksam zu überwachen, in deren Betrieb man nicht drin steht. Wir befinden uns hier in der seltsamen Zwangslage, daß wir die Reichsbeamten gegen die Reichsregierung in Schutz nehmen müssen, daß wir der Regierung Fähigkeiten aufreden wollen, die die Herren nach ihrer eigenen glaubhaften Versicherung nicht besitzen. (Heiterkeit.)

Aber ich bin der Meinung, die Herren von der Regierung, die Minister und Staatssekretäre, sind gar nicht so ungeschickt, wie sie sich stellen. Wir haben schon oft gesehen: wenn sie das Amt hinter sich haben, wenn sie außerhalb des Amtes sind, dann entwickeln sie Eigenschaften, die man nie vorher bei ihnen gesucht hat. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Einig ist das Haus auch darin, daß es nicht angeht, ein Privatmonopol durch das andere Privatmonopol zu ersetzen, die Herrschaft des Rockefellertrusts durch die Herrschaft der Deutschen Bank ablösen zu lassen. Ich sage das ohne jede Voreingenommenheit. Man muß nicht von einer Bank Dinge erwarten, deren sie nicht fähig ist. Eine Bank ist dazu da, Geschäfte zu machen. Sie ist nicht fähig, volkswirtschaftliche Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade dagegen hat sich der Schatzsekretär aber energisch, ich möchte fast sagen, soweit das bei ihm möglich ist, leidenschaftlich (Heiterkeit) verwahrt, daß der Entwurf bewußt im Interesse einer bestimmten Bank ausgearbeitet sei. Den guten Glauben billige ich selbstverständlich der Regierung zu, kein Mensch behauptet, daß die Regierung absichtlich nach dem Diktat der Deutschen Bank etwas Derartiges gemacht hat. Aber ich weiß nicht, ob der Staatssekretär nicht fühlt, wie bedenklich eine derartige Entschuldigung ist. Wenn die Regierung gar nicht gemerkt hat, daß sie im Interesse der Deutschen Bank arbeitet, dann allerdings müßte das Urteil über die Verfasser des Entwurfs recht böse ausfallen, denn die Tatsache bleibt bestehen: wenn der Entwurf im Bureau der Deutschen Bank ausgearbeitet worden wäre, hätte er gar nicht günstiger für diese Bank gemacht werden können. Ich erinnere nur an die 10 Millionen Namensaktien, die der Deutschen Bank und ihren Freunden zugedacht sind, und die genau dasselbe Stimmrecht haben, wie die 50 Millionen Inhaberaktien. Das bedeutet, daß die 10 Millionen Namensaktien die Vertriebsgesellschaft vollkommen beherrschen, denn jeder weiß, daß wenn eine Gruppe einer Aktiengesellschaft auch nur ein Drittel der Aktien in festen Händen hat, sie die Gesellschaft beherrscht. Weiter bekommen die Inhaber ihre Namensaktien, die ihre 10 Millionen so sicher haben, als wenn sie Reichsanleihe kaufen, noch als besondere Belohnung dafür bei einer Auflösung der Gesellschaft Millionen geschenkt, mit der treuherzigen Begründung, daß der etwaige Ueberschuß hauptsächlich auf die Geschicklichkeit dieser Herren zurückzuführen sein wird. — Weiter möchte ich zwei Nebenerscheinungen der Debatte als erfreulich herausgreifen. Das erste ist die Entschiedenheit, mit der alle Parteien den Versuch der Regierung zurückgewiesen haben, die Schwächen der Vorlage unter einem

sozialpolitischen Mäntelchen

zu verbergen. Ich habe mich besonders gefreut über die Energie, mit der auch der Sprecher des Zentrums sich dieser Verurteilung angeschlossen hat, und habe mir gesagt: wie schnell wird doch in der Politik umgelernt! Als beim Zolltarif die Witwen- und Waisenversicherung eingefügt wurde, sagte das Zentrum ganz anders. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und bei den Wahlen 1903 und 1907 wurde gerade der Vorwurf gegen die Gegner des Zolltarifs erhoben, vor dem jetzt mit Recht der Redner des Zentrums warnte, indem man die Leute, die den Zolltarif im ganzen ablehnten, dafür verantwortlich machte, daß sie sich auch gegen die Witwen- und Waisenversicherung ausgesprochen hätten. Ich freue mich, daß das Haus zu der besseren Einsicht gekommen ist und der Regierung gegenüber eine geschlossene Front bildet in der Ueberzeugung, daß man nicht ein schlechtes Gesetz dadurch gut macht, wenn man am Schluß einen guten Zweck für die Ueberschüsse einsetzt.

Als weitere erfreuliche Erscheinung möchte ich es bezeichnen, daß von keiner Seite der Grundsatz angefochten wurde, den geschädigten Angestellten eine Entschädigung zu geben. Als bei der Finanzreform von 1909 wir eine Angestelltenentschädigung verlangten, wurde das von der rechten Seite abgelehnt und von der „Deutschen Tageszeitung" als Demagogie bezeichnet. Wir freuen uns, daß jetzt auch die Reichsregierung sich auf unseren demagogischen Standpunkt stellt. Ob in der Kommission der Entwurf über die Klippe des § 1 hinauskommt, erscheint fraglich und deshalb will ich hier noch auf einige Einzelheiten der Angestelltenentschädigung eingehen. Der Kreis der zu Unterstützenden ist viel zu eng gezogen; vor allem verstehen wir nicht, warum bloß Angestellte und nicht auch Arbeiter entschädigungspflichtig sein sollen, wenn sie ihre Stellung verlieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch für die Angestellten im engeren Sinne muß der Kreis der Entschädigungspflichtigen erheblich weiter gezogen werden: 40 bis 50 Proz. der Angestellten werden von der Betriebsgesellschaft ja nicht übernommen werden können, für die übernommenen aber darf auf keinen Fall eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eintreten. Die Standard Oil Company hat den achtstündigen Arbeitstag, hat die Sonntagsruhe, zahlt in Krankheitsfällen das Gehalt 2—5 Wochen lang. Ich will nicht untersuchen, ob sie das zur Beschwichtigung des eigenen oder des öffentlichen Gewissens tut. Tatsache ist, daß die Angestellten der großen neuen Betriebsgesellschaft Gefahr laufen, schlechter gestellt zu werden und dagegen muß Vorsorge getroffen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man muß es auch den Angestellten überlassen, ob sie in den Dienst der neuen Gesellschaft treten wollen; eine Gefahr, daß die neue Gesellschaft etwa kein Personal haben würde, ist vollkommen ausgeschlossen, dafür sorgt schon die große Reservearmee, die noch durch 40 bis 50 Prozent der bisher im Petroleumhandel Beschäftigten vermehrt werden wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch Umzugsentschädigung, Entschädigung für zu lösende Mietsverträge, für Pensionsanträge müßten gewährt werden. Auch die Klasseneinteilung, daß Angestellte bis zu 25 Jahren gar nicht, bis zu 35 Jahren mit der Hälfte, bis zu 45 Jahren mit drei Viertel und darüber hinaus mit dem vollen Gehalt entschädigt werden, ist unhaltbar. Beispielsweise bekommt ein Sechsundzwanzigjähriger, der vier Jahre im Geschäft ist, die Hälfte des Gehalts als Entschädigung, ein Vierundzwanzigjähriger der acht Jahre im Geschäft ist, soll gar nichts bekommen. Auch dagegen muß Vorsorge getroffen werden, daß die Gesellschaft etwa mehr Personal übernimmt als sie braucht, um viele nach einigen Monaten zu entlassen und sich so der Entschädigungspflicht zu entziehen.

Die Vorlage geht an eine Kommission. Ich fürchte, diese gleicht der

Höhle des Löwen,

es führen Spuren hinein, aber nicht wieder heraus. Man kann bedauern, daß der erste größere Versuch, ein Privatmonopol zu brechen, höchst wahrscheinlich scheitern wird. Aber wenn die Regierung sich jetzt auch am Petroleum die Finger verbrennt, so wird sie in Zukunft vorsichtiger sein und mit den Parteien Fühlung nehmen. Der Kampf gegen die Uebermacht des Privatmonopols wird nicht aufhören. Er wäre freilich aufs schwerste kompromittiert, wenn er mit einem Gesetzentwurf begönne, der unter der Flagge des Reichsmonopols ein neues Privatmonopol schafft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade weil wir überzeugt sind, daß der Kampf gegen die Privatmonopole in der nächsten Zeit ganz besonders energisch geführt werden muß, gerade deshalb sind wir gegen diesen Gesetzentwurf. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Colshorn (Welfe) wünscht, daß die Kommission, an die das Gesetz ja gehen wird, rasche Arbeit machen möge. Vor allem muß sie dafür sorgen, daß die Interessen der kleinen Leute besser gewahrt werden, als es durch die Vorlage geschieht.

Abg. Erzberger (Z): Die Vorlage kann bereits als gefallen angesehen werden. Mir tut nur der Schatzsekretär leid, der diese Erbschaft von seinem Vorgänger übernommen hat. Der Schatzsekretär betonte, der Reichstag habe die Vorlage einstimmig gewünscht. Das ist ein Irrtum; meine politischen Freunde haben gegen die betreffende Resolution gestimmt. Wie steht es übrigens mit dem Stimmenverhältnis im Bundesrat? So viel man hört,

Kleines Feuilleton.

Eine Volksversammlung in Neuseeland. Aus Neuseeland wird uns geschrieben: Man muß unwillkürlich einen Vergleich zwischen unserem lieben Preußenlande und den englischen Kolonien ziehen, wenn man sieht, was für eine vernünftige Stellung die Regierung und die Polizei des englischen Auslandes der sozialistischen Bewegung gegenüber einnimmt. Nehmen wir nur einmal eine öffentliche Versammlung als Beispiel. Ich hatte Gelegenheit, einer solchen in Wellington, der Hauptstadt Neuseelands, beizuwohnen. Die Versammlung wurde einige Tage lang durch Maueranschläge usw. angekündigt und sollte die Sache der augenblicklich streikenden Minenarbeiter einer Provinzstadt unterstützen. Als Ort war der große Platz vor der Hauptpost gewählt worden, wo einige tausend Menschen zusammenkommen können, ohne den Verkehr zu stören.

Von Absperrung keine Spur — man sah nur die hier stets postierten zwei oder drei Schutzleute — ohne Säbel und Browningpistole — friedlich mit einigen Arbeitern plaudern, die vor der Zeit gekommen waren. — Die Masse sammelte sich langsam an und eine von der Arbeiterunion gestellte Musikkapelle ließ lustige Weisen ertönen, um die Gekommenen zu unterhalten und die Säumigen anzulocken.

Zur festgesetzten Stunde kam ein offener Packwagen, der in der Mitte des Platzes Halt machte und den Rednern als Plattform diente. Nach der üblichen Einleitung ergriff der Vorsitzende der Arbeiterunion das Wort. Ein etwas angefäuselter Arbeiter, der vor der Plattform stand, wurde von den markigen Worten des Redners so begeistert, daß er auf den Wagen kletterte und ihn umarmen wollte. Mit großer Mühe, aber auf friedliche Weise brachte man ihn wieder herunter und . . . setzte einige kleine Kinder auf den Wagen. Niemand störte mehr den Redner, die Kinder waren der beste Schutz.

Ein zweiter Redner folgte. Mitten in seiner Ansprache wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen und darauf aufmerksam gemacht, daß gerade ein Leichenzug die Straße passierte. Die Männer hatten bereits die Köpfe entblößt, und der Redner entschuldigte sich, daß er den Zug nicht rechtzeitig bemerkt und seine Ansprache unterbrochen hätte.

Inzwischen war es an einem Ende der Versammlung zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern anderer Unionen und den Anhängern der einberufenden Union gekommen. Es wurde so laut, daß der Redner sich unterbrechen mußte und der Vorsitzende von der Plattform sprang, um Ruhe zu stiften. Währenddessen standen die Schutzleute vollkommen neutral bei den Streitenden und mischten sich erst ein, als der Vorsitzende ausdrücklich darum ersuchte. Und was taten die Schutzleute? Sie nahmen die Streitenden nicht etwa beim Kragen und schleppten sie auf die Wache „zur weiteren Behandlung" — nein, sie nahmen die Betreffenden ruhig bei Seite und machten ihnen klar, wie sehr sie der eigenen Sache Schaden zufügten, wenn sie das Programm der Versammlung störten. Das half und die Ordnung war hergestellt ohne Gewaltmittel.

Der letzte Redner war ein gar streitbarer Geist, aber sehr witzig. Er würzte seine Rede durch allerhand treffende Seitenhiebe auf bekannte Regierungsmänner. Als die große Turmuhr ihn durch ihr Schlagen unterbrach, erinnerte er z. B. daran, daß man seiner Zeit, als der Gouverneur in Wellington war, die Uhr stillstehen ließ, um nicht die Nachtruhe Sr. Exzellenz zu stören! „Soviel Entgegenkommen kann eine Volksversammlung eigentlich auch verlangen," meinte er, „aber leider waren wir zu schüchtern, darum zu ersuchen." Allgemeines Gelächter.

Zum Schluß versetzte er den Ministern und der bestochenen Presse und schließlich auch noch der Polizei einige recht saftige Hiebe, die ihm bei uns wahrscheinlich einige Monate Gefängnis eingebracht hätten. Die Schutzleute lachten nur mit und machten absolut keine Miene, den Redner zu unterbrechen. Zum Schluß spielte die Musik die Marseillaise, und die Versammlung löste sich friedlich auf.

Theater.

Freie Volksbühne (im Thalia-Theater): „Die Feinde" von Gorki. „Gewesene Leute" waren es, die Gorki in seinen Barfüßer-Erzählungen, desgleichen in seinem Drama „Nachtasyl" mit erschütternder Realistik hinstellte. Einen anderen Typus zeigte er in den „Kleinbürgern". Aber schon hier setzte er der Unkraft dieser Menschenschicht die neue Lebensquellen erschließende Tatkraft des Arbeiterproletariats entgegen. Wenn man das beachtet, wird man leicht den Fäden, die von den Kleinbürgern zu dem Szenengefüge „Die Feinde" hinüberleiten, nachzugehen vermögen. Was dort erst schüchtern tastend gewagt wurde: hier wird es vollendete Wahrheit; denn jetzt läßt Gorki die sozialistische Fabrikarbeiterklasse in ihrer erdrückenden Wucht gegen das großkapitalistische Bürgertum aufmarschieren. Hatte er von den „Intellektuellen" innerhalb der russischen Gesellschaft gesagt, daß sie nur zu leicht „Gefangene des Lebens" wurden, so zeigt er nun die Durchschnittsintellektuellen, die Schwärmer und Bewunderer höherer, richtiger: mammonistischer Ideale von ähnlicher Beschaffenheit. Auch sie sind meistens Schwächlinge ohne jedweden Lebensnerv, deren Mut nicht über weinerliche Selbstanklagen hinauskommt. Und hatte Gorki früher noch in einer seiner Landstreichernovellen die alte Ziergil ausrufen lassen: „Ich sehe alle möglichen Arten von Menschen — aber wo sind die Starken?" so läßt er uns jetzt sehen, wo die Starken in Massen stehen. Schon steigt in der Bourgeoisie die furchsame Ahnung auf, daß ihre Rolle als Spieler auf der Menschheitsbühne zu Ende sei, daß anstatt ihrer die sozialistische Volksmasse zur Herrschaft gelange. „Diese Menschen werden siegen," sagt die Schauspielerin Tatjana gelassen.

Der Fabrikdirektor, ein brutaler Gewaltmensch wird von einem der ihrigen erschossen. Sie wissen, daß für diese Tat einer büßen müsse. Meldet sich der Täter nicht freiwillig, so werden viele leiden. Soll er, der Familienvater ist, aber vor dem Schicksal mörderischer Zwangsarbeit oder gar des Galgentodes bewahrt bleiben, so muß sich eben ein anderer Genosse opfern. Und solch Opfer zu vollbringen, ist ein blutjunger Arbeiter sofort bereit. Während dieser abgeführt wird, meldet sich vor dem Tribunal der richtige Täter; ehe einer unschuldig leiden soll, will er lieber selbst die Strafe auf sich nehmen. „Nun . . . was denn? Da, nehmt, treßt!" Wahrlich ein Heldentum! Diese Menschen werden siegen. Doch Gorki zeigt noch mehr; auch inmitten jener schwächlichen Gesellschaft beginnt ein neuer Geist aufzusteigen. Nadja, die Nichte des Fabrikherrn, ist fast noch ein Kind und doch beseelt von sozialem Mitverstehen; in ihr offenbart der Dichter die Umwandlung der jungen Generation. Insofern Nadja als zukunftsahnende Anklägerin der Bourgeoisie auftritt, ist sie auch als eigentliche Trägerin der Handlung anzusehen. In diesem Sinne spielte Toni Wilkens sie. Sie wirkte im frischen Hauch ihrer Jugend überzeugend auch trotz der Striche des Regiestiftes. Klara Berger bewegte sich als Polina klug anpassend in der ihrer Rolle zugewiesenen Grenze. Maria Eisenhut als Tatjana spann die Verführungsszene mit allzuherkömmlicher Theatralik aus, gab jedoch da, wo sie ihr Kunstevangelium entwickelt, eine schöne Teilleistung. Rassig in Leidenschaft und Haß war Assa Lindens Kleopatra. Unter den Vertretern männlicher Hauptrollen standen Erich Ziegel als dem Alkoholismus verfallener Jakob Bardin und Viktor Hartberg als Fabrikant Sachar Bardin entschieden obenan. Paul Paulsen (Direktor) gab sich ein wenig überstürzend. Vorzüglich, auch in der typisch slawischen Maske war Erich Platen; desgleichen Hans Mantius und Theo Stolzenberg. Unter den Arbeitertypen gaben Fritz Richard, Erich Anzelewski und Josef Blatz musterhaftes. Aber die Vertreter des alten Generals und des Rittermeisters waren leider zu karikaturistisch — zu possenhaft. Gleichwohl verdient die Regie Anerkennung für ihre, wenn auch vielleicht mehr dem bourgeoisen Element als dem sozialen Gehalt des Dramas zugeneigte, sorgfältige Herausarbeitung. Das ganze Werk übte eine ergreifende Wirkung, wovon der einmütige Beifall zeugte. ek.

Neues Volkstheater (Aufführung des Vereins Versuchsbühne): Das Urteil des Salomo von Else Torge. Mit nicht eben hochgespannten Erwartungen ging man zu dieser Vorstellung. Wie viele derartiger Vereine sind im Lauf des letzten Jahrzehnts aufgeschossen und klanglos, ohne eine Anregung zu hinterlassen, verschwunden. Die Stücke waren meistens elend, und zur dramatischen Oede gesellte sich farblose Nüchternheit der Wiedergabe. Um so größer war diesmal die Ueberraschung. Das Drama Else Torges, wenngleich sein Aufbau nachprüfender Betrachtung nicht standhält, zeigt immerhin doch ausgeprägten Sinn für Bühnenwirkung, ja in der ersten Hälfte eine starke, Bilder von innerlich dramatischem Rhythmus formenden Phantasie. Sind die vier Akte auch kein Ganzes, schlägt die Bewegung in dem letzten Aufzug in theatralisch äußerliche Scheinbewegung um, so hätte das Werk doch mehr als manches andere eine Darstellung auf der Reinhardtbühne verdient. Vielleicht daß sich die Direktion noch nachträglich dazu entschließt. Sie wäre es, wenn nicht der Verfasserin, so jedenfalls der Darstellerin, der jungen Mary Dietrich, die schon im vorigen Winter mit sehr bedeutenden Leistungen hervortrat, schuldig. Hier aber war sie unvergleichlich. Sie machte den Abend zum Ereignis. Man hatte die Empfindung, Zeuge einer ganz eigenartig neuen erstaunlichen Beseelung zu sein. Ton und Gebärde waren von Anfang bis zu Ende wie ein einziger in unablässig verschwenderischer

haben die Vertreter der Hansestädte im Bundesrat gegen den Entwurf gestimmt. (Hört! hört! im Zentrum.) Wenn die Regierung den Kampf gegen die Privatmonopole aufnehmen will, warum bringt sie nicht ein Kartellgesetz, das wirklich einstimmig vom Reichstag verlangt worden ist. Der ganz ungesunde Gedanke dieses Entwurfs ist, etwas monopolisieren zu wollen, was man nicht hat. Kann denn die Regierung irgend welche Garantie übernehmen, daß Deutschland nach Ausschaltung der Standard Oil Company genügend mit Petroleum versorgt wird und daß das Petroleum billig geliefert werden wird, das erscheint vollständig ausgeschlossen. Die Standard Oil Company läßt sich nicht ausschalten oder doch nur mit ungeheuren Opfern, was zu einer außerordentlichen Steigerung der Petroleumpreise führen müßte; das würde aber naturgemäß auch zu einer erheblichen Verteuerung des Benzins und des Schmieröls führen. — Das Unglückswurm von Reichskommissar, das der Entwurf vorsieht, beneide ich wahrlich nicht; wie es ihm gehen wird, dafür ist ein Vorbild der Reichskommissar bei der Diamantenregie. — Interesse an dem Entwurf hat nur ein kleiner Kreis von Lieferanten, die das Geschäft machen. — Die Bestimmungen über die Entschädigung vergessen eine große Reihe von kleinen Händlern, die jetzt 1000 bis 2000 Mark durch den Petroleumhandel verdienen, all die Kutscher und Arbeiter, die durch das Gesetz brotlos werden. — Geradezu schofel ist die Behauptung des „Berliner Tageblatt" und seines Handelsredakteurs, das Zentrum sei deshalb gegen das Gesetz, weil Herr Riedemann der Leiter der Standar Oil Company in Deutschland einige tausend Mark in die Zentrumskasse gezahlt habe. Die Verbrämung mit der Veteranenfürsorge lehnen wir rundweg ab. Der Vergleich des Abgeordneten Frank mit der Witwen- und Waisenversorgung trifft nicht zu. Den Zolltarif haben wir nicht gemacht, um höhere Einnahmen für das Reich zu schaffen, sondern zum Schutz des deutschen Wirtschaftslebens und wir haben nur gesagt: wenn dabei auch Einnahmen für das Reich abfallen, so wollen wir diese für einen bestimmten Zweck festlegen.

Reichsschatzsekretär Kühn: Genau dasselbe trifft auch für das Gesetz zu, ich kann daher den Widerstand gegen die Verwendung der eventuellen Ueberschüsse für die Veteranenfürsorge nicht als berechtigt anerkennen. — Daß auch Arbeiter entschädigt werden, ist durch die Fassung des Gesetzes keineswegs ausgeschlossen. — Warum unter den Interessenten gerade die Deutsche Bank der schlimmste sein soll, weiß ich nicht. Ich möchte dieser Bank die Anerkennung aussprechen, daß sie ihre ganze umfassende Sachkunde und ihre sonstigen guten Dienste uns zur Verfügung gestellt hat und ich glaube annehmen zu dürfen, daß sie ihre Dienste auch dann weiter leisten wird, wenn sie etwa durch die Kommissionsbeschlüsse von der Vertriebsgesellschaft ausgeschlossen würde. — Wenn das Gesetz auch schon tot gesagt ist, so tröste ich mich doch damit, daß alle Redner Anregungen für die Kommissionsberatung vorgebracht haben.

Abg. Marquardt (natl.) kritisiert Einzelheiten der Bestimmungen über die Entschädigung. Die Angestellten müssen das Recht bekommen, zu wählen zwischen der immerhin unsicheren Anstellung bei der Vertriebsgesellschaft und der Entschädigung. Alle Geschädigten, auch die Arbeiter, haben Anspruch auf vollen Ersatz in der Höhe ihres Schadens.

Abg. Trendel (Z.) erörtert das Interesse von Regensburg am Petroleumhandel.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die

Beratung von Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Bruhn (Ant.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Ungültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Auch die Kommission hat anerkannt, daß in der Verbreitung eines von 11 Amtsvorstehern mit ihrem Amtstitel unterzeichneten Flugblattes eine unzulässige Wahlbeeinflussung zu erblicken ist. Das Flugblatt richtete sich gegen die Liberalen und Sozialdemokraten. Ohne diese unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung wäre wahrscheinlich nicht Bruhn, sondern der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl gekommen. Die Kommission hat Bruhn nur 747 konservative Stimmen abgezogen; aber die Kommission hat nicht in Betracht gezogen, daß durch das Flugblatt eine ganze Reihe von Wählern von liberaler oder sozialdemokratischer Stimmabgabe abgeschreckt worden ist. Wenn es sich nur um 211 Stimmen handelte, so wäre statt Bruhn der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl gekommen. Zahlenmäßig kann man natürlich nicht feststellen, wie viel Stimmen mehr ohne die Beeinflussung sozialdemokratisch oder liberal abgegeben sein würden; möglicherweise wäre auch der nationalliberale Kandidat in die Stichwahl gekommen, auf keinen Fall aber Bruhn. Deshalb muß der Reichstag unserem Antrag zustimmen und die Wahl Bruhns für ungültig erklären. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pfleger (Z.): Bisher sind die Parteien immer der Meinung gewesen, daß amtliche Wahlbeeinflussungen nur durch Kassation der betreffenden Stimmen geführt werden. Daß man deshalb auch Stimmen anderen Kandidaten zuzählen könnte, davon ist bisher nie die Rede gewesen.

Abg. Werner-Hersfeld (Antis.): Zweifellos ist die Kommission korrekt verfahren. Wenn die abgegebenen Stimmen ohne Wahlbeeinflussung zugefallen wären, das können wir gar nicht wissen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Auf Einzelfälle der letzten Zeit will ich nicht eingehen, denn da bestand die Praxis einfach darin, gar keine Grundsätze aufzustellen, sondern zu verfahren je nachdem es sich um einen bürgerlichen oder einen anderen Kandidaten handelte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Früher war es anerkannter Grundsatz, daß die Wahlfreiheit unzulässig beeinflußt sei, wenn Landräte und ähnliche Beamte Wahlaufrufe zugunsten einer bestimmten Partei unterzeichnet hatten. Hier liegt es nicht so, daß zu ungunsten des schließlich Gewählten die Wahlbeeinflussung geübt worden ist. Es handelt sich vielmehr um eine Wahlbeeinflussung zugunsten der Konservativen und der Deutschen Reformpartei. Diese hat man nur deshalb nicht erwähnt, weil man glaubte, sie würden nicht in die Stichwahl kommen und auf ihre Stimmen bei der Stichwahl hoffte. Für diesen Fall ist gar keine Praxis vorhanden. Die Beeinflussung ist vorgenommen worden, um Liberale und Sozialdemokraten abzuschrecken und ihre Stimmenzahl zu vermindern. Das hat die Kommission nicht berücksichtigt.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Ztr.) (auf der Tribüne unverständlich) tritt für Giltigkeit der Wahl ein.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Vorredner deduziert, die sozialdemokratischen Stimmen sind gestiegen, amtliche Wahlbeeinflussung hat stattgefunden; also — so dachte ich, würde er folgern, — haben die sozialdemokratischen Stimmen zugenommen zufolge der amtlichen Wahlbeeinflussung. (Heiterkeit.) Die sozialdemokratischen Stimmen sind gewachsen, die antisemitischen gefallen infolge der wachsenden Aufklärung. Ohne die amtliche Beeinflussung wäre die Stimmenzahl für Bruhn sogar wahrscheinlich hinter der des Nationalliberalen zurückgeblieben. Wegen der ungeheuren Rückständigkeit in Preußen haben leider amtliche Wahlbeeinflussungen Erfolg. Deshalb muß die Wahl kassiert werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

In den Fällen Braun und Buchwald war amtliche Wahlbeeinflussung getrieben gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, und trotzdem kassierte der Reichstag die Wahl der Sozialdemokraten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist amtliche Agitation getrieben für die konservative und die Reformpartei und gegen die liberale und sozialdemokratische. Danach mußte die Kassierung der Wahl selbstverständlich sein.

Die Debatte schließt.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger bürgerlichen Abgeordneten für gültig erklärt. Ueber die Wahlen der Abgg. Herzog (Wirtsch. Vg.) und Kopsch (Vp.) wird entsprechend dem Antrag der Kommission Beweiserhebung beschlossen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr pünktlich. (Kleine Anfragen, Interpellationen über das Koalitionsrecht der staatlichen Arbeiter und den Wagenmangel.)

Schluß 6½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

103. Sitzung. Montag den 9. Dezember 1912, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare.

Einige Vorlagen auf Aenderung von Amtsgerichtsbezirken werden angenommen.

Die Abgg. Schiffer (natl.) u. Gen. beantragen einen Gesetzentwurf, wonach beim Oberverwaltungsgericht auf Feststellung der

Ungültigkeit von Polizeiverordnungen

geklagt werden kann; die eventuelle Aufhebung ist in derselben Weise bekannt zu machen, wie die Verordnung selbst. Polizeiverordnungen sollen in 25 Jahren erlöschen. Ein zweiter Antrag enthält einen Gesetzentwurf, wonach alle behördlichen Verfügungen die Angabe der zustehenden Rechtsmittel enthalten müssen und falls dies fehlt, die Gültigkeit erst nach der Ergänzung durch diese Angaben beginne. Ein dritter Antrag Schiffer ersucht die Staatsregierung um Sammlung und Sichtung des vorhandenen Rechtsstoffes, um Unklarheiten und Zweifelhaftes zu beseitigen.

Abg. Schiffer-Magdeburg (natl.) begründet diese Anträge mit eindringlichen Hinweisen darauf, daß wir in den Verordnungen und in der ungeheuerlichen Rechtsunsicherheit ersticken. Kein Jurist kann heute ohne weiteres sagen, was Recht ist, und da wagt man es, das vom Volke zu verlangen? (Lebhafte Zustimmung links!) Das Oberverwaltungsgericht sieht sich viel öfter wie das Reichsgericht gezwungen, dem Publikum bei der Verfolgung seines guten Rechts zu Hilfe zu kommen. Besonders schlimm ist es, die Waffen hierzu dem durch Verordnungen Betroffenen zu verstecken, wie es durch Verschweigung der möglichen Rechtsmittel geschieht. (Beifall links.) Wir haben ja noch mit hunderten Gesetzen aus dem 17. bis 18. Jahrhundert zu tun! (Hört! hört! links.) In Halle wurde einmal sogar ein Arbeiter auf Grund eines Stadtgesetzes von 1575 verurteilt, weil er am Gründonnerstag irgend etwas Verbotenes getan haben sollte. (Stürmische Heiterkeit.) Zu den erstaunlichsten Juristenleistungen führt auch die Gesetzesformel: „Alle entgegenstehenden Gesetze sind aufgehoben!" Und was für eine Vielfältigkeit der Publikationsorgane für Verordnungen, noch ohne die Kreis- und Amtsblätter! Wenn jemand alle Polizeiverordnungen kennen lernen sollte, würde er gar keine Zeit mehr haben, sie zu übertreten. (Sehr gut!)

Abg. Böhmer (k.) gibt eine gewisse Rechtsunsicherheit zu, hat aber doch schwere Bedenken, ob auf die vom Abg. Schiffer vorgeschlagene Art Abhilfe geschaffen werden soll. Das könnte zum Querulantentum führen. Die Durchführung der Sichtung und Abhilfe könnte jahrzehntelang dauern. Ich kenne selbst höchst unpraktische Polizeiverordnungen, aber gibt man jedermann die Anfechtungsbefugnis, wie der Antrag will, so würden sich gewerbsmäßige Anfechter niederlassen usw. Und würde man jetzt alle über 25 Jahre alten Polizeiverordnungen aufheben, so würde ein kolossales Vakuum entstehen. Hat denn die ganze Sache nicht Zeit bis zur Verwaltungsreform? (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bell-Essen (Z.): Die Anträge sind angebracht und zeitgemäß. Abg. Böhmer hat Schiffer Uebertreibung vorgeworfen, aber leider mit Unrecht. Wer in der Praxis steht, weiß das sehr gut. „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort." Wir haben eine Konjunktur in Polizeiverordnungen. Die Anfechtung sollte nur Interessenten zustehen. Ich beantrage Kommissionsberatung der Anträge.

Abg. Brütt (fk.) äußert auch Bedenken gegen die Anträge, bleibt aber schwer verständlich.

Abg. Dr. Ehlers (Vp.): Ich verstehe nicht, daß gerade die Gewerbetreibenden so oft nach Polizeiverordnungen rufen. Es ist mit den Polizeiverordnungen so wie mit den Frauen: sie beglücken einen sehr leicht, es ist dann aber umso schwerer, sie wieder los zu werden. (Heiterkeit.) Eine Revision aller Verordnungen nach 25 Jahren wäre sehr nützlich. Seinerzeit wäre z. B. die Schöneberger Polizei froh gewesen, eine Verordnung loszuwerden, die den Beginn der Kirchenzeit auf ½10 festsetzte, so daß in den Berlin-Schöneberger Straßen die Berliner Geschäfte Sonntags um 10, die Schöneberger um ½10 geschlossen werden mußten. Die Polizei soll die Interessenten mehr befragen, so bei Ueberzeitgestattung, die heute in jedem Einzelfall eingeholt werden muß.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Nicht das Uebermaß an Polizeiverordnungen allein begründet das Mißtrauen des Volkes in unsere Rechtsprechung, sondern vor allem die Kompliziertheit und Zwiespältigkeit unseres ganzen Lebens, die eingreifen in die Gesetzgebung und Rechtsprechung. Aber gewiß steigert die Kompliziertheit unseres materiellen und formellen Rechts diese Mißstände. Es ist wirklich in erster Linie nötig, im Verwaltungsrecht Abhilfe zu schaffen. Wenn die Parteien dieses Bestreben einmütig verfolgen, wird der Staatsregierung schon deutlich gemacht werden, was nötig ist. Wir haben schon wiederholt uns dagegen gewendet, alle Reformen mit Berufung auf die sehr fragwürdige Verwaltungsreformen aufzuschieben. Hier teilt auch die Mehrheit dieses Hauses unseren Standpunkt. Die Mehrheit der preußischen „Untertanen" glaubt nicht mehr an die Verwaltungsreform. Die Abg. Schiffer und Brust haben in der Konstatierung des Mißtrauens der Bevölkerung in unsere ganze Justiz und Verwaltung geradezu revolutionäre Töne angeschlagen. Das war die schärfste Kritik des herrschenden Systems. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Brust sagte, daß die Ueberfülle der bestehenden Gesetze das Volk in seinem Mißtrauen bestärke. Nun, der Antrag Schiffer will ja nicht neue schaffen, sondern aufräumen. Freilich geht er nicht weit genug, ich sage das nicht, um weiter zu gehen als die anderen Parteien — wir müssen fordern, daß alle Verwaltungsverfügungen nur auf Grund eines mündlichen Verfahrens ergehen, in der die Bürger mit den Behörden verhandeln und ihre Motive kennen lernen können. Dann würden die Verfügungen besser verstanden, aber ebenso viele vermieden werden. Ebenso wichtig ist, daß alle Verordnungen eine Begründung erhalten, daß der Rechtsweg überall zugelassen und schließlich die Duplizität von Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechtspflege beseitigt werden, die eine der wesentlichsten Quellen der Rechtsunsicherheit ist. (Sehr richtig! links.)

Auf vielen Gebieten ist die Rechtsmittelbelehrung bereits vorgeschrieben — Polizeistrafverfahren, Arbeiterversicherung — aber hier wendet man die kleinlichsten Gegengründe ein. Wenn man dagegen „Querulantentum" einwendet, so ist das verwerflich, soll denn der Staat aus der Rechtsunkenntnis des Volkes profitieren? Das sind Staatshämorrhoidalbedenken, die fürchten, daß die Verwaltungsbeamten in ihrer Ruhe gestört werden könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staat hat vielmehr die Pflicht, das Volk über seine Rechte aufzuklären. Der Antrag beweist, daß unter der Rechtsunsicherheit auch schon die Besitzenden leiden.

In manchen Bundesstaaten und in manchen Gegenden Preußens ist die Rechtsmittelbelehrung längst gesetzmäßig oder gewohnheitlich eingeführt, so im Osten. Das kann natürlich überall geschehen.

Als ich beim Wassergesetz die Rechtsmittelbelehrung vorgeschrieben haben wollte, haben die Nationalliberalen meinen Antrag niedergestimmt, Herr Abg. Schiffer! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Besondere Schwierigkeiten entstehen, wie ich schon öfter dargelegt habe, aus den Polizeiverordnungen dem Schiffergewerbe. Vielleicht nutzt es mehr, daß jetzt von einer weniger verdächtigen Seite (Schiffer) die gleichen Beschwerden erhoben werden. Beinahe hätte ich von dem Antrag des Genossen Schiffer gesprochen (Heiterkeit), so sympathisch ist er mir. Er fordert eine

Lebensdauer von Polizeiverordnungen

von 25 Jahren, Herr Bell 20, Herr Ehlert 15 — ich als bewährter Sozialdemokrat schlage Ihnen zehn Jahre vor, da spiegelt sich der Radikalismus am besten ab! (Heiterkeit.)

Immerhin fordern Sie hier Dinge, die Sie auch beim Wassergesetz selbstverständlich abgelehnt haben.

Wir kennen ja noch gar kein wirkliches Ungültigerklären von Polizeiverordnungen, denn ein solches Höchsturteil gilt immer nur für den einzelnen Streitfall und oft genug hat man solche Verordnungen weiter bestehen lassen!

Es ist vor allem zu begrüßen, daß wir eine Rechtsinstitution bekommen sollen, die bindend über die Gültigkeit von Polizeiverordnungen entscheiden soll. Um das Volk von dem entwürdigenden, schädlichen Druck dieses Systems zu befreien, müßten viel tiefergreifende Maßregeln ergriffen werden. Aber die Anträge sind ein guter Anfang und würden wenigstens, wenn sie auch den volksfeindlichen Charakter der auf dem Dreiklassenrecht beruhenden Verwaltung nicht schmälern können, die Kleinlichkeit im Polizeiwesen beseitigen. Wir stimmen ihnen zu. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wendlandt (natl.): Mit solchen Worten, wie sie der Vorredner diesen ausgezeichneten Anträgen gewidmet hat — „revolutionär" und „Genosse Schiffer" — schadet man nur dieser guten Sache aus dem Hause. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiffer (natl.) erklärt in seinem Schlußwort gegenüber der Befürchtung des Abg. Brütt, die Anfechtungen der Verordnungen könnten die Behörden nervös machen, daß die Nervosität des Volkes bedenklicher sei.

Die Anträge gehen an eine 21er Kommission.

Oeffentliche Unterstützung und Landtagswahlrecht.

Abg. Junck (natl.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, noch vor der Aufstellung der Landtagswählerlisten die Ausdehnung des Reichsgesetzes über die Nichteinwirkung von öffentlichen Unterstützungen auf die Landtagswahlen vorzuschlagen. — Die Regierung, die sich trotz feierlicher Versprechung nicht entschließen kann, das in den Augen aller rechtlichen Menschen längst gerichtete Wahlrecht abzuändern, hat allen Anlaß dafür zu sorgen, daß das schon so verkümmerte Wahlrecht nicht noch weiter eingeschränkt werde. (Beifall links.)

Abg. Böhmer (k.): Wir stimmen für den Antrag, aber ob das Reichsgesetz in allen Punkten übernommen werden kann, ist uns zweifelhaft.

Abg. Schmedding (Z.): Auch wir stimmen für den Antrag; wir haben ja selbst 1909 für den Antrag Hirsch gestimmt.

Die Abgg. Lohmann (natl.) und Brütt (fk.) erklären sich auch für den Antrag.

Abg. Leinert (Soz.):

So kurz kann ich mich nicht fassen. Die ganze Frage ist in diesem Hause von uns aufgerollt worden. Der Reichstag hat bei der Verabschiedung des Reichsgesetzes den Bundesrat um Ausdehnung der gleichen Grundsätze auf alle Bundesstaaten ersucht. Der Reichskanzler hat dies den Bundesregierungen zur Erwägung überwiesen. Inwieweit hat das der preußische Ministerpräsident getan? 1909 lehnte er unseren Antrag noch ab. In der Wahlrechtsvorlage von 1910 waren einige der reichsgesetzlichen Bestimmungen enthalten, aber lange nicht alle und lange nicht die wichtigsten so z. B. die Krankenunterstützung des Wählers oder seiner Angehörigen aus öffentlichen Mitteln. In der Tat weigern sich die Arbeiter ihre kranken Angehörigen in Krankenhäuser usw. zu bringen, um nicht ihr Wahlrecht zu verlieren, jetzt allerdings nur noch zur Gemeinde oder zum Landtag, denn für den Reichstag ist das kein Wahlrechtshindernis mehr. Ein Vertragsabschluß auf spätere Rückerstattung der Kosten kann vielleicht höhere Beamte usw. vom Wahlrechtsverlust befreien, aber Arbeiter können darauf nicht eingehen, man macht sie auch gar nicht erst auf diese Möglichkeit aufmerksam. Wir sind freilich überzeugt, daß die Regierung will, daß die Arbeiter in ihren politischen Rechten geschmälert werden. Machen Sie ein solches Gesetz, wie es hier beantragt wird, nicht, so schaffen Sie uns ein neues Agitationsmittel. Der Arbeiter, den die satten Herren im Wahlvorstand vom Wahltisch wegschicken, empfindet diese Schande sehr wohl, und wenn die Regierung diese Schande nicht

---

Fülle des Wechsels sich ergießender Strom der Offenbarung. So ist verzehrender Liebesdurst in seinem Ringen mit stolz verschlossener Sprödigkeit wohl noch nie im Spiegelbild der Bühne erschienen, so nackt und hüllenlos, in solcher Wucht des einfach Elementarischen und doch so rein gestimmt und triumphierend. In den Adern dieser Jüdin, die einem ungeliebten feigen Manne ein Kind geboren und nun in ihrer Witwenschaft dem Helden ihrer Sehnsucht entgegenharrt, rollte wirklich alttestamentarisch heißes Blut.

Den ausgezeichneten Szenen, in denen Else Torge den Gegensatz der männlich gesinnten, das Weibergeschwätz verachtenden Basmath zu den anderen jüdischen Frauen, das Erwachen ihrer Liebe zu dem fremden, bei Salomo weilenden Heldenkönigs schildert, folgt eine ganz äußerliche, an die bekannte biblische Erzählung vom Richtspruch Salomos anknüpfende Fortspinnung. Heimkehrend von der Liebesnacht findet Basmath das Kind der Schwägerin, das ihrem eigenen zum Verwechseln gleicht, im Bette tot, die Mutter hat's im Schlaf erdrückt, und nun beginnt ein Kampf der beiden Frauen, wem das Lebende gehöre. Des weisen Salomo Entscheidung wird angerufen. Aber während nach der Sage sein Scheinbefehl, das Kind zu töten, zur Feststellung der wahren Mutter führt, spricht er es hier der Schwägerin zu. Basmath soll es nur als Freundin behüten: wenn die Tochter heranwachse, werde sich zeigen, von wessem Blut sie ist. Hier häufen sich die Widersprüche und Unmöglichkeiten. Aber alle geschraubte Unnatur der Motivierung ließ die schöpferische Intuition der Dietrich nicht erlahmen. Sie fand Töne für den Verzweiflungskampf der Mutter von so ursprünglicher Gewalt wie die, mit denen sie die Liebende verherrlicht hatte, sie hauchte dem Toten Atem wärmsten Lebens ein. Herr Licho hatte mit bescheidenen Mitteln klug und stimmungsvoll das Ganze inszeniert. Die Rolle des alten Hiram war mit Emil Rameau, die Salomos mit Aurel Nawotny recht gut besetzt. dt.

Notizen.

— Vorträge. Der Wiener Satiriker Karl Kraus wird in seinem Vortrag am Dienstag im Choralionsaal folgendes Programm behandeln: „Der Traum ein Wiener Leben", „Die Welt der Plakate", „Die chinesische Mauer" und „Hardensprache".

— Musikchronik. Im Deutschen Opernhaus ist die Erstaufführung von Webers „Oberon" vom Sonnabend auf Dienstag, den 17. Dezember verlegt worden. Dafür gelangt am Sonnabend „Fidelio" zur Aufführung.

— Das russische Ballett bringt am Mittwoch bei Kroll seine letzte Premiere, das choreographische Bild „Der Nachmittag eines Faunes", das der erste Tänzer Nijinsky zu dem gleichnamigen Präludium von Claude Debussy verfaßt hat.

— Die Fresken von Hans von Marees, die dieser für den Bibliotheksaal der deutschen zoologischen Station in Neapel gemalt hat, sollen vom bayerischen Staat für eine hohe Summe (über 100 000 M.) angekauft sein. Diese monumentalen Wandmalereien, die noch einmal für unsere Kunst fruchtbar werden können (mehr denn bisher), werden also voraussichtlich nach München übergeführt werden.

beseitigt, wird sie das Zuströmen der Massen zur Sozialdemokratie nur beschleunigen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird angenommen.

Das niederrheinische Entwässerungsgesetz wird nach kurzer Debatte in zweiter Lesung angenommen, ebenso der von freikonservativer Seite beantragte Gesetzentwurf zur Abänderung der Kreisordnungen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 10. Dezember, vormittags 11 Uhr. Amtsanwaltschaft-, Lehrerhaftpflicht-, Schleppmonopolgesetz.

Schluß 3/4 5 Uhr.

Aus aller Welt.

Der Januskopf Schorlemers.

Mit einem weinenden und einem lachenden Auge kann der Volksgenosse Freiherr v. Schorlemer-Lieser auf das Hitzejahr 1911 zurückblicken. Das Gesicht in schmerzlich-gramvolle Falten gelegt, bedauert er als Landwirtschaftsminister, der nur das beste des Volkes will, die abnorme Temperatur des letzten Jahres. Hatte der glühend heiße Sonnenbrand doch einen großen Teil der Ernte vernichtet, die Futtermittelpreise fast unerschwinglich gemacht und so mit dazu beigetragen, daß als Nachwirkung heute noch dem Volke Stockschläge auf den Magen erteilt werden. Gewiß, Ursache genug, daß des Landwirtschaftsministers Gesicht gramerfüllt ausschaut, wenn er daran denkt. Und endlich bemühte er sich daher, auf Abhilfe der Not zu sinnen. In Gegensatz zu dem bekannten Wort der Prinzessin, die dem Volke Kuchen empfahl, wenn es kein Brot habe, empfiehlt er bei mangelnder Fleischnahrung beileibe keinen Hundekuchen als Volksnahrung, sondern Gemüse und Kartoffeln. Schließlich brachte er es zu der fundamentalen Entdeckung, daß ja noch Pferdefleisch vorhanden sei, das sich seines großen Eiweißgehaltes wegen steigender Beliebtheit erfreue.

Wir sagten, unser Schorlemer blicke mit einem weinenden und einem lachenden Auge auf das Hitzejahr zurück. Weint er auf der einen Seite über die dadurch entstandene Not, so hat er doch, wie Bäcker Schult in Reuters Durchlauchtig, auch seine lachende Seite. Schorlemers lachende Seite sind ihm seine Weingüter. Brachte die Hitze Trockenheit zuwegk, so reifte sie auch den Wein so ausgezeichnet, daß Schorlemers Stückfässer sich mit den besten Qualitätsweinen füllten, die ihm überreichen Gewinn bringen. Dieser Tage fand in Trier die Versteigerung der Schorlemerschen Weine aus dem Jahre 1911 statt. 80 Fuder Wein wurden verauktioniert und brachten 241 890 M., im Durchschnitt 3017 M. für das Fuder. Schorlemer hat Grund zum Lachen, denn die Versteigerung seiner Weine im Jahre 1910 brachte ihm bei 96 Fuder nur 191 710 M., oder im Durchschnitt 1997 M. pro Fuder. Der reiche Segen ist in den teuren Zeiten eine ganz willkommene Zubuße zu dem kleinen Ministergehalt von 50 000 M., und erklärt vielleicht auch den Skeptizismus, mit dem Landwirtschaftsminister v. Schorlemer dem Mangel an Fleisch gegenübersteht.

Mit schmunzelndem Behagen wird sich der Schwergeprüfte sagen: Was dem einen sin Ühl, ist dem andern sin Nachtigall!

Sechs Mädchen ertrunken.

Eine schwere Katastrophe hat sich am Sonntagabend in der Ortschaft Faulbach bei Aschaffenburg zugetragen. Sieben Mädchen im Alter von acht bis zwölf Jahren spielten auf einer zugefrorenen Stelle des Mains. Plötzlich brach die zwei Zentimeter dicke Eisdecke durch, und sämtliche Mädchen stürzten ins Wasser. In ihrer Todesangst klammerten sie sich aneinander. Sechs Mädchen ertranken und konnten nur als Leichen geborgen werden. Das siebente wurde von ihrem Bruder gerettet.

Einer von der Sorte.

Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ist, offenbar aus Versehen, eine originelle Porträtierung der Leute in die Spalten geraten, auf deren Geisteszustand ihr Alldeutschtum zugeschnitten ist. Unter dem Strich veröffentlicht sie einiges aus den Erinnerungen eines Arztes von 1870, die demnächst in Buchform erscheinen sollen. Da erzählt dieser Arzt, der ehemalige Direktor der Universitätsfrauenklinik in Bonn, Dr. Fritsch:

„Ich möchte behaupten, daß ein Soldat, wenn er fest entschlossen ist, sein liebes Leben zu retten und seine Knochen wieder heil nach Hause zu bringen, das bei einiger Konsequenz wohl fertig bringen kann. So kannte ich einen, der nach zwei Stunden Marsch regelmäßig mit affektierter jammervoller Miene im Chausseegraben saß. Dabei strafte ihn sein hübsches, gesundes rundes Gesicht Lügen! „Ach, Herr Doktor, geben Sie mir etwas, daß ich weiter kann," rief er weinerlich klagend. Nun bekam er Hoffmannstropfen und versprach, weiterzugehen. Aber nicht zwei Minuten — bums — da lag er wieder im Graben, als wenn er totgeschossen sei. Nun ging das Jammern wieder los: er wolle ja so gerne, aber könne nicht vorwärts, er ersticke usw. Schließlich sagte man sich, daß man Besseres und Wichtigeres zu tun habe, als immer in den einen Schlappen hineinzureden. Courage, teelöffelweise abzugeben, führten wir nicht im Medizinkarren. Am andern Morgen, wenn die Schlacht oder das Gefecht vorbei war, konnte man sicher sein, den Drückeberger wieder zu sehen. Und nach Jahrzehnten sah ich ihn wieder. den tapferen Krieger, Vorstand aller möglichen Kriegervereine, hochgesinnter Patriot, Blut und Leben auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern jederzeit bereit."

Jawohl, das ist ganz die Sorte, die an den Kriegervereinsabenden das Maul ganz gewaltig aufreißt und die jeden Abortbesuch mit einem Hurra beendet. Diese Leute trifft man überall, wo mit dem Säbel gerasselt und unverantwortliches Spiel mit dem Glück und der Wohlfahrt der Völker getrieben wird, nicht zuletzt in den „nationalen" Zeitungsredaktionen.

Spionenriecherei.

Der Restaurateur Sabisch aus Breslau erhielt vom Deutschen Metallarbeiterverband in Stuttgart den Auftrag, für die Bauausstellung in Leipzig verschiedene in Bau befindliche Brücken zu photographieren, um sie für die Abteilung „Arbeiterschutz" zu verwenden. Als nun Sabisch am Freitag die bei Nieder-Hermsdorf im Bau befindliche Brücke über die Eisenbahn photographierte, wurde er wegen Spionageverdachtes verhaftet. Obwohl er zwar aus der Haft entlassen wurde, sind ihm dennoch sämtliche Platten und Photographien auch anderer Brücken abgenommen und gegen ihn ein Verfahren auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1893 betreffend Spionage eingeleitet worden. Die Verteidigung des Sabisch hat Rechtsanwalt Simon in Breslau übernommen.

Sensationelle Wendung in der Mailänder Vergiftungsaffäre.

Aus Rom wird uns geschrieben: Bekanntlich hat die Mailänder Polizei drei Anarchisten unter der Anklage verhaftet, an der Versendung der vergifteten Kapseln an die Mailänder Hausbesitzer schuldig zu sein. Die Anzeige war durch einen Kellner namens Bigliardi erfolgt, der inzwischen hat zugeben müssen, daß er von der Polizei bestochen und besoldet wurde. Der Denunziant hat von der Polizei Geld gefordert unter dem Vorwande, die schriftlichen Beweise der Schuld der drei Verhafteten zu besitzen. Da er diese Beweise nicht herausrückte, was ihm wohl deshalb schwer gefallen sein mag, weil er sie gar nicht besaß, hat die Polizei den Kellner gestern als an dem Giftmorde beteiligt, verhaftet. Wahrscheinlich hat der Schuft mit dem wahnsinnigen Anschlag ebenso wenig zu schaffen, wie die von ihm denunzierten Anarchisten: die Verhaftung ist wohl nur vorgenommen worden, um die Blamage der Polizei zu verdecken. Bigliardi müßte ja blödsinnig sein, wenn er an dem Morde beteiligt wäre und sich um Geld zu dem gefährlichen Handwerk des Denunzianten hergegeben hätte. Die Anarchisten selbst sind am 6. d. Mts. aus der Untersuchungshaft entlassen worden, was zweifellos der erste Schritt zur Einstellung des Verfahrens gegen sie ist. Bigliardi wurde in Haft behalten, weil man ihn wegen Betruges zum Schaden der Polizei vor Gericht bringt. Das übliche Ende des Denunzianten!

Angebliche Fischvergiftung.

Wie die staatliche Fischereidirektion in Hamburg uns mitteilt, brachten einige hiesigen und auswärtigen Zeitungen gestern und vorgestern die Nachricht, daß Mitglieder einer in der Gärtnerstraße in Hamburg wohnenden Familie nach dem Genuß von Sprotten vergiftet seien. Wenn man die Erwähnung der Sprotten als Zeitangabe auffaßt, so mag diese Bemerkung ihre Richtigkeit haben. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Genuß der Sprotten und der Vergiftung besteht aber nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung nicht. Schon früher ist durch Nachrichten über angebliche Fischvergiftungen der deutschen Fischereiindustrie großer Schaden zugefügt worden. Der Fall ist diesmal noch viel bedauerlicher, weil die Nordseesprotten seit zehn Jahren nicht mehr an unsere Küste gekommen sind, und durch die Nachricht die an sich schon in den schwierigsten Erwerbsverhältnissen lebenden Ostseefischern getroffen werden.

Kleine Notizen.

Schiffsuntergang im Hamburger Hafen. An der Stelle, wo kürzlich der Hamburger Dampfer „Vandalia" in der Elbe versank, lief Montag nachmittag ein kleiner Segler, der eine Ladung Eisen für Rendsburg hatte, gegen die zur Hebung des Wracks in den Strom gerammten Pfähle. Der Segler sank in kurzer Zeit. Der Steuermann und die Frau des Schiffers ertranken, der Schiffer selbst konnte von einem vorüberfahrenden englischen Dampfer gerettet worden.

Zwei Obdachlose verbrannt. In Frankfurt a. M. verbrannten in der Nacht zum Sonntag bei einem Scheunenbrande zwei Menschen. Es handelt sich offenbar um zwei Obdachlose, die in der Scheune genächtigt haben.

Der Sohn als Richter. Am Sonntagabend zwischen 8 und 9 Uhr zertrümmerte in Mannheim der 19 Jahre alte Gipser Adam Benziger von Feudelheim die Tür zu dem Schlafzimmer seiner Mutter, drang in das Zimmer ein und feuerte hier auf die im Bett liegende Frau drei scharfe Revolverschüsse ab. Außerdem brachte er ihr mit einem Messer eine Anzahl Stiche in die Brust bei. Die Frau, die ins Krankenhaus gebracht wurde, verschied bald darauf an den Folgen der schweren Verletzungen. Das Motiv zur Tat sollen sittliche Verfehlungen der 42 Jahre alten Frau sein, die von ihrem Mann getrennt lebt. Der Täter wurde verhaftet.

Ein Leutnant als blinder Passagier. Auf der Eisenbahnlinie von Grenoble nach Moinans wurden am Sonntag drei Personen ohne Fahrkarten festgenommen. Darunter befand sich auch der Sohn des österreichischen Hauptmanns Tynch, der selbst Leutnant in der österreichischen Armee, aber vor einiger Zeit desertiert ist. Der Leutnant wurde verhaftet.

Feuer im Kinotheater. In dem Projektionsraum eines Kinematographentheaters in Rio de Janeiro explodierte ein Motor, wodurch eine Feuersbrunst entstand. Drei Personen wurden getötet, darunter der Operateur, mehrere verletzt.

Eine furchtbare Brandkatastrophe hat sich in Montpellier (Frankreich) ereignet. Dort brach in dem Laden eines Buchhändlers Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und sich bald über das ganze Gebäude erstreckte. Der Buchhändler, der gelähmt ist, konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen und verbrannte. Drei Frauen sind gleichfalls in den Flammen umgekommen, während mehrere andere Personen nur mit schweren Verletzungen aus dem brennenden Gebäude herausgeholt werden konnten.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 12. cm	seit 7. 12. cm[1]	Wasserstand	am 8. 12 cm	seit 7. 12. cm[1]
Memel, Tilsit	—242	+6	Saale, Grochlitz	102	—9
Pregel, Insterburg	—15	0	Havel, Spandau[2]	62	—4
Weichsel, Thorn	124	—2	„ Rathenow[2]	65	—1
Oder, Ratibor	132	—8	Spree, Spremberg[2]	72	0
„ Krossen	157	—1	„ Beeskow	95	—1
„ Frankfurt	158	—4	Weser, Münden	207	—7
Warthe, Schrimm	45[3]	—12	„ Minden	317	—13
„ Landsberg	42	—4	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	9	—5	„ Kaub	102	—4
Elbe, Leitmeritz	0	—6	„ Köln	251	—21
„ Dresden	—118	—5	Neckar, Heilbronn	72	—9
„ Barby	164	—12	Main, Hanau	172	—5
„ Magdeburg	132	—11	Mosel, Trier	129	—17

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. [2]) Unterpegel. [3]) Treibeis.

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Ihnen lacht das Herz

wenn Sie die Freude sehen, die Sie mit einem Weihnachts-Geschenk aus meinen Geschäften bereiten. Jeder weiß ein solch nützliches Geschenk zu schätzen, nicht blos, weil, wenn es von mir bezogen, auch dem wirklichen Wert des gezahlten Preises entspricht, sondern weil es dem Empfänger auch Ihren guten Geschmack für gediegene Vornehmheit beweist, sei es nun ein reizendes Opernglas mit guter Optik, oder ein modernes Augenglas von eleganter Gediegenheit, oder ein zuverlässiges Barometer als schöner Zimmerschmuck. Meine Garantie bürgt für Auswechslung der Augengläser auf Grund sorgfältiger kostenloser Augenuntersuchung auch nach dem Fest, sowie für jeden gewünschten Umtausch. Jedes Stück ist deutlich mit dem festen Preise versehen, doch wenn Sie jetzt kaufen, erhalten Sie (außer auf Prismen-Binocles) 5 % extra, damit Sie nicht kurz vor dem Fest den Andrang vergrößern helfen. Auf Wunsch liefere ich erst zu Weihnachten und Sie brauchen auch erst dann bei der Lieferung zu zahlen.

Besichtigen Sie die Ausstellung der Geschenke in den Fenstern meiner Geschäfte.

Neu eröffnet: **Unter den Linden 20** nahe der Passage,
Spittelmarkt zu der Untergrundbahn.
Oranien-Straße 44 gegenüber Max und Moritz.
Brunnen-Straße 12 nahe Invaliden-Straße.
Alexanderplatz neben Aschinger.
Link-Straße 1 Ecke Potsdamer Straße.
Chaussee-Straße 72 neben Steins Warenhaus.
Tauentzien-Straße 14 nahe der Kirche.

Optiker Ruhnke

Bitte aufbewahren!
Den „Vorwärts"-Lesern zur Nachricht, daß mir ein großes Fabriklager in fein vergoldeten
Metallwaren
als: Aufsätze, Figuren, Standuhren, Vasen, Gruppen und Hunderte andere Artikel zum schleunigen Verkauf zu Spottpreisen übergeben wurde.
Preislage von 45 Pf. bis 15 M.
Passend zu Weihnachtsgeschenken und Verlosungen.
Verkaufslokal: Chausseestraße 123 im Lad. geradeüber d. Schlegelstraße.
Isidor Rosenthal, Charlottenburg.
Nur ganz kurze Zeit!

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Frack-Verleih-Institut A. Borchardt, Friedrichstr. 115, Drand. Tor. Tel. Nrd. 10654, verleiht Frack-, Smoking-, Gehrockanzüge in verschied. Preislag. bis z. elegantest. Genre. Sehr große Ausw. Mäß. Preise.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

Sonderangebot für Gastwirte und Wiederverkäufer!
Gute billige Zigarren!
darunter die bek. Franz-Josef-Zig., 65 M. per Mille, so lange Vorrat reicht. Probezehntel.
Lombardspeicher Emil Meyer & Co.
Neue Grünstr. 27
(Untergrundbahnhof Spittelmarkt).

Knaben- u. Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß am billigsten und reellsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.
Herren-Garderobe n. Maß.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Prakt. Weihnachtsgeschenk zu wirklichen Spottpreisen
Stoffreste zu Anzug, Paletot, Hose und Damen-Kostümen
Deutsch-Englische Tuch-Agentur,
York-Straße 75, nahe Belleallianceplatz.
Besuch wirklich lohnend.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

In dieser Woche auf Wunsch bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind Lebensmittel und wenige Artikel ausgenommen.

Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbuser Tor.

1000 Pelzstolas

Schals, Colliers, Muffen nur prima —Felle— offeriere ich infolge günstiger Abschlüsse zu **hervorrag. billig. Preisen.**
Echt Skunks-Stola von 35 M. an.
Nerzmurmel-Stola von 13,50 M. an mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation 7,50 M.
Marder, Nerz, Persianer, Oppossum, Biber, Iltis etc. in allen modernen Formen stets am Lager.
Bitte genau auf die Firma **Eile zu Weile** Dresdener Str. 119 zu achten!
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort — für den bezeichneten Preis. —

Eigene Kürschnerei.
Reparaturen gut, schnell, billigst.
Sonntags 12—2 geöffnet.

Aufruf
an die
Arbeiter Berlins!

Die anhaltende Teuerung zwingt einen jeden, sich vor Uebervorteilung zu schützen.
Kaufen Sie nur beim Fachmann.

1 Mark

wöchentl. Teilzahlungen
liefere elegante fertige

Herren-Garderoben

: Ersatz für Mass :
Anfertigung n. Mass
Tadellos. Ausführung

Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankf. Str. 37 II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, :: kein Laden. ::

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung,

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 36, I, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Velour du Nord, Persianer, imit. Seal-Plüsch, Seiden-Seal Mtr. 5.50, 6.50 9.50, 15.— M. Plüschfutter, Fell imit. für eleg. Damen-Paletots Mtr. 4.50 M. Damenkostüm- und Ulsterstoffe, Mtr. 3.—, 4.—, 5.— M. etc.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Kios

Cigaretten

Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4 „
Welt-Macht 5 „
Auto-Klub 6 „
Aero-Klub 10 „

Kleine Berliner
Stück 2 Pf.

Stempelfabrik

Robert Hecht,
Inh.: Alfr. Schneller
Berlin S. 42, Ritterstr. 114.
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.

Deutsches Fabrikat

Durch Qualität zum Erfolg!

SCHOKOLADE

GOLD
SILBER
KUPFER

Drei Preislagen — Drei Grössen

Alle drei Marken, gleich rein und nahrkräftig unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

KAKAO

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland

fand am Sonntag in Bornim statt. Anwesend waren 31 Delegierte, darunter 8 Mitglieder des Kreisvorstandes, vom Provinzialsekretariat Genosse Wels, ferner je ein Vertreter des „Vorwärts“ und der „Brandenburger Zeitung“. Eingeleitet wurde die Versammlung durch zwei Kampflieder des Bornstedter Arbeitergesangvereins. Der Vorsitzende, Genosse Schubert, verlas dann ein Schreiben des Genossen Trompler-Spandau, worin derselbe mitteilt, daß er seinen Posten als Kreisobmann des Bildungsausschusses niederlegt. Er sei zu diesem Entschluß gekommen anläßlich des Urteils des Schiedsgerichts, welches ihm Leichtfertigkeit bei Vorbringung der Vorwürfe gegen Genossen Schubert vorwerfe.

Dann erhielt das Wort Genosse Dr. Liebknecht, der sich mit dem Parteitag beschäftigte. Der Parteitag werde sich in erster Linie mit der Organisierung des Wahlrechtskampfes zu beschäftigen haben. Der Bericht der preußischen Landtagsfraktion werde außerordentlich umfangreich werden, ist doch der Reichsetat kleiner als der preußische Etat und erstreckt sich doch die Haupttätigkeit der Fraktion auf die Etatsberatung. Hierbei biete sich Gelegenheit, Mißstände aufzudecken und die Regierung scharf zu kritisieren wegen ihrer reaktionären Anschauungen. Die Fraktion sei aber auch vor schwierige Aufgaben gestellt, habe sie sich doch mit Fragen zu beschäftigen, die im Programm nicht vorgesehen sind, z. B. Mittelstands- und Agrarpolitik. Es werde nicht mehr lange auf sich warten lassen können, daß die Partei in diesen Fragen ein genaues Programm aufstellt. Der preußische Parteitag werde sich auch mit der Landarbeiterfrage und mit der Sozialpolitik im preußischen Abgeordnetenhause zu beschäftigen haben. Die Landarbeiterfrage sei die brennendste. Dann kam Redner auf die Wahlrechtsfrage zu sprechen und warf die Frage auf, ob ein Zusammengehen der Partei mit den Freisinnigen und Nationalliberalen angängig sei. Bei der reaktionären Haltung der Nationalliberalen sei die Schaffung eines Großblocks nicht angängig. Wir hätten aber auch keine Ursache, ohne weiteres mit den Freisinnigen Kompromisse abzuschließen. Die Unterstützung der Freisinnigen als kleineres Uebel könne nur eintreten, wenn die Kandidaten bindende schriftliche Erklärungen abgeben. Wir könnten nicht das Hauptgewicht darauf legen, recht viel Mandate zu gewinnen, sondern müßten in erster Linie den Wahlrechtskampf in die breite Masse des Volkes tragen. Darum werden wir es zu vermeiden haben, schon bei den Wahlmännerwahlen Kompromisse einzugehen. Genosse Liebknecht schloß sein Referat mit dem Wunsch, daß der preußische Parteitag die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen möge und genaue Richtlinien festlegt. — In der sich anschließenden Diskussion vertrat Genosse Staab-Potsdam gleichfalls die Ansicht, daß es für die Partei vorteilhaft wäre, wenn der preußische Parteitag ein Mittelstandsprogramm aufstellt. Nach unserem Programm könnten wir in keiner Weise auf Mittelstandsfragen eingehen, und die Konservativen versuchen jetzt, den Mittelstand in ihr Lager zu ziehen.

Krumnowski-Ketzin tritt für eine Agitation gegen die Fleischteuerung auf dem Lande ein.

Als Delegierte zum preußischen Parteitag werden gewählt die Genossen Stahl, Staab und Feltz, als Ersatzmann Genosse Dolebous.

Die Aenderung des Geschäftsjahres nach den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitages wurde ohne Debatte angenommen. Das Geschäftsjahr geht also bis zum 31. März, dementsprechend haben auch die einzelnen Ortsvereine ihre Jahresberichte einzusenden.

Als Landtagskandidat für den Wahlkreis Spandau-Osthavelland wurde wieder Genosse Liebknecht aufgestellt, während es Potsdam überlassen bleibt, für seinen Wahlkreis einen Kandidaten aufzustellen.

Die Ersatzwahl zum Kreisvorstand hatte folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Stahl, zum 2. Vorsitzenden Genosse Pieper, zum 1. Kassierer Genosse Hornig, zum 2. Kassierer Genosse Salzwedel einstimmig gewählt. Spandau hat nun noch den Kreisobmann für den Bildungsausschuß zu wählen. Als Obmann der Lokalkommission für den Kreis wurde Genosse Kasmirzak-Spandau gewählt.

Potsdam wurde als Ort für die nächste Kreisgeneralversammlung gewählt.

Ein Antrag Ketzin: Sämtliche Beiträge sollen gedrittelt werden, zwei Drittel erhält der Kreis, ein Drittel der Ort, wird auf die Tagesordnung der nächsten Kreisgeneralversammlung gesetzt.

Nachdem Genosse Liebknecht noch einige herzliche Abschiedsworte an den ausscheidenden bisherigen Kreisvorsitzenden Genossen Schubert gerichtet und Genosse Schubert die Anwesenden zur weiteren Parteiarbeit aufgefordert hatte, wurde die Kreisgeneralversammlung geschlossen.

Gaukonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes für Brandenburg.

Am Sonntag hielt der Gau Brandenburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes bei Boeker in der Weberstraße 17 eine Konferenz ab, an der sich 118 Zweigvereine mit 148 Delegierten beteiligten. Außerdem waren noch Verbandsfunktionäre und Gäste anwesend, so daß die Zahl der Versammelten sich auf zirka 180 Personen belief. 22 Zweigvereine waren nicht vertreten.

Der Ausschuß war durch Dähne, der Hauptvorstand durch Behrendt, die Bauarbeiter-Schutzkommission durch O. Heinke, der Zimmererverband durch Knüpfer vertreten.

Silberschmidt eröffnet die Versammlung um 10 Uhr und begrüßt die Anwesenden im Namen des Gauvorstandes mit herzlichen Worten. Des weiteren teilt er mit, daß er vorerst eine traurige Pflicht zu erfüllen habe (sämtliche Anwesende erheben sich von den Plätzen bis der Redner geendet hat) und nun widmet der Vorsitzende Silberschmidt dem verstorbenen Zentralvorsitzenden Bömelburg einen tiefempfundenen Nachruf. Mit warmen, innigen Worten gedenkt er des Toten, dessen allzufrühes Hinscheiden eine Lücke hinterlassen habe, die wohl auf lange Zeit nicht auszufüllen sein werde. Als Kämpfer und Taktiker, als Mensch und Freund sei Bömelburg eine große prächtige Persönlichkeit gewesen. Des weiteren gedenkt der Redner noch der übrigen verstorbenen Mitglieder.

Sodann trat die Konferenz in die Tagesordnung ein. Silberschmidt wies eingangs der Verhandlung auf die großen Veränderungen hin, die im Laufe der letzten Geschäftsperiode sich vollzogen haben. Der Zusammenschluß der Bauhilfsarbeiter, Isolierer und Steinholzarbeiter und der Stukkateure mit dem Maurerverband sei in dieser Zeit erfolgt und der Uebertritt dieser Organisationen habe bei vielen ein banges Gefühl verursacht, da man fürchtete, daß eine Anzahl von Mitgliedern den Uebertritt nicht mitmachen würde. Diese Befürchtungen hätten sich aber nicht erfüllt, zu 84 Proz. habe sich der Anschluß glatt vollzogen. Es seien auch keinerlei Beschwerden eingetroffen. Die Gruppen arbeiteten gut nebeneinander und man habe sich sehr schnell eingewöhnt, so daß Klagen in der ersten Geschäftsperiode nicht zu verzeichnen wären. Es habe sich auch gezeigt, daß die Wünsche der einzelnen Arbeitertategorien auch in Industrieverbänden sehr gut berücksichtigt werden können. Der Gauvorstand habe den Wunsch, daß es auch so bleiben möge. Wohl stehe man zurzeit in einer guten Geschäftskonjunktur, aber zweimal hätten starke Erschütterungen das Geschäftsleben bedroht, so im Marokkokonflikt und auch dann wieder durch die Balkanwirren. Diese drohenden Konflikte hätten nicht nur das Exportgewerbe beeinträchtigt, sondern auch auf dem Baumarkt Störungen verursacht, die allerdings wieder behoben würden, wenn jetzt der Frieden einträte. Die Bautätigkeit sei ja im allgemeinen stark von lokalen Umständen abhängig. Die Provinz sei agrarisch, und die Wucherzölle hätten wesentlich auf die Bautätigkeit eingewirkt, indem nun mehr und besser gebaut würde. Die ungünstigen Verhältnisse Groß-Berlins und ihre Ursachen seien ja bekannt, in erster Linie käme hierfür der beispiellose Bodenwucher mit den Baustellen in Betracht. In den letzten Jahren habe sich so ziemlich alles freiliegende Terrain in den Händen der Großbanken und Terraingesellschaften vereinigt. Ferner wäre noch das sinn- und planlose Bauen, ebenso die Hypothekengeschäfte und die Baukrachs hieran schuld, nicht minder die Lebensmittelverteuerung, die viele veranlasse, Berlin zu verlassen, oder aber sich in den Wohnungsverhältnissen einzuschränken. Da 80 000 leere Wohnungen vorhanden seien, werde hier die Konjunktur auf Jahre hinaus keine gesunde werden. Redner zeigt an Zahlenmaterial, wie groß die Arbeitslosigkeit in Berlin ist.

Die Agitation in der letzten Geschäftsperiode sei geleitet worden von den Grundsätzen, die die letzte Konferenz festgesetzt habe. Besonders hinsichtlich der Restanten und der Unorganisierten sei mit Erfolg gearbeitet worden. Redner gibt auch einen Ueberblick von den Versammlungen und Besprechungen, die stattgefunden haben, desgleichen von den Flugblättern, Handzetteln, Tabellen usw., die ausgearbeitet bezw. verteilt worden seien.

Das Ergebnis einer Feststellung über die Zahl der in den Vereins- resp. Lohngebieten der Provinz wohnenden, in der Regel arbeitenden und 1912 organisierten Maurer und Hilfsarbeiter (ausschließlich Groß-Berlin) ist:

	Zum Bezirk gehören	Im Bezirk wohnen		Im Bezirk arbeiten		Im 3. Quartal organisiert	
	Orte	Maurer	Hilfsarbeiter	Maurer	Hilfsarbeiter	Maurer	Hilfsarbeiter
A. Industrielle Bezirke . .	1860	12 204	3863	8 744	3846	7 379	2379
B. Landwirtschaftl. Bezirke	2077	11 512	1857	7 326	1998	4 293	696
Summa	3937	23 716	5720	16 070	5844	11 672	3075

Was die Lohnbewegungen anbelangt, seien hübsche Erfolge zu verzeichnen. Für 1911—12 ergibt sich folgendes Bild:

Forderungen wurden gestellt: in 68 Vereinen mit 592 Unternehmern, 6723 qualifizierten Arbeitern und 2647 Hilfsarbeitern. Die Hauptforderungen betrafen: in 56 Fällen Lohnerhöhung, in 2 Fällen Arbeitszeitverkürzung, in 10 Fällen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, in 2 Fällen nur Tarifabschluß ohne Lohnerhöhung. Erledigt wurden: 41 Fälle gleich 58,57 Proz. durch Verhandlungen, 29 Fälle gleich 41,43 Proz. durch Streiks. Die Lohnerhöhung betrug: für 8349 Beteiligte im Durchschnitt 4,28 Pf. pro Stunde oder im Durchschnitt 2,44 M. pro Woche. Arbeitszeitverkürzung erhielten: 1264 Personen durchschnittlich 3 Stunden pro Woche, 48 Personen durchschnittlich 6 Stunden pro Woche. Sonstige Erfolge erzielten außerdem: 704 Personen für Ueberstundenarbeit, 1007 Personen für Nacht- und Sonntagsarbeiten, 1817 Personen für sonstige Nebenbedingungen. Tarife wurden in 51 Lohnbezirken mit 481 Betrieben und 6673 darin beschäftigten Arbeitern abgeschlossen.

Abwehrbewegungen wurden geführt: 48 in 56 Betrieben mit 3619 beschäftigten Arbeitern, in 20 Fällen wegen Maßregelung, in 19 Fällen wegen Lohnreduzierung, in 9 Fällen wegen anderer Ursachen. Beendet wurden: 39 Bewegungen mit vollem Erfolg, 2 mit teilweisem und 7 ohne Erfolg.

Die Mitgliederbewegung von 1911/12 entwickelte sich wie folgt: Am 31. Dezember 1910 betrug der ziffernmäßige Mitgliederbestand in den alten Organisationen der Maurer, Hilfsarbeiter und Isolierer zusammen 23 430. Von diesen sind zum D. B.-V. übergetreten 19 731, dann Stukkateure 887, macht insgesamt 20 618. Am Schluß des 3. Quartals 1912 waren 29 887 Mitglieder vorhanden. Gegenüber dem ziffernmäßigen Bestand von 23 430 ist das eine Zunahme von 6457, gegenüber der eigentlichen Zahl der Uebergetretenen zum D. B.-V. jedoch von 9269. Am 1. Januar 1911 bestanden 133 Vereine, am 1. Oktober 1912 137. Die zu erwartenden Beteiligungsziffern der Tarifbewegung von 1913 werden 57 Bezirke mit 32 307 Beschäftigten umfassen.

Wenn auch nicht alles, so führte Silberschmidt aus, was er vorgeführt habe, befriedige, so stelle es doch immerhin eine gesunde und erfolgreiche Entwickelung dar. Bezüglich des Bauarbeiterschutzes müsse bedauerlicherweise festgestellt werden, daß hier nicht genug geschehen sei. Das Eingeständnis sei nicht leicht, aber es sei in dieser Periode leider wenig Zeit übrig geblieben infolge des Zusammenschlusses der verschiedenen Gruppen mit dem Maurerverbande, sowie der intensiven Agitation usw. Der Bauarbeiterschutz konnte darum nur zwischendurch mitbetrieben werden, jedoch werde in der nächsten Geschäftsperiode diese Aufgabe ganz energisch in die Hand genommen werden. Im Laufe der letzten Geschäftsperiode habe auch die Rechtsprechung andere Bahnen eingeschlagen insofern, als die Gerichte jetzt dazu übergingen, bei Bauunfällen nicht nur den Bauunternehmer, sondern auch die Arbeiter verantwortlich zu machen, wenn Pfuscharbeit geleistet oder minderwertiges Material verwendet worden sei. An Hand von Gerichtsurteilen zeigte Redner, daß verschiedentlich gegen Bauarbeiter beträchtliche Gefängnisstrafen in solchen Fällen ausgesprochen wurden sind. Er bittet daher die Anwesenden, in dieser Hinsicht das Notwendige zu veranlassen und ihre Kollegen zu unterrichten.

Die neueste Auslegung des Reichsvereinsgesetzes durch die Polizei habe auch der D. B.-V. besonders im Osten erfahren müssen, wo man dazu übergehe, die Filialen des D. B.-V. für politische Vereine zu erklären. Redner erklärte: Wir werden uns gegen eine derartige Auslegung wehren bis zum äußersten, denn wir sind eine wirtschaftliche Organisation. Der Vorstand unterbreite auch eine Vorlage, nach der in jedem Zweigverein und, wo es notwendig ist, auch in jeder größeren Zahlstelle des D. B.-V. Jugendabteilungen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gebildet werden sollen. Der Zweck der Jugendabteilung ist Unterweisung der Jugendlichen in den gewerkschaftlichen Grundsätzen, Schutz der Jugendlichen vor überwäßiger Ausbeutung und roher Behandlung im Arbeitsverhältnis, Belehrung in beruflichen Angelegenheiten, Erweckung und Pflege des Bildungsbetriebes und Pflege der Geselligkeit.

Ferner hat der Vorstand in einer Vorlage den Antrag unterbreitet, eine Unterstützungskasse des D. B.-V. zu gründen, aus der die ehrenamtlich tätigen Mitglieder, die bei dieser Tätigkeit Schaden erleiden, unterstützt werden sollen.

Damit war der Bericht Silberschmidts, der beifällig aufgenommen wurde, beendet. Es fand nur eine ganz kurze Diskussion statt, in der wesentliche Einwände nicht geäußert wurden.

Hierauf erstattete Rennthaler den Kassenbericht vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1911:

Einnahme	24 582,14 M.
Ausgabe	21 848,57 „
Kassenbestand . . .	2 683,57 M.

Die Abrechnung vom 1. Januar 1912 bis 30. November 1912 betrug:

Einnahme	20 106,26 M.
Ausgabe	17 157,51 „
Kassenbestand . . .	2 948,51 M.

Das Referat über die

Lohnbewegung im Jahre 1913

hielt Behrendt vom Hauptvorstand. Redner gibt einen historischen Ueberblick von dem Aufkommen und der Entwickelung der Arbeitgeberverbände, die zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet worden seien, die Arbeiterorganisationen zu zerschmettern. So hätten dieselben jetzt auch einen Fonds gegründet, den sie nach außen hin als Wehrschatz bezeichnen, in ihren Sitzungen aber Kriegsfonds nennen. Die Unternehmer hätten mit ihren Rüstungen schon sehr eifrig begonnen. Die Außenseiter sind im Guten oder im Bösen zusammengeholt worden und alle übrigen Unternehmerorganisationen haben sich dem Arbeitgeberbund angeschlossen. Desgleichen hat er sich die Unterstützung der Arbeitgeber der verwandten Gewerbe sowie der Materiallieferanten gesichert. Wenn der Kampf ausbreche, so werde er sich sicher auf breiter Basis ausdehnen, doch brauchten sich die Arbeiter nicht zu fürchten, da auch sie gerüstet seien. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am 1. Januar 1911 4 885 000 M. Seither sei es auf 11½ Millionen Mark gestiegen und werde voraussichtlich bis Januar die zwölfte Million überschritten haben. Dazu kommt noch, daß der Verband der Zimmerer und der Christliche Bauarbeiterverband mit in den Kampf träten, so daß den Unternehmern eine geschlossene Phalanx gegenüberstehe. Sollten von unparteiischer Seite Tarifverhandlungen eingeleitet werden, so werde der Verband sein Augenmerk darauf richten, daß ein Ausgleich der Löhne in den einzelnen Bezirken stattfindet und überdies eine Lohnaufbesserung im allgemeinen, die angesichts der herrschenden Teuerung nur allzu berechtigt ist. Für die Lohnbewegung kommen 19 691 Betriebe mit über 835 000 Beschäftigten in Betracht, die heute 1042 Verträge aufzuweisen haben. Wie der Redner mitteilte, hat auf Veranlassung des Staatssekretärs Dr. Delbrück Gewerbegerichtsrat Dr. Prenner ein Vermittlungsangebot unterbreitet. In den nächsten Tagen würden die Hauptvorstände der in Frage kommenden drei Arbeiterorganisationen hierzu Stellung nehmen und dann auf Herrn Dr. Prenners Schreiben Antwort erteilen.

Zu dem Referat nahm Silberschmidt das Wort, der erklärte, daß man mit den soeben geäußerten Richtlinien sich einverstanden erklären könne. Die Maurer sollten aber überall mit aller Macht unter den Hilfsarbeitern agitieren und sich eingehend um deren Lohn- und Arbeitsbedingungen kümmern.

Die Vorschläge des Vorstandes wurden einstimmig akzeptiert.

Hierauf sprach O. Lehmann zur

Statutenänderung

und unterbreitete am Schluß seiner Ausführungen folgende zwei Anträge:

Antrag I: Die Konferenz ersucht den Verbandstag, die §§ 6 und 12 der Vorlage (Bezirksräte, Bezirkssekretäre und Ausschuß) abzulehnen, weil die alten Einrichtungen der Gauvorstände und Ausschuß in der bisherigen Form sich gut bewährt haben.

Antrag II (zur Arbeitslosenunterstützung): Die Delegierten der Gaukonferenz erklären, daß sie grundsätzlich für die Arbeitslosenunterstützung sind. Sie halten den Verbandstag im Januar 1913 aber noch für zu früh, um die Beschlußfassung über die Einführung in den Verband schon vornehmen zu können.

Die Konferenz ersucht deshalb den Verbandstag, die Vorlage des Vorstandes sowie die Anträge der Vereine eingehend zu prüfen. Zur endgültigen Beschlußfassung über die Beitragserhöhung und die Einführung der Unterstützung möge erst ein Verbandstag nach der Beendung der Vertragsbewegung Stellung nehmen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Gründung der Unterstützungskasse, sowie der Jugendabteilung einverstanden. In der Frage der Erwerbslosenunterstützung traten prinzipielle Gegner nicht auf, nur hielten die meisten Redner Zeit und Umstände nicht für angetan, eine so tiefgreifende Umgestaltung jetzt schon vorzunehmen; man wünschte vielmehr, noch den übernächsten Verbandstag abzuwarten, damit Gelegenheit gegeben werde, die Frage erst noch genügend zu prüfen und zu klären.

Silberschmidt betonte ausdrücklich: durchgedrückt mit allen Mitteln und unter allen Umständen solle die Erwerbslosenunterstützung nicht werden; wenn sie nicht getragen werde von dem Willen der übergroßen Mehrheit, so hätte sie ihren Zweck verfehlt. Der Vorstand habe kein Interesse, einen Zankapfel zu schaffen. Allerdings, wenn die übergroße Mehrheit dafür sei, dann müsse sich die Minderheit fügen, wie es in einer demokratischen Organisation üblich sei.

In seinem Schlußwort betonte Otto Lehmann, daß sein Antrag nicht bezwecke, die Sache auf Jahre hinaus zu verschieben.

Die Versammlung stimmte dem Antrag I gegen zwei Stimmen zu, während der Antrag II gegen fünf Stimmen angenommen wurde.

Der alte Gauvorstand wurde insgesamt einstimmig wiedergewählt, desgleichen die Revisoren.

In seinen herzlichen, warmen Worten, die Silberschmidt am Schluß der Verhandlungen zu den Delegierten sprach, betonte er, daß man ohne jede Bitterkeit sich über diese Frage entscheiden möge. Ausdrücklich hervorzuheben sei aber, daß in der Frage des Lohnkampfes keine Differenzen aufgetaucht seien, sondern die Mitgliedschaft einmütig hinter dem Vorstand stehe. Mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband nahm die Konferenz ihr Ende.

Der Delegiertentag der Bühnengenossenschaft.

Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hielt am 4., 5. und 6. Dezember im Künstlerhaus ihre 41. Vertreterversammlung ab. — Da einer der Tagesordnungspunkte sich mit den Angriffen befassen sollte, die gegen den Präsidenten der Genossenschaft Rissen vom Zentralausschuß und vom Protestbund erhoben waren, so konnte man sich auf eine erregte Debatte gefaßt machen. Die persönlichen Auseinandersetzungen, Geklatsch und Getratsch kleinlichster und widerwärtigster Art, nahmen unter den temperamentvollen Mitgliedern der Genossenschaft aber denn doch einen weit über eine noch so hoch gespannte Befürchtung hinausgehenden Umfang und eine bis hart an die Grenze von Schlägereien hinausgehende Lebhaftigkeit ein. Weit über die Hälfte der Tagung wurde durch persönliche Debatten allerlei Art ausgefüllt. Man mag bedauern, daß ein so großer Teil der Tagung infolge der Zuspitzung der Gegensätze mit persönlichem Geplänkel und Streitereien ausgefüllt wurde. Aber eine Entladung des Zündstoffes war notwendig. Die meisten der oft mit Leidenschaftlichkeit vorgetragenen persönlichen Dinge wuchsen doch aus einem sachlichen Untergrund auf, aus dem Gegensatz der beiden Richtungen: hier Kampfgenossenschaft im Interesse der Bühnenangehörigen, dort Harmoniedusselei zwischen Angestellten und Direktoren.

Der persönliche Kampf gegen Rissen endete mit seinem vollen Siege. Nach Aufhellung über all den Krimskrams, der als Anklagematerial gegen Rissen zusammengetragen war, erklärte ein Mitglied des Zentralausschusses und Protestbundes nach dem anderen dem Sinne nach: wir erklären uns besiegt, unser Vorgehen war aber nur aus Interesse für die Genossenschaft diktiert. Die Hauptrufer im Kampf gegen Rissen legten ihre Aemter nieder. Die Vorwürfe gegen das Präsidium sind sachlich zurückgewiesen. Dem widerlichen Kampf, der jahrelang die Einheit und Stoßkraft der Genossenschaft gefährdete, ist der Boden entzogen. Geschlossener als je kann die Genossenschaft nun zur Erreichung ihrer wichtigen Ziele vorwärtsschreiten.

Auch während der Kampfesperiode hat das Präsidium im

Interesse der Bühnengenossenschaft zu wirken gesucht. Zeugnis davon gab der Vortrag, den der Syndikus Dr. Schlesinger über den Entwurf zum Reichstheatergesetz gab, und der Bericht, den der Syndikus des Chorsängerverbandes Seelig-Mannheim über das deutsch-österreichische Kartell erstattete.

Dr. Schlesinger führte aus: „Die Vertreter der interessierten Gruppen: Bühnengenossenschaft, Bühnenverein, Chorsängerverband, werden Anfang Juni noch einmal Gelegenheit haben, auf Einladung der Behörde zusammenzutreten, um sich über einzelne Bestimmungen des Entwurfs gutachtlich zu äußern. Die weiblichen Mitglieder der Bühnengenossenschaft werden hierbei außerdem noch durch zwei Vertreterinnen ihre Wünsche äußern können. Der Entwurf behandelt zunächst die öffentlich rechtlichen Interessen des Theaterbetriebes und stellt hier die Erfordernisse für Erteilung der Konzession fest, gibt Vorschriften im Interesse der guten Sitten, des Anstandes und der Gesundheit sowie über die Beschaffenheit der Theater- und Lagerräume. Wichtiger für uns sind die privatrechtlichen Bestimmungen. Zu den Bühnenmitgliedern im Sinne dieses Gesetzes werden auch die Orchestermitglieder gerechnet, soweit sie im Theaterbetrieb tätig sind. Bezüglich der Schriftlichkeit der Verträge bestimmt der Entwurf, daß der Direktor auf Verlangen des Mitgliedes einen Bühnenvertrag ausstellen muß, und daß das Mitglied auf dieses Recht nicht verzichten kann. Die Rechtswirksamkeit mündlicher Verträge beginnt mit der Tätigkeit der Mitglieder am Theater. Der Direktor kann sich auf Vereinbarungen nicht berufen, nach denen für ihn allein der Vertrag nur unter einer Bedingung oder überhaupt nicht verbindlich sein soll. Damit ist der Probemonat, das Gastspiel mit untergelegtem Engagementsvertrag beseitigt. Es ist überhaupt verboten, Verträge unter aufschiebender oder auflösender Bedingung zu schließen. Nur bei mehrjährigen Verträgen ist Kündigung am Ende der ersten Spielzeit nach vorangegangener zweimonatlicher Kündigung zulässig. Wird eine Kündigungsfrist sonst vereinbart, so muß sie auch für beide Teile die gleiche sein. Eine einseitige Prolongation des Vertrages ist unzulässig und eine Kündigung kann rechtswirksam nur schriftlich erfolgen. Proben nach Abendaufführungen sind nicht gestattet, ebenso nicht während des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Feiertagen, wie überhaupt an diesen Tagen Proben nur auf Grund besonderer Umstände stattfinden dürfen und, sofern sie stattfinden, mit einvierteltägiger Gage zu bezahlen sind. Bei unverschuldetem Unglück und Krankheit (auch bei Schwangerschaft verheirateter Mitglieder) behält das Mitglied Anspruch auf Gehalt bis 6 Wochen bei Verträgen, die über 5 Monate oder auf unbestimmte Zeit geschlossen sind; und auf 4 Wochen bei Verträgen über 1 bis 5 Monate, und bei Verträgen unter einem Monat auf eine verhältnismäßig kurze Zeit. Hierbei gilt als Gage das garantierte Spielgeld zur Hälfte, und wenn es das Doppelte der vereinbarten Gage beträgt, zu zwei Drittel. Die schwierige Kostümfrage ist in der Weise gelöst, daß der Direktor alle Kleider liefern muß mit Ausnahme der, welche außerhalb der Bühne ohne erhebliche Aenderung getragen werden können. Diese Vorschrift gilt nicht bei Gastspielen. Sofern Geldstrafen im Vertrage vorgesehen sind, dürfen sie nur bis zu einer halben Monatsgage verhängt werden und zusammen in einer Spielzeit den Betrag von einer Monatsgage nicht übersteigen. Die Geldstrafen dürfen nur zum Besten der Mitglieder oder zu wohltätigen Zwecken des Bühnenwesens verwendet werden. Weitere Bestimmungen betreffen die Momente, die das Mitglied zur sofortigen Auflösung des Vertrages berechtigen. Hierbei ist das Recht auf Beschäftigung in beschränktem Maße in Gemäßheit der bisher von den Gerichten erlassenen Urteile im wesentlichen anerkannt. Es ist nicht alles in dem Vertrag aufgenommen, was wir wünschen, aber was wir seit Dezennien nicht erreicht haben, ist nunmehr innerhalb der kurzen Frist von 4 Jahren erreicht. Es ist zu hoffen, daß die Vorlage noch in diesem Jahre Gesetz wird, vielleicht gelingt es auch noch, einige Verbesserungen durchzusetzen, aber wir können auch so schon zufrieden sein."

Der Syndikus des Chorsängerverbandes Seelig-Mannheim berichtete: „Mit dem Reichstheatergesetz ist eine entschiedene Wendung im Leben der deutschen Schauspieler eingetreten. Es müsse anerkannt werden, daß der deutsche Bühnenverein in den Vorverhandlungen sich durchaus loyal, zuvorkommend und entgegenkommend gezeigt hat. Es sei nicht wahr, daß der Bühnenverein gegen das Gesetz gearbeitet und es zu hintertreiben gesucht habe. Bei den Verhandlungen im Reichsamt des Innern konnten wir in vielen Punkten mit dem Bühnenverein zusammengehen. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß es in künftigen Jahren gelingen wird, ähnlich wie in Oesterreich mit dem Bühnenverein noch in sehr vielen anderen Fragen eine Verständigung herbeizuführen. In der Kostümfrage müssen wir auch das vornehme Entgegenkommen des Bühnenvereins anerkennen. Solange es nicht gelingt, wie in Oesterreich, mit dem deutschen Bühnenverein einen Tarifvertrag abzuschließen, müssen wir neben dem Gesetz noch an unserem Normalvertrag festhalten."

Als vor Jahren die Bühnengenossenschaft neue Bahnen zur Vertretung der Interessen der Bühnenangehörigen beschritt, hatten wir der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es in der Bühnengenossenschaft gelingen werde, in ähnlicher Weise wie die Gewerkschaften gewerblicher Arbeiter durch Gestaltung der Bühnengenossenschaft als Kampforganisation für die Rechte ihrer Mitglieder zu wirken. Schwere innere Kinderkrankheiten folgten der Neugestaltung. Der jetzige Delegiertentag hat durch Ueberwindung der Opposition, die Harmoniedusselei an Stelle einer Kampfesorganisation walten lassen wollte, die Genossenschaft als eine Organisation mit modernem Geist auf festen Boden gestellt. Selbstverständlich bedeutet die Ablehnung der Harmoniedusselei nicht etwa einen Kampf gegen die Direktoren um jeden Preis. Das wäre ein kindliches Unterfangen ohne Nutzen für die Bühnenangehörigen. Gemeinsame Mitarbeit beider Organisationen ist ja auch bei den Vorarbeiten eines Entwurfs eines Theatergesetzes lebendig gewesen und wird bei vielen Gelegenheiten, insbesondere bei der Schaffung eines Tarifvertrages, wieder in Erscheinung treten.

Mag es der Genossenschaft bald gelingen, in rastlosem Weiterarbeiten dem Elend und der Rechtlosigkeit der Bühnenangehörigen entgegenzutreten.

Aus der Partei.

Ein eigenes Heim

beabsichtigen sich unsere Genossen in Braunschweig für den Druckereibetrieb zu schaffen. Bisher hatten sie ihre Druckerei in gemieteten Räumen. Jetzt haben sie ein 1387 Quadratmeter großes Grundstück für 81 000 M. gekauft. Mit dem Abbruch des auf dem Grundstück stehenden alten Gebäudes soll am 15. April n. J. begonnen werden. Der Neubau soll bis zum Jahresabschluß 1913 fertiggestellt werden. Der Bau, der mit dem Grundstückskauf über 300 000 M. kosten wird, soll die Druckerei, den Verlag, die Expedition, den Buchhandel des „Volksfreund", die Partei- und Gewerkschaftsbureaus und wahrscheinlich auch eine Filiale des Konsumvereins aufnehmen. Weiter wird in ihm ein Jugendheim geschaffen. Der Rest wird zu kleinen Arbeiterwohnungen verwendet werden, an denen es in Braunschweig so sehr mangelt.

Die Gemeindewahlen in Waltershausen.

In Nr. 286 des „Vorwärts" brachten wir eine Notiz über die Gemeindevertreterwahlen im Herzogtum Gotha. Darin wurde den Genossen in Waltershausen der Vorwurf gemacht, ihre Wahlniederlage sei auf Lauheit in der Agitation zur Erwerbung des Bürgerrechtes zurückzuführen. Dazu wird uns aus Waltershausen geschrieben:

Waltershausen ist nicht mehr noch weniger Arbeiterstadt, als jede andere Kreisstadt mit starker Industrie. Beamte, Fabrikanten und das zahlreiche Kleinbürgertum halten uns im Wahlkörper für das Gemeindeparlament ziemlich die Wage. Wohl bringen wir bei Reichstags- und Landtagswahlen starke Majoritäten auf, aber nicht bei Stadtverordnetenwahlen.

Dank der Opferwilligkeit der hiesigen Genossen, die im Jahre 1903 an einem einzigen Tage 100 Bürger à 20 M. gemacht, hatten wir von 1906 bis 1908 alle Mandate in den Händen. Bevor uns aber die Majorität im Rathaus überlassen wurde, hatten Stadtrat und Stadtverordnetenversammlung unserem Wachstum einen Riegel vorgeschoben, indem das Bürgergeld von 20 auf 60 M. und gleich darauf auf 100 M. für Fremde erhöht wurde; fremd ist aber nach dem Gemeindegesetz jeder, der nicht in der betr. Gemeinde von einem Heimatsberechtigten abstammt. Für Einheimische wird an Bürgergeld nach den Vermögensverhältnissen von 3 bis 20 M. bezahlt. Das Wahlrecht ist dann noch abhängig von 2jähriger Steuerpflicht bezw. Steuerleistung. 1908 machten die bürgerlichen Parteien 55 Bürger à 100 M., was wir ihnen nicht nachmachen konnten, deshalb fiel unsere Liste glatt durch und wir verloren die Hälfte unserer Mandate.

Seit dieser Zeit hängt der Wahlausfall immer vom Zufall ab. 1908 wurden 4 Sozialdemokraten und 2 Bürgerliche und 1910 3 Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche gewählt, so daß wir von 12 Sitzen 7 innehatten.

Bei der Wahl am 2. Dezember d. J. sind wir unterlegen und haben 5 Mandate eingebüßt. Unsere Liste erhielt 300—307 die der Gegner 309—318 also eine Majorität von 9—11 Stimmen.

Diese Niederlage ist aber nicht der Lauheit der Genossen, die angeblich keine Bürger herangeschleppt, zuzuschreiben, denn wir, sowie auch die Gegner, haben alles zu Bürgern gemacht, was für den Satz von 3—20 M. Bürger werden konnte. Hundert Mark zu bezahlen, kann man doch keinem Arbeiter zumuten. Die Fabrikanten haben dieses Jahr einen gelben Arbeiterverein gegründet, der uns 20 Stimmen abgezogen und den Gegnern zugeführt hat und ungefähr 12 Genossen mit Gemeindestimmrecht arbeiten jetzt vor Weihnachten in sogenannten Puppenkliniken in Stuttgart, Kassel, Hannover und anderen Städten. Hätten wir diese 12 Stimmen noch gehabt, würden wir trotz der Absplitterung der Gelben noch gesiegt haben.

In Ruhla, Ohrdruf und Gotha kostet das Bürgergeld für Fremde bloß 15 M., für Einheimische darf es gesetzlich den fünften Teil nicht übersteigen, deshalb läßt sich auch keine Parallele zwischen den Verhältnissen genannter Städte und Waltershausen ziehen.

Die sozialistische Partei Argentiniens.

Für unsere argentinische Bruderpartei war das verflossene Jahr eine Zeit harter Arbeit, aber auch vielversprechender Erfolge. In seinem Jahresbericht läßt der Parteivorstand die einzelnen Phasen der Bewegung der letzten zwölf Monate Revue passieren; insbesondere werden die Parlamentswahlen und die Tätigkeit der beiden neu erwählten, der ersten sozialistischen Abgeordneten des Landes, eingehend behandelt.

Im Februar war endlich ein besseres Wahlgesetz zustande gekommen, das die geheime und obligatorische Abstimmung enthielt und ein Proporzsystem einführte. Dadurch wurde der jungen Partei die Aussicht eröffnet, zu einer ihrer Stimmenzahl entsprechenden Vertretung im Parlament zu kommen. Sofort nach Schluß des alten Parlaments setzten die Sozialdemokraten mit einer Propaganda großen Stils ein. Die größte Schwierigkeit der Agitation bestand im Mangel an Geld. Der Zentralkassierer unternahm seine große Aufgabe mit einem Kassenbestand von knapp 83 Pesetas, das ganze Barvermögen der Partei. Der Appell an die Opferwilligkeit der Arbeiter war aber nicht vergeblich gemacht. Dank der freiwilligen Beiträge konnte die Zentralkasse 7477 Pesetas für die Wahlagitation verwenden, die Gruppen brachten 2052 Pesetas auf, und die sonst noch nötig gewordenen Aufwendungen wurden durch eine Anleihe von 927 Pesetas gedeckt. Zeit, Geld und Mühe waren nicht umsonst gebracht. Am 7. April wurden die Genossen Just und Palacios als sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Von den 124 412 eingeschriebenen Wählern der Hauptstadt des Landes Buenos Aires, hatten 18 752 für die sozialistischen Kandidaten gestimmt. In der Provinz Buenos Aires mußte der Wahlkampf ohne feste, ausgedehnte Organisation geführt werden, auch fehlte es an Leuten für die Besetzung der Wahllokale und Ueberwachung der Zählung, was in dem Land, wo die politische Korruption ziemlich üppig gedeiht, sehr notwendig ist. Dessen ungeachtet brachte die Provinz 4000 sozialistische Stimmen. Auch in den Provinzen Rosario und Cordoba entsprachen die Stimmergebnisse den Erwartungen. Diese Erfolge erfüllten die Arbeiterschaft mit berechtigter Freude. Die Maifeier wurde zur Siegesfeier, an der 40 000 Mann teilnahmen. Es ist dies die größte Demonstration, die die Straßen der Hauptstadt jemals gesehen haben.

Das neue Parlament und seine Debatten erhielten durch die zwei Sozialisten größere, ernstere Bedeutung. Bei allen wichtigeren Fragen präzisierten sie die Stellung der Partei und die Forderungen des sozialistischen Proletariats. Am 31. Juli begann die große Debatte über die Lebensmittelteuerung. Unsere Genossen forderten die Abschaffung der indirekten, die Nahrungsmittel des unteren Volkes verteuernden Abgaben und verlangten eine Wertzuwachssteuer für den Grundbesitz. Weiter legten sie Entwürfe von Gesetzen vor, die die Reform der Naturalisation, den loyalen Schutz der Arbeiterorganisationen, die Unfallversicherung, Reorganisation des staatlichen Arbeitsamtes, Revision des Zolltarifs und noch andere Materien betreffen.

Zur Zeit des letzten Kongresses zählte die Parteiorganisation 35 Gruppen, wovon 20 auf das Land und 15 auf die Hauptstadt kommen. Die letzteren hielten im Berichtsjahr außerhalb der Wahlkampagne 150 Versammlungen ab und verbreiteten 14 750 Flugblätter und 2500 Broschüren. Die fünf Arbeiterblätter haben noch eine geringe Verbreitung. Ihre Gesamtauflage ist (monatlich) 8300 Exemplare. Die Vereinsbibliotheken bergen insgesamt 21 568 Bücher. Von der Parteimitgliedschaft sind 60 Proz. Argentinier und 40 Proz. Ausländer. Die Totaleinnahme der Parteigruppen beliefen sich im letzten Jahre auf 15 264 Pesetas, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme um 53 Proz.

Parteiliteratur.

Wann der Arbeit, her zu uns! Ein Zwiegespräch mit allen, die noch abseits vom Kampfe stehen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Preis 10 Pf. Organisationen erhalten bei größerem Bezug der zum Massenvertrieb bestimmten Schrift Preisermäßigung.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft.

Der von der Diskonto-Gesellschaft finanzierte Konzern der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft begründet nun auch seinerseits in einer besonderen Broschüre seine ablehnende Stellung gegenüber dem Monopolgesetzentwurf der Regierung. Auch hier wird bezweifelt, daß die zur Deckung des Verbrauches nötigen Mengen von Leuchtöl unter Umgehung der Standard Oil Co. zu beschaffen seien. Aber wenn die Standard Oil Co. an der Lieferung teilnehmen sollte, würde sie eine solche Situation nach Kräften ausnützen und sich für den Verlust ihrer Selbständigkeit auf dem deutschen Markt und für die dann eintretende Schmälerung ihres deutschen Absatzes durch entsprechende Preisbemessung reichlich schadlos halten.

Recht interessant sind in dem Bericht die Mitteilungen über den Vertrag, den die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft mit dem Trust gerade zur Zeit der Monopolverhandlungen im Reichsschatzamt abgeschlossen hat. Zunächst konstatiert die Erdöl-Aktiengesellschaft, daß sie ihre Vertragsverhandlungen mit Billigung der deutschen und österreichischen Regierung geführt hat. Die deutsche Regierung selbst hat also dazu beigetragen, daß der Trust durch den Anschluß deutscher Produzenten gestärkt wurde! Ueber den Inhalt der Vereinbarung wird folgendes mitgeteilt: Der Vertrag ist auf die Dauer von 10 Jahren, beginnend mit dem 1. Januar 1913, geschlossen. Das Vertragsgebiet erstreckt sich auf ganz Deutschland und die Schweiz. Die Vereinbarung hat in der Hauptsache zum Gegenstand die Kontingentierung der Absatzmengen beider Gruppen. Das Kontingent der Erdölgruppe einschließlich der Oley-Gesellschaft (der Verkaufsorganisation der Erdöl-Aktiengesellschaft für Oesterreich und Deutschland) wird hiernach auf ungefähr 20 Proz. des Gesamtverbrauches festgesetzt, d. i. etwa 40 Proz. mehr als die bisher in einem Jahre erzielte höchste Absatzmenge. Da ferner in dem Vertrage vorgesehen ist, daß die bisherige Beteiligung der Europäischen Petroleum-Union (Epu) am deutschen Markte der Erdölgruppe ohne weiteres zuwächst, sofern die Epu bezw. ihre deutsche Tochtergesellschaft, an der die Deutsche Bank beteiligt ist, mit der Erdöl-Aktiengesellschaft im Vertragswege oder sonstwie ein Assoziationsverhältnis eingehen sollte, so würde in solchem Falle der von den Amerikanern unabhängige Anteil an der Versorgung des deutschen Marktes auf reichlich 25 Proz. des Gesamtverbrauches sich beziffern.

Ferner ist vereinbart, daß die Erdöl-Aktiengesellschaft auf die vertraglich festgelegte Beteiligung nicht beschränkt ist, wenn seitens der amerikanischen Gruppe die Verkaufspreise ab Straßentankwagen frei Haus des Detaillisten über 19 Pf. netto im Stadtgebiet oder über 20 Pf. netto im Landgebiet erhöht werden sollten und die Erdöl-Aktiengesellschaft infolge eines der deutschen Regierung einzuräumenden Vetorechtes nicht in der Lage wäre, über diese Preisgrenze hinauszugehen. In solchem Falle würde die Erdöl-Aktiengesellschaft den Absatz über diese Quote hinaus beliebig ausdehnen können bei Inkrafthleiben der sonstigen vertraglichen Abmachungen. Da die obigen Preise frei Haus etwa einem Preise von 18 Pf. ab Tankanlage entsprechen, also 2 Pf. niedriger sind als die im Gesetzentwurf vorgesehene obere Grenze von 20 Pf., so glaubt die Erdöl-Aktiengesellschaft durch diese Bestimmung einer Ausbeutung der Verbraucher in wirksamerer Weise vorzubeugen, als es durch den Gesetzentwurf geschehen kann. Auch hat die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft auf Anfrage der Regierung grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich auch an eine obere Preisgrenze in derselben ungefähren Höhe zu binden mit der Maßgabe, daß sie sich für eine Reihe von Jahren verpflichte, die Lieferung des deutschen Bedarfs auch dann in vollem Umfange fortzusetzen, wenn die Regierung ein Veto gegen die Ueberschreitung dieser Preisgrenze einlegen sollte.

Man sieht, welche Interessen der Trust an dem freien Absatz in Deutschland hat. Uebrigens hat die Erdöl-Aktiengesellschaft sich auch eine untere Preisgrenze (von 15 Pf. pro Liter netto ab Straßentankwagen) garantieren lassen, damit eine Unterbietung durch den Trust ausgeschlossen ist. Innerhalb der beiden Preisgrenzen soll die Erdöl-Aktiengesellschaft freie Hand behalten. Diese Bedingungen sind allerdings wesentlich günstiger als alle früheren Verträge des Trusts mit deutschen Produzentenkonzernen. Allein der Plan eines Staatsmonopols scheint also auf den Trust in einer für den deutschen Konsum günstigen Weise einzuwirken.

Aus der Frauenbewegung.

Augenmerkblatt und Heimarbeit.

Vor einiger Zeit brachten wir ein vom K. u. Univ.-Professor Dr. O. Eversbusch und Landesgewerbearzt Dr. Fr. Koelsch verfaßtes Augenmerkblatt zur Veröffentlichung, das darauf hinweist, wie wichtig gesunde Augen für die gewerblichen und industriellen Arbeiter sind und neben Anweisungen für schnelle Hilfe bei Verletzungen ausführlich schildert, wie gerade die Beschäftigungsart bei vielen Arbeitern und Arbeiterinnen gefährlich für die Augen sein kann.

Eine Stelle lautet: „Augenarbeit ohne genügendes Licht — also in der Dämmerung, bei Zwielicht oder bei mangelnder künstlicher Beleuchtung — ist sehr nachteilig. Besonders gilt das für die Feinarbeiter, Schreiber und Zeichner, Lithographen, Setzer, Graveure, Feinmechaniker, Näherinnen, Stickerinnen und dergleichen Berufe mehr. Wollt Ihr, daß die Augen nicht kurzsichtig und schwachsichtig werden und die etwa bei Euch schon vorhandene Kurzsichtigkeit nicht noch zunimmt, so müßt Ihr das Auge möglichst weit entfernt von dem zu bearbeitenden Gegenstande halten! Der Abstand zwischen ihm und den beiden Augen soll mindestens 33 Zentimeter betragen! Laßt nach getaner Arbeit, auch in den Arbeitspausen, die Augen ausruhen, besonders durch Blick in die Ferne, ins Grüne! An Sonn- und Feiertagen aber übt die Augen bei Bewegungsspielen und Fußwanderungen!"

Was hier gesagt wird, ist durchaus nichts Neues und den Arbeitern und Arbeiterinnen auch bereits bekannt. Trotzdem vermag besonders eine Arbeiterkategorie diese Regeln nicht zu befolgen: Die Heimarbeiterinnen. Wo ist ihnen wohl Gelegenheit gegeben, bei genügendem Licht ihre Arbeit zu verrichten? Nirgends ist der Arbeitstag weiblicher Personen so lang und fällt namentlich in die Abendstunden, wie in der Heimarbeit. Am Tage hat die Heimarbeiterin zunächst einige Zeit mit Handreichungen für den Mann und die Kinder zu tun, die zur Arbeit oder zur Schule müssen. Dann kommt die Besorgung des Hauswesens und die Vorbereitung für das Essen, und häufig wird eine erhebliche Zeit dann noch für das Liefern und Abholen der Arbeit geopfert. Viele Heimarbeiterinnen müssen täglich oder doch in der Woche mehrmals liefern. Die Klagen über langes Warten sind allgemein. Die Wartezeit fällt aber in die Tagesstunden und wird nicht entschädigt. Liegt die Wohnung dann noch vom Geschäft weit entfernt, dann ist die Zeitversäumnis um so größer. In den meisten Fällen kann die Heimarbeiterin erst am Nachmittag, zum mindesten aber doch erheblich später, mit der Erwerbsarbeit beginnen, als die Werkstatt- oder Fabrikarbeiterin.

Will die Heimarbeiterin nun einigermaßen verdienen — und welche Heimarbeiterin ist heute nicht darauf angewiesen, mehr als ein Taschengeld durch ihre Arbeit zu erwerben — dann heißt es, bis spät abends arbeiten. Für Heimarbeiterinnen existiert kein Maximalarbeitstag, auch keine Bestimmung über Beginn und Ende, wie es für gewerbliche Betriebe der Fall ist. Sie können ihre Arbeitszeit bis tief in die Nacht hinein ausdehnen und sind durch die miserable Bezahlung, die in der Heimarbeit üblich ist, und die vorherrschende Saisonarbeit in den meisten Fällen dazu verpflichtet.

Reichlich zwei Drittel ihrer Tätigkeit wird bei künstlicher Beleuchtung verrichtet. Hierzu zwingen auch zum Teil die Wohnungsverhältnisse. Nur die wenigsten Heimarbeiterinnen können in Vorderhäusern und in breiten Straßen wohnen, wo es in den Wohnungen länger hell bleibt, als in Hinterhäusern, auf engen Höfen. Da die in der Heimarbeit die Regel bildende Beschäftigung, nähen, stricken, sticken usw. besonders scharfes Sehen erfordert, so ist die Heimarbeit mit allen ihren Begleiterscheinungen eben besonders gefährlich für die Augen.

Wie notwendig wäre gerade hier eine Regelung der Arbeitszeit, als deren Voraussetzung natürlich bessere Bezahlung zu betrachten ist. Aus bestimmten Anlässen, wie z. B. durch Veröffentlichung des Merkblattes, kommt dies wieder deutlich zur Geltung. Aber gerade die Heimarbeiterinnen sind für die gewerkschaftlichen Organisationen so schwer zu gewinnen. In keinem anderen Berufe haben die bisher hierfür aufgewendeten Mühen so wenig Erfolg gehabt. Den Schaden tragen in erster Linie die Heimarbeiterinnen, die sich mit Verdiensten begnügen müssen, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen und den Gesundheitsgefahren stehen, die die Heimarbeit mit sich bringt. Die geringe Einzelentschädigung bedingt überlange Arbeitszeit, Heranziehung der Kinder und trotzdem Unterernährung da, wo von dem Verdienst der Unterhalt der Familie zum größten Teil oder ganz bestritten werden soll. In zweiter Linie trägt den Schaden die gesamte Arbeiterschaft, die mit darunter leidet, daß in der Heimarbeit so schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen.

Möge es doch endlich gelingen, auch die Heimarbeiterinnen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen, die allein ihnen bessere Arbeitsbedingungen schaffen kann und der Gesundheit weniger schädigende Arbeitsmethoden durchzuführen in der Lage ist.

Herzfelde. Auf der am Sonntag stattgefundenen ersten Mitgliederversammlung der Frauengruppe des Wahlvereins für Herzfelde und Umgegend erörterte Genossin Buchmann-Kaulsdorf mit den Erschienenen die sozialdemokratische Frauenbewegung. Zum Schluß der Versammlung konnten 5 Neuaufnahmen vollzogen werden.

Gerichts-Zeitung.

„Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze"

wurde dem Redakteur **Friedr. Köster**, dem Leiter der sozialrevolutionären Zeitschrift „**Pionier**", zur Last gelegt. Am 29. Mai 1912 hatte die Nr. 22 des „Pionier" einen Artikel über „Die paradoxe Sozialdemokratie" veröffentlicht, der gegen einen in Nr. 30 der „Neuen Zeit" zum 1. Mai veröffentlichten Artikel **Kautskys** polemisierte und **die parlamentarische Aktion der Sozialdemokratie verwarf.** Der Artikel des „Pionier" kam zu dem Schluß, daß die schließliche Expropriation der Kapitalisten, wie der Marxismus sie in Aussicht stelle, nur durch Verweigerung jeglicher Lohnarbeit zu erreichen sein werde. Die Arbeiterklasse müsse unter Verzicht auf Tarifverträge ständig auf dem Ausguck sein, durch Solidaritäts- und Massenstreiks die bürgerliche Gesellschaft in dauernder Beunruhigung halten, und so weiter. Hierin sollte eine **Aufforderung zum Generalstreik** liegen, der nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die Plötzlichkeit des Ausbruches zur Voraussetzung habe und daher **ohne Kontraktbruch nicht möglich** sei. Es sei also zum Kontraktbruch aufgefordert. Wegen dieses Artikels stand gestern der Redakteur **Köster** vor der 7. Strafkammer des **Landgerichts I Berlin** unter der Anklage, zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert zu haben.

Vor der Verlesung des zur Anklage gestellten Artikels beantragte **Staatsanwalt Weißmann, die Oeffentlichkeit auszuschließen,** weil die Staatssicherheit gefährdet werden könnte. Der **Verteidiger** des Angeklagten, Rechtsanwalt **Halpert**, widersprach und bat um Angabe, wovon denn da eine Gefährdung der Staatssicherheit befürchtet werde. Man könne doch nicht ein **Grundrecht unserer Rechtspflege**, die Oeffentlichkeit des Prozesses, so ohne weiteres vernichten. Der Staatsanwalt antwortete auf die Ausführungen ds Verteidigers mit dem Ausdruck des Bedauerns, nicht schon für diese Erörterung den Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt zu haben. Das **Gericht** entschied, zunächst liege **kein Anlaß** vor, die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Zu dem Artikel, der dann verlesen wurde, erklärt der **Angeklagte Köster**, er habe bei der Aufnahme des nicht von ihm selber verfaßten Artikels **aus keiner Zeile eine Aufforderung herausgelesen.** Es handle sich um eine **theoretische Betrachtung** über die Kampfesweise der Syndikalisten, die es für vorteilhaft halten, überhaupt keine Tarifverträge abzuschließen. Im Anschluß hieran sei ein Bild der Möglichkeiten gegeben worden, die bei Verzicht auf Tarifverträge eintreten müßten, und der **Wirkungen**, zu denen dann die Verweigerung der Arbeit führen würde.

Als **Sachverständiger** wurde auf Antrag des Verteidigers der Prof. **Jastrow** darüber vernommen, was der **Anarchismus** wolle. Die Auffassung der „Propaganda der Tat" als einer Anwendung von Gewalt zur Beseitigung des Staates ist nach Ansicht des Sachverständigen bei deutschen Anarchisten nicht anzutreffen. Unter „direkter Aktion" seien zumeist Mittel **wirtschaftlicher** Art gemeint, Syndikate, auch Konsumgenossenschaften usw.

Der **Staatsanwalt** liest aus dem Artikel eine **Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze** heraus. Die Strafe müsse mit Rücksicht auf die **Gefährlichkeit** solcher Aufforderungen hoch sein und sei auf **6 Monate Gefängnis** zu bemessen.

Der **Verteidiger** beantragte die **Freisprechung.** Das Gericht habe nicht zu urteilen über die Anschauung des Angeklagten. Jedem Staatsbürger werde ja durch die Verfassung das Recht, seine Anschauung zu vertreten, gewährleistet. In dem Artikel werde mit keiner Silbe vom Generalstreik, sondern nur von Massenstreiks gesprochen. **Massenstreiks seien doch gesetzlich erlaubt;** das Recht auch zu solchen sei doch durch die Gewerbeordnung ausgesprochen. Daß bei sich häufenden Massenstreiks der bürgerlichen Gesellschaft, wie der Artikel sich ausdrücke, **der Schreck in die Knochen fahren** würde, das sei zweifellos. Aber man könne unmöglich bei der Interpretation des Gesetzesparagraphen über die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze sich leiten lassen von dem unbehaglichen Gefühl, das ein solcher Artikel auslöse. Von einer solchen **„Aufforderung"** könne keine Rede sein.

Das **Gericht** kam nach längerer Beratung zu einer **Verurteilung.** Es könne zugegeben werden, daß der Artikel zunächst eine theoretische Auseinandersetzung sei. Nachher gehe er aber zu einer **Aufforderung** über, zu einer direkten Beeinflussung, die der unbefangene Leser erkennen müsse. Daß dies der Wille des Verfassers gewesen sei, werde durch die ganze Ausdrucksweise bewiesen. Aufgefordert solle werden zum **Ungehorsam gegen die Gesetze**, die die Einhaltung der **Kündigungsfrist** vorschreiben. Das ergebe sich aus den Sätzen, die von den ständigen Beunruhigungen durch Solidaritäts- und Massenstreiks reden, von Erschütterungen über Erschütterungen, bei denen die Furcht den Regierungsleuten in die Knochen fahren werde. Solche Ausdrücke seien nur daraus zu erklären, daß an **plötzliche Arbeitseinstellungen** gedacht wurde und zu ihnen aufgefordert werden sollte. Hiermit habe der Angeklagte sich schuldig gemacht der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die **Gesetzesbestimmungen über die Kündigungsfrist.** Mit Rücksicht auf die **Gefährlichkeit seines Tuns** sei auf **1 Monat Gefängnis** erkannt worden.

* * *

Das Urteil ist — auch von der Hineininterpretation einer Aufforderung zum Ungehorsam in den Artikel abgesehen — durch die Verurteilung sowie die Art und Höhe der Strafe auffallend. Eine „Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze" im Sinne des § 110 des Strafgesetzbuchs kann aber eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Normen des Zivilrechts **nicht** umfassen. Das wurde auch bis 1880 allgemein anerkannt. In diesem Jahre stellte sich aber das Reichsgericht aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks auf den entgegengesetzten Standpunkt und hat trotz vieler Angriffe gegen diese Ausweitung des Strafgesetzes an ihm festgehalten. Der Standpunkt steht in Widerspruch mit dem Begriff eines „Ungehorsams" und ist erst aus der gegen die Arbeiterklasse sich wendenden Richtung der Rechtsprechung heraus geboren. Er ist auch damit unvereinbar, daß § 110 sich nicht auf **konkrete** Handlungen bezieht, und daß der Arbeiter das Recht zum Niederlegen der Arbeit hat und im Kulturinteresse haben muß. Das Weitergehen auf dem vom Reichsgericht gebilligten Weg führt zu so ungeheuerlichen Konsequenzen, wie sie in diesem Prozeß gezogen sind. Es wird aus der Beurteilung und Verurteilung der politischen Ansicht des Angeklagten heraus gefolgert, ein Massenstreik müsse ein Generalstreik sein, ein solcher sei am wirksamsten durch Nichteinhaltung der Kündigungsfrist zu führen. Also fordere, wer für den Generalstreik eintritt, die Nichteinhaltung der Kündigungsfrist. Ein Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse, die für den übergroßen Teil gewerblicher Arbeiter die Kündigungsfrist ausschließen, und eine historische Betrachtung des Massenstreiks hätten das Gericht vor der fehlsamen Schlußfolgerung bewahrt. Indes die Art der ausgeworfenen Strafe zeigt, daß das Gericht leider gleichzeitig über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der politischen Ansicht glaubte urteilen zu dürfen.

Ist eine Aufforderung zum Massenstreik ungesetzlich, strafbar, ja so gemeingefährlich, daß der Staatsanwalt den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei der Verhandlung und eine exorbitant hohe Strafe forderte, so müßte die Konsequenz auch gegenüber **Arbeitgebern** gezogen werden. Fordern Arbeitgeber zur Aussperrung von Arbeitern auf, so handeln sie danach widerrechtlich. Schließen sie sich gemeinsam zusammen, um eine Massenaussperrung herbeizuführen, so schließen sie eine Verbindung zur Verhinderung der Vollziehung von Gesetzen. Sie wären also nach §§ 110 und 128 des Strafgesetzbuchs strafbar. Weshalb sind weder Arbeitgeber noch Artikel, die zu Massenaussperrungen aufforderten, angeklagt? Vor dem Gesetz soll doch ein jeder gleich sein. Weshalb geht ferner die Staatsanwaltschaft nicht wegen **Erpressungen** und **Erpressungsversuche** gegen diejenigen Arbeitgeber vor, die vertraglich (durch Vereinsstatut) die Aussperrung fordern und für den Fall der Nichtbefolgung enorme Konventionalstrafen oder andere Vermögensnachteile vereinbart haben? Weshalb wird beispielsweise nicht gegen den **Verein der Textilindustriellen**, der solche erpresserischen Vereinbarungen getroffen hat, strafrechtlich vorgegangen? Weshalb wird die **Aussperrung** und **Massenaussperrung** von Arbeitern nicht strafrechtlich verfolgt, wenn schon die Aufforderung zu einem Massenstreik strafbar sein soll? Gilt das Strafgesetzbuch nicht auch gegen die **Arbeitgeber?**

Wissenschaft und Unzucht.

Dem Reichsgericht geht die Stempelung allerlei wissenschaftlicher Bestrebungen zu unzüchtigen Werken denn doch zu weit. Am Freitag hatte das Reichsgericht zu entscheiden, ob ohne Rechtsirrtum ein Prospekt mit Abbildungen aus einem wissenschaftlichen Werk als unzüchtige Schrift vom Breslauer Landgericht angesehen ist. — Es **verneinte** diese Frage.

Der Buchhändler **Rudolf Schroeder** in Breslau ist am 4. Juli wegen Vergehens gegen § 184, 1 des Strafgesetzbuches vom Landgericht **Breslau** zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem hat das Gericht auf Unbrauchbarmachung der zur Herstellung des Prospektes verwandten Formen und Platten erkannt. Schroeder ist Geschäftsführer in der Buchhandlung einer Frau **Foerster** — die übrigens freigesprochen worden ist — in der Altbüßerstraße zu Breslau. Diese Buchhandlung offerierte im Jahre 1911 wiederholt durch Versendung von Prospekten ein Werk von **Eduard Fuchs**, betitelt: **„Illustrierte Sittengeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart", Ergänzungsband „Die galante Zeit".** Diese Prospekte sandte Schroeder ausschließlich an Personen besserer Stände, wie Studenten, Aerzte usw., von denen er annahm, daß sie in der Lage sind, den Kaufpreis von 100 M. für das Werk zu zahlen. Die Prospekte enthielten aber, um etwas aus dem Inhalt des Buches zu bieten, Wiedergaben von Abbildungen, wie sie sich in dem Buche befanden. Da nun diese Abbildungen meist nackte Frauengestalten in den verschiedensten Stellungen zeigten, die, wie das Urteil sagt, unsittlich und geeignet sind, auf den Beschauer einen geschlechtlichen Reiz auszuüben, und da ferner Schroeder die Prospekte wahllos an verschiedene Personen versandt hatte, so hat das Gericht ein Vergehen gegen § 184, 1 des Strafgesetzbuches für vorliegend erachtet. — Infolge der gegen das Urteil eingelegten Revision **hob das Reichsgericht das Urteil auf** und **verwies** die Sache an die Vorinstanz zurück, indem sie zur Begründung u. a. ausführte: „Die Tatbestandsmerkmale des § 184, 1 sind nicht einwandfrei festgestellt. Das Buch, dem die Bilder des Prospektes entnommen sind, enthält eine Sittengeschichte und **hat unerkanntermaßen einen wissenschaftlichen Wert.** Ein Prospekt aber erfordert, daß er einen Auszug aus dem Inhalt bringt. Daß nun im vorliegenden Falle durch die Arbeit des Buchauszuges und der Zusammenstellung der einzelnen Bilder eine unzüchtige Schrift entstanden ist, dafür gibt das Urteil keinerlei Anhaltspunkte. Wenn sich jemand ein Werk, das an sich nicht unzüchtig ist, zu unzüchtigen Zwecken, oder um sich an dem Inhalt oder den Abbildungen zu erregen, zulegt, so hat das der Verkäufer nicht zu verantworten. Auch ist nicht einwandfrei festgestellt, daß die Verbreitung der Prospekte wahllos erfolgt ist, indem Schr. dieselben, wie ihm nicht widerlegt werden konnte, nur an Personen besserer Stände sandte, von denen er annahm, daß sie sich das Buch des wissenschaftlichen Wertes wegen anschaffen könnten. (4 D 910/12).

Versammlungen.

Eine Versammlung der in den Kauf- und Warenhäusern tätigen Diener, Packer usw. beschäftigte sich mit dem Thema: „Unsere wirtschaftliche Lage und die Teuerung". Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter G. Davidsohn übernommen, der vielen Beifall fand. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurden verschiedene Mißstände in den einzelnen Häusern vorgebracht. Die Firma A. Wertheim, Leipziger Straße, beschäftigt ständig „Hilfsarbeiter", die schon in „staatlichen Betrieben" ihr Geld verdienen; so mancher arbeitslose Familienvater möchte zu dem Weihnachtsfest, aus welchem der Firma A. Wertheim ein Vermögen erwächst, auch gern etwas verdienen, um nur den Hunger der Seinen stillen zu können. Die Mitteilungen über den Betrieb derselben Firma am Alexanderplatz erregten allgemeinen Unwillen in der Versammlung. Man verwendet dort die Herren Meyer, Kopp und Hennig als Spione. Herr Meyer, der früher in der Leipziger Straße als Lohner tätig war, revidiert den Wächtern nach Beendigung ihres Dienstes die Taschen. Die Hausdiener der Firma H. Tietz klagen gleichfalls über unzulängliche Bezahlung und eine dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufende Arbeitszeit. Auch diese Firma konnte es nicht unterlassen, ihren Vertrauensmann, Herrn Hartmann, in die Versammlung zu entsenden. Vom Kaufhause des Westens wurde mitgeteilt, daß seit einiger Zeit den Dienern die Garderobe gestohlen wird. Schränke sind nicht vorhanden, und wer für seine gestohlene Garderobe Ersatz verlangt, dem wird mit Entlassung gedroht. Der Garderobenraum, der noch als Rumpelkammer zur Aufbewahrung von Besen usw. dient, ist vor Schmutz nicht zu kennen. Herr Inspektor Spieler bezw. sein Famulus Kruschke, die im Hause für Ordnung und Sauberkeit zu sorgen haben, scheinen nicht über die ausreichende Zeit zu verfügen, um die Arbeit bewältigen zu können. Muß doch Herr Kruschke während der Geschäftszeit neueintretende Angestellte für den gelben Hausverein als Mitglieder werben, Flugblätter verteilen und die Beiträge dieses Vereins, selbst von den zu Weihnachten nur aushilfsweise beschäftigten Angestellten einkassieren, die von diesem Verein nicht die geringste Gegenleistung erhalten. Die krassesten Mißstände scheinen jedoch bei der Firma Cords, Leipziger Straße, zu bestehen. Diener, die schon länger als fünf Jahre dort tätig sind, erhalten das fürstliche Gehalt von 22 M. pro Woche. Vorstellungen der Angestellten wurden einfach damit abgetan, daß die Firma erklärte, daß sie in vier Wochen wieder Lohnzulagen geben müßte, wenn jemand komme und sage, die Hasen sind teurer geworden.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Die in den „Arminhallen" überaus zahlreich versammelten Diener, Packer usw. aus den Kauf- und Warenhäusern Berlins erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die außerordentliche Steigerung der notwendigen Lebensmittel, welche nicht mehr als vorübergehende Erscheinung, sondern als ständige Begleiterscheinungen zu betrachten sind, machen es den Angestellten fast unmöglich, der an ihnen gestellten Forderungen des wirtschaftlichen Lebens gerecht zu werden. Sie erkennen an, daß ihre Macht in ihrer Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, liegt, welche infolge ihrer Stärke wohl in der Lage ist, bessere Verhältnisse zu schaffen. Sie geloben, alles daran zu setzen, um aufklärend zu wirken und neue Mitglieder für die Organisation zu werben."

Zu dem Versammlungsbericht über die Klavierarbeiterversammlung in der Nummer vom 6. Dezember ersucht uns Genosse Leopold richtigzustellen, daß die Firma Krause u. Dreß an der Bewegung nicht beteiligt war. Ferner habe er nicht geäußert, „daß man mit dem Ausgang der partiellen Bewegung zufrieden sein könne". Zu einer solchen Aeußerung läge gar kein Anlaß vor.

Witterungsübersicht vom 9. Dezember 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	767	SW	3	bedeckt	4	Haparanda	764	N	4	wolkenl	—4
Hamburg	768	WSW	3	bedeckt	6	Petersburg	758	W	2	Schnee	1
Berlin	769	SW	1	wolkig	3	Scilly	764	SSW	5	wolkig	10
Frankf. a. M	773	SW	1	Nebel	—7	Aberdeen	757	S	1	bedeckt	7
München	773	SW	1	Nebel	—4	Paris	770	S	3	wolkenl	—8
Wien	774	SSW	1	Nebel	—5						

Wetterprognose für Dienstag, den 10. Dezember 1912.

Ziemlich mild, vorwiegend nebelig oder wolkig mit leichten Regenfällen und vorwiegend südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

„Kornfranck"
das neue, würzige Kaffeegetränk aus dem Brotkorn des deutschen Volkes.
70

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Köpenicker Viertel. Bez. 184 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Ferdinand Winkler

Skalitzer Str. 63/64
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

221/9 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Ferdinand Winkler

Skalitzer Str. 63/64, im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

92/8 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Gustav Adam

Gleditschstr. 40, am 7. Dezember an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Zwölf-Apostel-Kirchhofes in Schöneberg aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Gürtler

Gustav Krupke

Frankfurter Allee 46, am 5. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

134/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Am 6. Dezember starb unser Mitglied, der Bauarbeiter

Adolf Kopp.

(Bezirk Osten II.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

147/17 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk I.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

August Rudolph

am 7. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 10. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

255/2 **Der Vorstand.**

Verband der Bureauangestellten Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Artur Riedel

(Städtische Angestellte, 15. Revier)

am 7. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

47/20 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise der liebevollen Teilnahme und so reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und herzensguten Mutter **Auguste Wetzel** sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Wahlvereins und Gesangvereins Nieder-Schönhausen unseren herzlichsten Dank. 1500bb

Karl Wetzel nebst Kindern.
Niederschönhausen-Nordend.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser allseitiger Freund

Artur Wahl

am Sonnabend früh verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Treptower Kirchhofes, Baumschulenweg, Kiefholzstraße, aus statt.

Robert Voigt
und die Krampenburger.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank. Witwe Marie Stresow nebst Kindern. 288

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Anna Fellenberg** sage ich allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und Freunden, auch dem Gesangverein „Männerchor" Weißensee meinen herzlichsten Dank.

Otto Fellenberg, Weißensee.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes und Vaters, des Metalldrückers 1594b

Gustav Nachtwey

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Genossen und Genossinnen des 2. Berliner Wahlkreises, des 135. Wahlbezirks, des Metallarbeiterverbandes sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firmen Calw u. Bender, Haase und Schön, den Sängern des Richterschen Quartetts, insbesondere den Metalldrückern und dem Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede (Zahlstelle IV) für die reichen Spenden unsern aufrichtigen Dank.

Anna Nachtwey und Tochter.

Danksagung.

Hiermit sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Gesangverein „Typographia" für den erhebenden Gesang und den Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei für die Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. 1593b

Witwe Anna Gaede nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in u. Co. kons. Laborat. f. Blutuntersuchung, Fäden i. Harn usw.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Maß
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
S. Bolluch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse
Kein Waren-Kredithaus. Kein Waren-Kredithaus.

Uhren- u. Goldwaren-Spezialgeschäft
Auf Teilzahlung
bei klein. Anzahl. erhalten Sie Uhren, Ketten, Ringe, Geschenke etc.
M. Caspari, Turmstraße 16, Laden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal 4):

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. „Die Friedensdemonstration der Arbeiterinternationale in Basel". Referent: Kongreßdelegierter Kollege Aßmann. 3. Reorganisation der Expedition unserer Verbandszeitungen. 4. Antrag Glatt betreffend Gehalt des Bevollmächtigten.

Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

36/3 **Die Ortsverwaltung.**

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung
in kleinen Raten
Herren- und Damen-Uhren, Regulateure, Freischwinger, Ketten, Ringe, Armbänder, und alle Goldwaren, Grammophone, Zithern, Spieldosen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen, Christbaumständer etc. etc.
Juhre & König Warschauer Str. 68, I. Etage
Bülowstr. 46, Laden, Invalidenstr. 7, Laden

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. – Nur erste Künstler!

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. Haben Sie schon einm. Pathé-Platten gehört? **Pathé-Platten will man immer wieder hören,** da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten **noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen,** als beim ersten Spiel. — — — Unser trichterloser Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen **großen Pathé Konzert-Schalldose** versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns **monatlich nur 3 Mk.,** also täglich **nur 10 Pfg.** zu zahlen.

Die Lieferung erfolgt sofort!

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlos. Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto **20 Mark** laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

Unser Apparat ohne Trichter hat ein hochfein poliertes Eichengehäuse, geräuschlos arbeitenden Motor, seitlichen Aufzug, s. wie Regulervorrichtung Plattenteller 25 cm Dm.

Bial & Freund
Breslau II, Postf. 120/367

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/367

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Pathé-Platten, **5 Tage zur Probe.** *Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franko zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 60.— und für die 10 Pathé-Doppelplatten à Mark 3.30 in monatlichen Raten von* **Mark 3.—** *vom Ablauf der Probezeit beginnend Erfüllungsort ist Breslau.*

Bial Nichtzutreffen ist der nebenstehende Absatz zu streichen.

Für meinen alten Sprechapparat vergüten Sie mir auf meinem Konto, falls ich ihn innerhalb 5 Tagen nach Erhalt ihrer Sendung franko abschicke, nach Empfang Mark 20,—. Dieser Betrag wird erst am Schlusse meiner Zahlungen verrechnet.

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____ *Ort u. Datum:* _____

_____ *Straße - Platz - Nr.* _____

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Steppdecken	in voller Bettgröße	
Similiseide	in den Farben bord., blau, oliv	5.25 bis 21.00
Wollatlas		6.75 bis 27.00
Daunendecken		25.00 bis 125.00
Schlafdecken		1.85 bis 48.00

Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen gratis u. fr.

Gegründet 1864
21 21
Pelzwaren.
Engros—Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordonnanzhaus.
Kein Laden! II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigst. Preisen.
Pelz-Stolas Muffen
Chick garnierte Damenpelzhüte federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer 21 zu achten.

Teilzahlung
1 Mark
Grammophone
Zithern
Mandolinen
Puppenwagen
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23 nur I. Etage.

Pollmanns
Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Weihnachts-Prämie
für die Abonnenten des „Vorwärts"
Robert E. Peary
Die Entdeckung des Nordpols
248/20*
Mit einem Geleitwort von
Theodor Roosevelt
Mit über 100 Bildern nach photographischen Aufnahmen
Gut gebunden Preis nur 3.50 Mk.
Ein schönes Weihnachts-Geschenk
Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, sowie alle Ausgabestellen des „Vorwärts".

Simpli-Kakao als Hausgetränk

Tasse 1,2 Pfg.
Simpli-Kakao
Pfund 1,20 Mark

erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = ½ Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist **Kakao** das **rationellste** und **billigste** Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen **hohen Nährwert** und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. **Kakao** ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. **Simpli-Kakao** ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. **Simpli-Kakao** wird nur in **Originalpackung** zu ½ und 1/1 Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katzenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma **„Sarotti" A.-G., Berlin.**

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Morgen Mittwoch, den 11. Dezember: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Bei der am Sonntag stattgefundenen Urwahl von drei Delegierten für den preußischen Parteitag sind die Genossen Heinrich Schröder und Hermann Werner sowie die Genossin M. Wurm gewählt.

Mariendorf. Die Bezirkszahlabende sowie der Frauenleseabend fallen aus, dafür findet Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, ein gemeinschaftlicher Zahlabend im Lokal des Herrn Haack, Chausseestraße 43, statt, wozu auch die Genossinnen eingeladen sind.

Bohnsdorf. Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Villa Kahl. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreiskonferenz. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Reinickendorf-West. Der Zahlabend für die 8. und 9. Gruppe findet besonderer Umstände halber, heute abend im Lokal von Feilschow, Schillingstraße statt.

Nieder-Schönhausen. Für die Genossen des zweiten Bezirks findet der Zahlabend bei Gapa, Waldstraße, Ecke Eichenstraße, statt.

Nowawes. Morgen, Mittwoch, pünktlich abends 8½ Uhr, im Schmidtschen Lokal, Wilhelmstr. 41/43 (kleiner Saal): Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Die Gefahren der Gemeinde Nowawes auf kommunalem Gebiet. Referent: Gemeindevertreter Genosse Paul Neumann. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Berliner Nachrichten.

Das neue Verkehrsschmerzenskind.

„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ dachte im stillen Kämmerlein auch unser so nervenempfindlicher Polizeipräsident. Da ließ er die neue Straßenordnung, die am 1. April 1913 in Kraft treten soll, aus dem Polizeikasten springen und warnte abermals Neugierige, etwa zu glauben, daß das zwanzigste Jahrhundert im Zeichen des Verkehrs steht. Wir haben kürzlich im Auszuge die bemerkenswertesten Bestimmungen der neuen Polizei-Seeschlange mitgeteilt, an der, wie an allem, womit Herr v. Jagow seine Berliner beglückt, die Kritik ihre helle Freude hat. Gäbe es noch nicht das Wort vom „grünen Tisch“, so müßte es mit dieser neuen Verordnung geboren werden. Man denkt auch da nur zu gern an die guten Schöppenstedter, die ihr Rathaus ohne Fenster bauten. Der Antilärmverein wird Herrn v. Jagow inzwischen sicher zu seinem Ehrenmitglied ernannt haben. Strafbestimmungen gegen Verursachung ruhestörenden Lärms hat es ja schon immer gegeben, aber unser Polizeipräsident macht gleich ganze Arbeit und wandelt Berlin zur Oase der Taubstummen. Glücklicherweise nur auf dem Amtspapier. Jede Musik, die auf der Straße hörbar ist, soll an eine besondere Erlaubnis geknüpft sein. Streng genommen muß dann also jeder, der in seinen vier Pfählen musizieren und im Sommer dazu die Fenster öffnen will, erst fragen: „Sie gestatten doch, Herr v. Jagow, daß ich musikalisch bin?“ So gehört sichs bei einem Polizeipräsidenten, der auch sonst immer den Ton angeben will. Praktisch wird der Schwerpunkt in der Entscheidung liegen, was „laute“ Musik ist, und so kommt es ganz darauf an, ob der Straßenschutzmann zum Klub der Schwerhörigen gehört oder nicht. Und wie schön kann man dann mit Nadelstichen arbeiten, wenn der Musikmacher keine „gute Nummer“ hat! Den Schutzmann, der es dem Militär verbietet, in früher Morgenstunde mit klingendem Spiel durch die halbnächtigen Straßen zu ziehen und Zehntausende aus dem Schlafe zu stören, haben wir wohl noch zu suchen. Und die Jugendwehr, die Schützengilde dürfen ebenso ungeniert Lärm machen wie die Heilsarmee mit den Trompeten von Jericho. Dieser Teil des Jagowschen Verstummungserlasses ist wohl hauptsächlich eine Kriegsansage gegen die Phonographen. Er kann, wenn sich nicht das Publikum selbst den richtigen und gemäßigten Sinn für Heiterkeit im Hause bewahrt, leicht eine Quelle der Denunziationssucht und endlosen Aergers werden. Und das weicheste Moll wird zum Diskant. Das jetzt verbotene Donnergepolter, das der Müllkutscher mit eisernen Müllkästen, der Milchhändler mit den Milchfässern macht, ist sicher kein Ohrenschmaus. Wird man aber auch einschreiten gegen die elektrischen Lastwagen großer Industriebetriebe, die jetzt mit ohrenbetäubendem Geräusch durch die Straßen rattern? Die machtgebietende Großindustrie hat ja immer etwas voraus vor den Rechten der Staatsbürger dritter und vierter Klasse. Nicht neu ist die Bestimmung, daß Decken, Teppiche, Kleider nicht an offenen Fenstern und auf Balkons geklopft werden dürfen. Ach, der Schutzmann wird auch in Zukunft nichts hören und sehen, wenn es seine Bequemlichkeit kostet. Vier Treppen raufkraxeln und flatternde Wäsche vom Balkon herunterbefehlen — „nee, Herr Präsident, det machen wa nich, oder es muß erst eener kommen und uns kräftig anstoßen!“ Hurrabrüllen und ähnlicher Patriotenradau bleibt selbstredend nach wie vor mit Kußhand erlaubt.

Echte Bureaukratenhandschrift zeigen noch zahlreiche andere Vorschriften. Alles Ewigweibliche geht nach heutiger Mode möglichst fußfrei, aber Herr v. Jagow, der Frauenfeind, eröffnet einen Windmühlenkampf gegen die — Schleppe. Frauen sind ihm trotz alledem zu schade, um die Straße zu fegen. Was üble Gerüche auf der Straße sind, muß der Rekordbrecher in Polizeiverordnungen noch definieren. Unsere Polizei bewies freilich schon recht oft, daß sie nicht weniger als eine feine Nase hat. Selbst die historische Frischwurstschürze, die sonst niemandem weh tat, hat Herrn v. Jagows ästhetisches Empfinden beleidigt. Ein paar Tausend Polizeizöpfe verdienten viel eher die Einsargung als solche unschuldige altberlinische Sitte.

Gegen die Beschränkung der Reklame läuft das profitlüsterne Berliner Bürgertum bereits in öffentlichen Protestversammlungen Sturm. Manche Einzelheit, die das Straßenbild vor allzu großer Verunstaltung durch Reklame bewahren soll, ist ganz gut gedacht, aber der freie Staatsbürgersinn muß sich sträuben gegen die hervorgekehrte Absicht immer stärkerer polizeilicher Bevormundung. Verbote sollen nicht zur Sucht ausarten, nach Verbotsobjekten zu suchen. Am originellsten ist aber doch das neue Jagowsche Straßenexerzierreglement, das verdient einen Extraorden. Man wird sich bei dem Riesenverkehr der Millionenstadt auch von der Polizei jede vernünftige Anregung, die auf die Massen wirken soll, gern gefallen lassen. Tatsächlich enthalten die jetzt gegebenen Anregungen manches, das man unterschreiben kann. Aber die kuriose Drohung, daß Passanten, die auf den Bürgersteigen nicht rechts gehen, bestraft werden sollen, ist Stoff zum erneuten Lachen. Man hat dabei wieder mal das Gefühl, daß Herr v. Jagow ein Teil von jener Kraft ist, die nach dem umgedrehten Worte des Mephistopheles vielleicht das Gute will und stets das Böse schafft. Das kommt aber davon, wenn man sich in Höhenregionen begibt und Verkehrsstudien nicht auf dem nüchternen Straßenboden, sondern im — lenkbaren Luftballon macht. Gott und der König mögen unserem Polizeipräsidenten bald einen neuen Wirkungskreis bescheren — aber recht weit weg, damit ihm die Weltstadt an der Spree nicht mehr auf die Nerven fällt.

Die sogenannten „Irrenquetschen“ haben sich in der Mark Brandenburg und besonders in der Umgebung Berlins ständig vermehrt. Man versteht darunter Privatanstalten, die fast durchweg unter der unverfänglicher aussehenden Flagge „Heilanstalt für Gemüts- und Nervenkranke“ segeln, aber in Wirklichkeit Irrenanstalten mit Zwangsabschließung sind. Gewöhnlich haben sie neben dem „Herrenhaus“, für dessen Patienten meist sehr hohe Verpflegungssummen — bis zu zwanzigtausend Mark jährlich — von allzu gütigen Verwandten gezahlt werden, noch ein „Kommunalhaus“ oder deren mehrere, wo die von Städten und anderen Kommunalverbänden überwiesenen Geisteskranken untergebracht sind. Solche Verträge unterhält bekanntlich seit langen Jahren auch die Stadt Berlin. Sie zahlt pro Tag einen Verpflegungssatz von 2,80 M. und liefert obendrein die Kleidung, während die Selbstkosten pro Kopf in der Hauptanstalt 3,20 M. betragen. Was dabei gespart wird, steht aber in keinem Verhältnis zu der zum Teil ganz bedeutend minderwertigen Pflege in den Privatanstalten. Man hat immer gehofft, daß mit dem Bau weiterer neuen städtischen Irrenanstalten diese mit recht vielen Mißständen verknüpfte Ueberweisung nach Privatanstalten mal ein Ende nehmen werde. Vorübergehend, wie nach Eröffnung der Irrenanstalt Buch, ist auch eine erhebliche Verminderung des Bestandes in den Quetschen eingetreten. Heute sind sie schon längst wieder fast so stark wie zuvor belegt. Die Stadt Berlin steht noch in solchem Vertragsverhältnis zu nicht weniger als 35, fast sämtlich in der nächsten Umgebung Berlins belegenen Privatanstalten, die insgesamt rund 2500 Berliner Geisteskranke beherbergen, darunter fünf mehr als je 100, zwei (Maison de santé in Schöneberg und „Berolinum“ in Lankwitz) mehr als je 300. Zwei dieser Anstalten sind im Besitze von nicht ärztlich gebildeten Frauen! Die Trinkerheilstätte „Waldfrieden“ bei Fürstenwalde, mit der die Stadt Berlin im Jahre 1905 bei Massenüberweisungen von Alkoholkranken recht schlechte Erfahrungen machte, ist seitdem nur mit ganz wenigen städtischen Kranken (3 bis 6) belegt. Der ehemalige Assistenzarzt Dr. Schauß von der Irrenanstalt Buch eröffnete im Jahre 1910 eine Privatirrenanstalt in Zepernick bei Bernau, die dann sofort mit 40 Stadtpatienten belegt wurde. Ein offenes Geheimnis ist es, daß hinter einer Anzahl dieser Privatanstalten private Geldgeber stehen und als solche auch wohlhabende beamtete Irrenärzte. Die immer noch sehr große Zahl von Kommunalkranken in Privatanstalten muß besonders deshalb auffallen, weil unsere städtischen Irrenanstalten seit mehreren Jahren keineswegs voll belegt sind und zeitweise, besonders im Sommer, recht viele Betten leer stehen haben. Mit der Eröffnung der im Bau befindlichen fünften städtischen Irrenanstalt in Buch soll ein großer Teil von Kommunalkranken den Privatanstalten entzogen werden.

Frühe Weihnachtseinkäufe zur Entlastung der Handelsangestellten!

Uns geht folgende Zuschrift zu: Alljährlich wiederholt sich zum Weihnachtsfeste namentlich in den Berliner Verkaufsstätten aller Art das beschämende Bild verfehlter Einkaufstaktik des Publikums. Diese besteht darin, daß man mit den Einkäufen der Geschenke und sonstigen Bedürfnisse zum Feste gewissermaßen bis zum „letzten Augenblick“ wartet. Die Folge ist vor allen Dingen eine ganz außerordentlich große Ueberlastung der armen Handelsangestellten! Namentlich im Gedränge des Geschäftstrubels an den letzten Tagen vor dem Feste werden die Handlungsgehilfinnen und Handlungsgehilfen durch den Andrang des Publikums nicht nur bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen, sondern vielfach auch sonst ungünstig beeinflußt. Die Erschwernisse des Geschäftsbetriebes durch das Gedränge des Weihnachtsverkehrs zeitigen nämlich erfahrungsgemäß viele Differenzen zwischen Publikum und Verkäufer, die bei normalem Verkehr ganz von selbst unterbleiben würden.

Doch nicht nur für die Handelsangestellten bringt die bisher mangelhafte Organisation des Weihnachtseinkaufes Ueberanstrengungen und Aergernisse mit sich, sondern auch für die industrielle Arbeiterschaft. Da jetzt das Publikum seine Einkäufe erst in der allerletzten Zeit macht, so kann auch der tüchtigste Kaufmann ein zutreffendes Bild über seinen Bedarf niemals rechtzeitig bekommen. Die Folge sind zahlreiche eilige Nachbestellungen aller Art bei den Fabriken. Hier beginnt nun in den letzten Wochen und namentlich in den letzten Tagen vor dem Fest die wilde Hast in der Fabrikation. Zahlreiche Ueberstunden und Ueberanstrengungen des Personals sind dann wieder in Gewerbe und Industrie die beklagenswerten Folgeerscheinungen.

Aber auch für die Angestellten im Transportwesen bringt der späte Weihnachtseinkauf in den letzten Tagen vor dem Feste gleichartige üble Folgen. Wenn man auch überall bis zu einem gewissen Grade durch Einstellung von Aushilfekräften und sonstige Vorbereitungen dem Andrang gerecht zu werden sucht, so liegt es doch auf der Hand, daß diese Maßnahmen allein selbst bei bestem Willen der Beteiligten alle Uebelstände nicht beseitigen können.

An alle Kreise des Publikums muß daher die dringende Mahnung gerichtet werden, die Weihnachtseinkäufe möglichst frühzeitig zu bewirken. Gerade die arbeitenden Kreise Berlins sollten eine Ehrenpflicht darin sehen, durch die Befolgung dieser Mahnung die Ueberlastung der Handelsangestellten usw. vermeiden zu helfen. Ganz besonders sollte man den Grundsatz frühzeitigen Einkaufes auch in bezug auf diejenigen Artikel betätigen, die man zum Feste aus der Konsumgenossenschaft zu beziehen pflegt.

Die Vorteile frühen Einkaufes der Weihnachtsartikel machen sich aber auch für das Publikum selbst angenehm und praktisch bemerkbar. Wer frühzeitig (etwa in der ersten Hälfte des Dezember) seine Weihnachtseinkäufe erledigt, der kann in Ruhe seine Auswahl treffen und spart wesentlich an Zeit, da der Einkauf noch nicht durch das Gedränge des eigentlichen Weihnachtstrubels erschwert und verzögert wird. Auch wird der Vorsichtige infolge dieses frühzeitigen Einkaufes weniger mit der Kalamität falscher Expedition der Ware zu rechnen haben, die beim Zusenden der gekauften Artikel, die erst kurz vor dem Fest erstanden wurden, ganz unvermeidlich sind. Wer frühzeitig gekaufte Geschenke nicht wochenlang bei sich aufbewahren will, weil er fürchtet, daß die zu Beschenkenden die Artikel „entdecken“ könnten, der sollte trotzdem den Kauf früh bewerkstelligen, da jeder vernünftige Geschäftsmann die erstandene Ware gern aufhebt und ohne Kosten kurz vor dem Fest übermittelt. Die Kaufleute aller Art täten allerdings gut, wenn sie das Publikum auf diese Möglichkeit durch entsprechende Plakate im Schaufenster usw. besonders hinweisen würden.

Zahlreiche Mißstände würden durch eine Selbsterziehung des Publikums im Sinne dieser Reform im Interesse aller Beteiligten schnell beseitigt werden können. In den meisten Familien wird ja doch für die Weihnachtseinkäufe schon längere Zeit gespart, so daß es zweckmäßig ist, die hierfür reservierten Summen auch frühzeitig anzulegen. Dadurch wird auch erreicht, daß diejenigen Familien, di einfolge mißlicher Einkommensverhältnisse in der Tat erst „im letzten Augenblick“ Festeinkäufe machen können, nicht mehr so wie bisher unter dem Trubel und Gedränge zu leiden haben würden!

Wünschenswert wäre es im Interesse dieser Reform allerdings auch, wenn die Firmen, die ihren Angestellten Geldzuwendungen zum Feste zu überreichen pflegen, die Auszahlungen nicht bis zum Heiligabend lassen würden. Diese Summen erfüllen viel besser ihren Zweck, wenn sie einige Tage und noch besser etwa 2 Wochen vor dem Fest ausgezahlt werden würden. Der größte Teil dieser baren Geschenke wird ja doch zu Weihnachtseinkäufen benutzt. Daher würde die hier empfohlene Maßregel auch zu einer erheblichen Entlastung des Andranges der Käufer in den Geschäften am Heiligabend usw. beitragen.

Ausstellung alter ostasiatischer Kunst in der königlichen Akademie der Künste, Pariser Platz 4. Ermäßigte Eintrittskarten zu 25 Pf. statt 1 M. sind im Bureau des Gewerkschaftshauses und im Zigarrengeschäft von Paul Horsch zu haben.

Vorstandssitzung des preußischen Städtetages. Im Berliner Rathause fand am Montag früh eine Sitzung des Vorstandes des preußischen Städtetages unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth statt. Es wurden eine ganze Reihe von Anträgen erledigt. U. a. wurde beschlossen, hier in Berlin eine Geschäftsstelle des preußischen Städtetages einzurichten. Die Leitung dieser Zentralstelle soll dem jetzigen Stadtrat Dr. Luther in Magdeburg übertragen werden.

Eine Konferenz des Oberbürgermeisters Wermuth mit den beiden Stadtbauräten Hoffmann und Krause fand am Sonntag mit dem Kaiser im Schlosse statt. In der Audienz wurde die Unterquerung der Linden durch einen Straßenbahntunnel eingehend erörtert. Es wird der Weg vom Kastanienwäldchen bis zur Straße Hinter der katholischen Kirche vorgeschlagen. Eine Entscheidung fiel bei dieser Frage nicht, da es sich mehr um eine Information über städtische und städtebauliche Angelegenheiten handelte. Ferner wurden besonders die neuen Museumsgebäude auf der Museumsinsel erörtert. Hierbei sollten die Differenzen, die zwischen den staatlichen Behörden und der städtischen Bauleitung über die Art der Fundamentierung entstanden sind, zum Ausgleich gebracht werden. Es wird angenommen, daß nun auch das Ministerium der von den Stadtbauräten Berlins geplanten Fundamentierung als unterirdische Brücken oder Gewölbekonstruktion zustimmen wird.

Der Magdeburgsche Geist in einer Vorortkrankenkasse.

Mit welchen Mitteln zuweilen einzelne Scharfmacher aus dem Lager der Arbeitgeber gegen von Arbeitern geleitete Ortskrankenkassen zu Felde ziehen, zeigten so recht Vorgänge, die sich in Adlershof abspielen. In der gemeinsamen Ortskrankenkasse Adlershof und Umgegend wurde vor zirka 2 Jahren der damals amtierende Arbeitgeber-Vorsitzende nicht wiedergewählt, weil die Mitglieder der Ueberzeugung waren, daß er sowohl wie ein Teil der Arbeitgeber alles versuchten, um die fortschrittliche Entwickelung der Kasse zu hemmen. Nach der Beseitigung dieses Vorsitzenden, erfolgte neben der Ausdehnung der Unterstützungseinrichtungen eine Aenderung des Statuts dahin, daß die vorsintflutlichen Bestimmungen, nach welchen der Arbeitgeber so viel Stimmen auf sich vereinigt, als er Beiträge zur Krankenkasse für die bei ihm beschäftigten Arbeiter zahlt, beseitigt wurde. Durch diese Aenderung ist zwar die Paschaherrschaft einiger Weniger zerstört, die Wut dieser Wenigen aber bis zum äußersten gestiegen. Um die Tätigkeit der Arbeitnehmer in den Ortskrankenkassen in den Schmutz zu ziehen, wurden plötzlich in einem längerem Schreiben die Arbeitgeber zu der Generalversammlung eingeladen, in dem es u. a. heißt:

„Seit Jahresfrist ist unsere Ortskrankenkasse der Zentralkommission der Krankenkassen Deutschlands angeschlossen und steht dadurch ganz unter sozialdemokratischer Herrschaft. Die Arbeitgeber, welche bisher bei der Wahl der Vertreter zur Generalversammlung auf jeden Arbeiter, welchen sie beschäftigen, eine Stimme hatten, haben nunmehr durch Abänderung der Satzungen nur noch für sich selbst eine Stimme. Die Folge davon ist, daß die großen Arbeitgeber nicht mehr in der Generalversammlung vertreten sein werden und daß die Verwaltung ganz von der sozialdemokratischen Partei abhängig sein wird. Die augenblicklichen Vertreter der Arbeitgeber werden zum letztenmal in der Generalversammlung zwei Vorstandsmitglieder zu wählen haben und die Gewählten werden im Laufe des nächsten Jahres die Veränderungen, welche das am 1. Januar 1914 in Kraft tretende neue Krankenkassengesetz erfordert, mitzuvertreten haben. Die Arbeitgeber haben dadurch Gelegenheit, darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des neuen Gesetzes, welche den sozialdemokratischen Einfluß auf die Kassen bekämpfen und die Selbstverwaltung erhalten sollen, voll in Kraft treten.“

Im Schlußsatz heißt es dann noch: daß es von der Generalversammlung abhängt, ob in Zukunft wieder die Arbeitgeber, welche die meisten Beiträge zahlen, einen Einfluß auf die Kasse haben oder ob nur die sozialdemokratische Lokalkommission die Kasse leiten soll. Unterzeichnet ist die Einladung von der Firma Gebr. Avenarius.

Zum größeren Verständnis sei bemerkt, daß der Geschäftsführer dieser Firma, ein Herr Hansen, Hauptmann der Reserve, langjähriger Vorsitzender der Kasse war. Der Zweck des Schreibens ist denn auch zu offenkundig. Man hofft unter den neuen Verhältnissen die Kasse wieder an einige Großfirmen auszuliefern und die zirka 1000 kleinen Arbeitgeber völlig von der Verwaltung fernzuhalten. Damit wird erreicht, daß um so leichter alles das, was in den letzten beiden Jahren mühsam unter der Leitung des Arbeitnehmer-Vorsitzenden aufgebaut wurde, zu beseitigen. In der am 29. v. Mts. stattgefundenen Generalversammlung der Krankenkasse wurde diese Einladung an die Arbeitgeber sowohl als auch ein zur Verlesung gebrachtes anonymes Schreiben an den Landrat, in welchem auch die Adlershofer Ortskrankenkasse denunziert wird, daß sie der „sozialdemokratischen" Zentralkommission der Krankenkassen angeschlossen ist, einer eingehenden Kritik unterzogen. Zu bedauern ist nur, daß die Tätigkeit der Scharfmacher insofern einen Erfolg hatte, indem der Vertreter einer angesehenen Firma aus Treptow, welcher wohl nach Anschauung jener Herren noch zu liberal war, aus dem Vorstand hinausgewählt und unter anderem der Hauptmann der Reserve Hansen, der erst im November v. J. sein Amt als Vorstandsmitglied freiwillig niedergelegt hatte, wieder gewählt wurde.

Furchtbar zugerichtet wurde gestern morgen bei einem Straßenbahnunfall der 57 Jahre alte Buchbinder Fritz Wittenberg, Gleimstraße 68 wohnhaft. W. hatte zur Arbeitsstelle einen Straßenbahnwagen des Ring 3 benutzt. In der Gerichtsstraße wollte er den Waggon wieder verlassen. Er versuchte noch während der Fahrt von der Vorderplattform herunterzuspringen, kam jedoch zu Fall und stürzte zwischen die Räder des Wagens. Der Verunglückte wurde ein Stück mitgerissen und schrecklich zugerichtet. Die linke Hand wurde ihm vollständig zermalmt, so daß sie amputiert werden mußte. Außerdem wurden das Gesicht und der Kopf verstümmelt und auch innere Verletzungen trug W. davon. In recht bedenklichem Zustand wurde der Schwerverletzte nach dem Virchowkrankenhaus gebracht.

Von den 260 000 M., die der Kassenbote Bruning unterschlagen hat, sind außer den 67 000 M., die bei dem Schwager B.s in Engter bei Osnabrück gefunden wurden, noch 50 000 M. beschlagnahmt worden in dem Augenblick, da sich B. dieselben vom Postamt in Winnipeg (in Kanada) abholen wollte und die ihm sein Schwager hatte schicken müssen. Es sind also bereits 117 000 M. für die Dresdner Bank wieder herbeigeschafft.

Todessturz eines Kindes. Im dritten Stock des Hauses Naunynstraße 56 stürzte der dreijährige Sohn Kurt des Schneiders Dickmann, als die Mutter ihn einen Augenblick allein gelassen hatte, um sich nach einer anderen Wohnung umzusehen, aus dem Fenster auf den Bürgersteig. Er war sofort tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Selbstmord im Hedwigskrankenhaus. In einem unbewachten Augenblick beging gestern abend ein Patient im Hedwigskrankenhaus Selbstmord. Es handelt sich um den 36 Jahre alten Buchdrucker Martin Rudolf aus der Glasowstr. 12 in Neukölln, der seit dem 26. Juli in dem Krankenhaus lag. Rudolf litt an Darmkrebs und hatte wenig Hoffnung, wieder gesund zu werden. Gestern abend wußte er sich ein Tischmesser zu verschaffen. Ehe es verhindert werden konnte, stieß er sich das Messer ins Herz. Die Verletzung wirkte auf der Stelle tödlich. Rudolf war verheiratet und Vater von vier Kindern.

„Verbrecherverein böse Sieben" nannte sich eine Diebesgesellschaft, die jetzt von der Kriminalpolizei aufgelöst und hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. An der Spitze dieses Vereins stand ein früherer Rechtsanwaltsschreiber Kalinski, ein verwachsener Mensch, der den Spitznamen „Mutter" führte.

Zu turbulenten Szenen kam es in der Nacht zum Sonntag in einem kleinen Lokal in der Kochstraße, das ausschließlich von Homosexuellen besucht wird. Durch die Kriminalpolizei wurde in dem Lokal eine Razzia veranstaltet und etwa 100 Herren, darunter hochgestellte Persönlichkeiten, sistiert und nach dem zuständigen Revier zur Feststellung ihrer Personalien gebracht.

Erschossen aufgefunden wurde Sonntag morgen vor dem Hause Reichstagsufer 18 ein noch unbekannter Mann, der seinem Aeußeren nach den bessergestellten Kreisen angehört zu haben scheint. Soweit sich bis jetzt feststellen ließ, handelt es sich um einen 40 Jahre alten Privatier Max Kepke. Die Wohnung des Toten konnte man bisher noch nicht ermitteln. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (22. Stiftungsfest). An sangbarer, dabei gehaltvoller Lyrik, insgleichen an Romanzen und Balladen ist heute wahrlich kein Mangel. Trotzdem vergreifen sich manche Komponisten noch immerfort an Texten, die vor der Kritik schlecht Stand halten. Wenn z. B. in „Sturmeswogen" (komponiert von J. Wengert) dem „schwankenden Schifflein" ein „mächtiger Bug" angedichtet wird, oder wenn am Schluß des Gedichts, aller Naturerkenntnis zum Tort gesagt wird, daß „das Stürmen auf Gottes Gebot schweig(e)st", so kommt einem ob sothanem Unsinn das Schmunzeln an. Ebenso dilletantisch ist der Text von „Waldesfrieden", erstens, weil er nur beschreibt, zweitens weil die in den beiden Schlußzeilen der letzten Strophe geoffenbarte Weisheit eine sentimentale Verwässerung von Goethes herrlichem Liede „Ueber allen Wipfeln" usw. vorstellt. Indes brachte das Programm, neben bereits bekannten und oft von verschiedenen Sängervereinen vorgetragenen Kompositionen, doch auch zwei Neuheiten von Belang, nämlich „Aufstieg" von Grete Dietze und „Der arme Konrad" von O. Kostrzewski. In beiden dokumentiert sich originelle Erfindung mit markiger Gestaltung. Beide Tondichter sind den Wortdichtern verständnisvoll nachgegangen, um den Ideen- und Stimmungsgehalt der Texte herauszuholen. Das trutzige Bundschuh-Lied stammt, wie seinerzeit bei Gelegenheit der Besprechung der Franz Diederichschen Gedichtsammlung „Von unten auf" in der Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts" authentisch festgestellt wurde, tatsächlich von Heinrich Reder und ist, nebst noch einem nicht minder kräftigen Bauernsang, in seinem Epos „Wotans Heer" vorhanden. Uebrigens hat auch Wendelin Weißheimer, der ehemalige Freund Richard Wagners, einen Kunrad-Chor hinterlassen. Die zwei obengenannten Chöre wurden vom Sängerchor „Vorwärts-Süd-Ost" (Chormeister Otto Kowalski) gut vorgetragen und verfehlten nicht eine starke Wirkung hervorzubringen. Gesanglich am höchsten standen wohl die zum Teil als meisterhaft zu bewertenden Vorträge der „Sängerabteilung I Süd-Ost" und „Männerchor Norden" (Chormeister Paul Kurz) und der „Typographia" (Chormeister Alexander Weinbaum). Mit „Waldwehen" von Peter Gast vollbrachten auch die unter Chormeister E. Thilo stehenden drei Sängerchöre eine vortreffliche Leistung. Die Behandlung der Aussprache bei diesen wie bei „Immergrün" (Chormeister K. Teßmann) und „Vorwärts-Süd-Ost" läßt freilich noch manches zu wünschen. Den instrumentalen Teil vertraten die Damen E. und C. Satz (an zwei Flügeln) und der Violoncellist Armin Liebermann, bei deren Vorträgen eine seltene Präzision und virtuose Beherrschung ihrer Instrumente sich die Wage hielten.

Ein Benzolbrand alarmierte die Feuerwehr gestern nachmittag nach der Seestraße 36. Im Keller lagerte dort ein Faß Benzol für ein Kinemathographen-Theater, das sich in demselben Hause befindet. Als der Vorführer dieses Theaters für einen Motor Benzol abfüllen wollte, war ihm ein Quantum der feuergefährlichen Flüssigkeit übergelaufen. Ein anderer Mann, der sich gleichfalls in dem Keller aufhielt, beging nun die Unvorsichtigkeit, das übergelaufene Benzol mit einem Streichholz anzuzünden. Im Nu stand der Raum in hellen Flammen. Die beiden Männer konnten sich nur durch schleunige Flucht in Sicherheit bringen. Die Feuerwehr mußte mit einer Schlauchleitung eingreifen, um die Gefahr zu beseitigen. Wegen einer starken Rauchentwickelung war auch die Benutzung eines Rauchschutzapparates erforderlich. — Fast gleichzeitig kam durch die Explosion einer Aeterlampe in der Maschinenfabrik von Flohr, Chausseestr. 35, Feuer aus, wobei ein Mann schwere Verletzungen im Gesicht und an den Händen erlitt, so daß er nach einem Krankenhaus (Augusta-Hospital) geschafft werden mußte.

Die 4. Kirchenaustrittsversammlung des Komitees „Konfessionslos" findet heute abend ½9 Uhr in den Patzenhofer Festsälen, Moabit, Turmstr. 25/26 (Ecke Stromstraße) bei freiem Eintritt statt. Reichstagsabgeordneter Ewald Vogtherr, der vor kurzem auch in Dresden, Mainz und Wiesbaden für die Kirchenaustrittsbewegung erfolgreich tätig gewesen ist, spricht über das Thema: „Heraus aus der Kirche!"

Verloren wurden am Sonnabendabend auf dem Wege von der Holzmarktstraße bis zur Köpenicker Straße 11 Mitgliedsbücher vom Deutschen Holzarbeiterverband. Der Finder wird gebeten, dieselben an Theodor Allrath, Neukölln, Emserstr. 32, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

In der Gemeindevertretersitzung wurde der neugewählte und bestätigte unbesoldete Schöffe, Polizeihauptmann a. D. v. Carnap, in sein Amt eingeführt. Der kürzlich verstorbene frühere Schöffe Peschke, dem der Gemeindevorsteher einen Nachruf widmete, hat der Gemeinde 12 000 M. testamentarisch vermacht mit der Bestimmung, die Zinsen zu wohltätigen Zwecken zu verwenden, und weitere 1500 M., von deren Zinsen die Gemeinde die dauernde Pflege seiner Grabstätte bewirken soll. Die Vertretung beschloß die Annahme des Vermächtnisses. Entgegen dem Vorschlag des Gemeindevorstandes, ihm die Zinsen zur freien Verwendung zu überlassen, beantragte Genosse Aßmann deren Verwendung im Interesse der Ferienkolonie. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Bei der Festsetzung des Sparkassenvoranschlages für 1913 teilte Schöffe Jochem mit, daß sich die Kasse gut entwickelt. Auf 3600 Sparbücher ist rund 1 Million Mark eingezahlt. Eine erfreuliche Entwickelung zeigt auch das Elektrizitätswerk. Der für 1912 veranschlagte Ueberschuß von 42 000 M. wird in Wirklichkeit über 70 000 Mark betragen und wird für 1913 auf 170 000 bis 175 000 M. geschätzt. Um rechtzeitige Vorsorge zu treffen für stärkere Inanspruchnahme wurden zu Erweiterungszwecken 200 000 M. gefordert und bewilligt. Der Antrag des Gemeindevorstandes betreffs Ausgestaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Steglitz und Dahlem im Sinne der Reichsversicherungsordnung wurde debattelos angenommen. Der weitere Antrag auf Errichtung einer Landkrankenkasse wurde vom Gemeindevorstand „vorläufig" zurückgezogen, weil auf Grund eingelaufener Einsprüche des Vorstandes der hiesigen Ortskasse und der Aerzte eine nochmalige Prüfung vorgenommen werden soll. In dem schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses wurde gerügt, daß etatsmäßigen Beamten neben ihrem Gehalt monatliche Zuschüsse aus dem Hilfsarbeiterfonds bewilligt worden sind. Dieser Unfug ist auch von unseren Genossen schon wiederholt bei Etatsberatungen gerügt worden. Ferner wird gerügt, daß der Etat für Wohlfahrtspflege mit einem Ausgabeposten für Abfahren von Kies von einem Schulhofe zum andern belastet worden ist. Aus welchen Gründen der Rechnungsleger das Spazierenfahren von Kies als „Wohlfahrtspflege" deklariert, ist in der Tat schwer einzusehen. Am Schluß der öffentlichen Sitzung beantrage Gen. Aßmann, die Mitteilungen über die Stadtwerdung, die für die geheime Sitzung vorgesehen waren, in der öffentlichen zu machen. Er führte mit Recht aus, daß die gesamte Bürgerschaft ein gleich großes Interesse an der Frage habe wie die Gemeindevertretung. Der Bürgermeister erklärte sich dazu außerstande, da es sich um Aeußerungen des Ministers des Innern handle, die von diesem Herrn ausdrücklich als nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt bezeichnet worden seien. Auch ein Antrag von bürgerlicher Seite, wenigstens eine allgemeine Erklärung über den Stand der Stadtwerdungsfrage, die nun schon seit zehn Jahren die Oeffentlichkeit beschäftige, abzugeben, wurde vom Bürgermeister bekämpft. Man darf gespannt sein, welche Geheimnisse der Minister der Deputation in die Ohren geflüstert hat. Wir vermuten stark, daß das Resultat der Unterredung so unbedeutend ist, daß man sich damit vor der Oeffentlichkeit geniert.

Neukölln.

Auf der Straßenbahn vom Tode überrascht wurde am Sonnabendabend ein noch unbekannter Mann. An der Ecke der Berg- und Steinmetzstraße brach er plötzlich zusammen und fiel vom Perron herunter auf die Straße. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus, wo aber nur noch sein Tod festgestellt werden konnte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zwecks Feststellung der Todesursache nach dem Schauhause gebracht. Der Unbekannte ist ungefähr 50 Jahre alt und scheint dem Arbeiterstande angehört zu haben. Er hat graumeliertes Haar und Vollbart und buschige Augenbrauen und trug einen schwarzen Mantel mit grauschwarzkariertem Futter. In seinen Taschen hatte er eine silberne Remontoiruhr.

Charlottenburg.

Beihilfe für Schwangere in Charlottenburg. Minderbemittelten Schwangeren, welche in Charlottenburg wohnen, werden von dem Charlottenburger Hauspflegeverein vier Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Beihilfen gewährt, meist in Gestalt eines kräftigen Mittagessens in folgenden Speisungsstellen: Charlottenburger Ufer 16, Rehringstraße 11, Wilmersdorfer Straße 111, Berliner Straße 137 und Alt-Moabit 39. Meldungen nimmt die Ernährungsabteilung des Hauspflegevereins Marchstraße 7, Dienstags und Freitags zwischen 10 und 11 Uhr vormittags, möglichst sechs Wochen vor der zu erwartenden Entbindung entgegen.

Schöneberg.

Vorgartensenkungen. In der Münchener Straße zu Schöneberg haben sich verschiedentlich in dem Mauerwerk der Vorgärten und in den Vorderwänden der Häuser Rißbildungen gezeigt, welche von den Besitzern auf den Bau der Untergrundbahn zurückgeführt worden sind. Ein versuchsweise gegen die Stadtgemeinde Schöneberg im Jahre 1910 angestrengter Prozeß ist nunmehr endgültig zugunsten der Stadtgemeinde entschieden worden, sodaß die übrigen Grundstückseigentümer in der Münchener Straße wohl von einem weiteren Vorgehen gegen die Stadtgemeinde Abstand nehmen dürften.

Lichtenberg.

Die Stichwahlen in der zweiten Abteilung fanden am gestrigen Montag statt. Dem Ansturm der Mittelständler ist es noch einmal gelungen, der Vorschußbankgruppe die Majorität zu sichern. Mit Ausnahme des 6. Bezirkes, wo zwei Sozialdemokraten in Stichwahl standen und 74 gültige Stimmen abgegeben wurden, gelang es den Bürgerlichen, ihre Kandidaten durchzubringen. Im 4. Bezirk erhielt unser Kandidat 105, der Bürgerliche 228 Stimmen. Im 7. Bezirk siegte der bürgerliche Kandidat mit 188 Stimmen über unseren Kandidaten, der 115 Stimmen erhielt und im 8. Bezirk erlag unser Kandidat mit 112 Stimmen dem Bürgerlichen, der 264 Stimmen auf sich vereinigen konnte. — Insgesamt sind jetzt gewählt: 29 Sozialdemokraten, 5 Mittelständler und 32 Vorschußbankleute (Grundbesitzer).

Lankwitz.

In der Gemeindevertretersitzung wurde der in einer Ersatzwahl der ersten Klasse mit neun Stimmen erwählte Rentier Gottlob eingeführt. Eine endlose Debatte entspann sich über einen Nachtrag zum Ortsstatut über Aufbringung der Kosten zur Straßenunterhaltung. Hier konnte man so recht die Ausdauer der Gemeindevertreter bewundern, wenn es sich um Interessen der Haus- und Grundbesitzer handelt. Das bestehende Ortsstatut über die Aufbringung der Kosten der Straßenunterhaltung wurde ergänzt durch einen Nachtrag, welcher besagt, daß auch bei „der Veränderung der Höhenlage einer Straße, einschließlich der Herstellung von Wegen, Unter- und Ueberführungen sowie bei der Herstellung von Schmuckanlagen", die Anlieger zu den Kosten herangezogen werden können. Der Nachtrag wurde mit 7 gegen 7 Stimmen angenommen. Da der Verkauf russischen Fleisches von den Schlächtermeistern abgelehnt worden, ein solcher auch von der Gemeinde in eigener Regie nicht eingeführt worden ist, stellte Radike den Dringlichkeitsantrag, den Verkauf der Konsumgenossenschaft zu übertragen. Auch dafür zeigte die Gemeindeverwaltung und die bürgerlichen Vertreter kein Verständnis, die Dringlichkeit wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Der Gemeindevorsteher verwies auf die Nachbarorte Steglitz und Lichterfelde, wo die Lankwitzer Einwohner sich Fleisch holen könnten. Auch seien die Schlächtermeister schon mit den Preisen heruntergegangen. Ob der Gemeindevorstand, entgegen anderen Gemeinden, dauernd an dieser sonderbaren Auffassung festhalten wird, trotzdem alle anderen Gemeinden längst ihre Pflicht den Einwohnern gegenüber erkannt haben?

Lichterfelde.

Rechte des Volkes lautete das Thema, über das in einer bei Richter stattgefundenen Volksversammlung Genosse Dr. Moses referierte. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag ging der Vorsitzende auf den letzten Gewaltstreich unseres Gemeindeparlaments betreffend die Ungültigkeitserklärung des von der Sozialdemokratie errungenen Mandats ein. Er forderte die Anwesenden auf, sich auch fernerhin wirksam zu betätigen, damit die Partei bei einer Neuwahl beweise, daß der Beschluß der Bürgerlichen eine vergebliche Maßnahme gegen die Arbeiterklasse gewesen sei. — Eine dahingehende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die imposante Versammlung fand mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ihr Ende.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die Stadtverordnetenversammlung sollte in ihrer letzten Sitzung die Wahl eines Mitgliedes in die Schuldeputation vornehmen. Auf Antrag Hottmüller soll die Wahl jedoch erst gemeinschaftlich mit der Wahl des Vorstehers erfolgen. Ein Antrag des Genossen Richter, die Wahl gleich vorzunehmen und die Stimmen für dieses Amt auf den Genossen Schönfee zu vereinigen, wurde abgelehnt. Die alte Pumpe des Wasserwerks wird für 850 M. an eine Firma in Wittenberg verkauft. Für die Anschaffung von Bänken in der Aula des neuen Schulhauses wurden 900 M. bewilligt.

Reinickendorf.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl erhielt von 746 abgegebenen Stimmen Genosse Bahr 745 Stimmen. Eine ungültige Stimme wurde auf den Bürgermeister Ziethen abgegeben; der Wähler konnte jedoch nicht angeben, wo derselbe wohnt.

Verein ehemaliger Beelitzer. Abteilung B. Heute Dienstag, den 10. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12: Versammlung der Mitglieder. Vortrag des Herrn Bolt über „Alkoholismus und Tuberkulose". Gäste und Freunde des Vereins haben Zutritt. Alle ehemalige Patienten sind hiermit eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Am Mittwoch fällt die Sprechstunde aus.

O. G. 43. 1. Ja. 2. Darüber beschweren Sie sich am zweckmäßigsten unter Namhaftmachung des Schlächters beim Magistrat. — **E. K. 59.** Die in Frage kommenden Sachverständigen sind im Adreßbuch, II. Teil, verzeichnet. Bestimmte Personen empfehlen wir grundsätzlich nicht. — **E. 100.** 1. Sechs Monate nach dem Ausscheiden. 2. Ja. — **M. H. 1912.** Wir halten Sie für berechtigt, etwa 250 M. zurückzufordern. — **F. R. 79.** Zur Zahlung eines höheren Betrages halten wir Sie nicht für verpflichtet. — **H. S. 17.** Nein. — **O. S. 17.** 1. Falls Sie diese Behauptungen aufgestellt haben und Sie nicht den Wahrheitsbeweis erbringen können, ja. 2. Das wäre nur möglich, wenn Sie eine Klage auf Zahlung des Geldes erheben und dem Beklagten den Eid zuschieben. Durch den Prozeß entstehen natürlich Kosten. — **O. K. 68.** Die Karte muß bis zum 7. Januar 1913 umgetauscht sein. Es ist nicht notwendig, daß sie voll geklebt ist. Es genügen zwanzig Beitragsmarken. — **G. S. 53.** Nein — **K. 34.** Wenden Sie sich an das dortige Polizeipräsidium. — **W. G. 1913.** Der Antrag wäre bei dem Berliner Polizeipräsidenten anzubringen. Die Gründe, die Sie zu dem Antrage veranlassen, müssen Sie angeben. — **P. W. in St.** 1. Darüber müssen Sie selber entscheiden. Wir wissen nicht, wie Sie den Handel betreiben wollen. 2. bis 4. Das erfahren Sie bei dem dortigen Gemeindevorstand. Die Bestimmungen sind in den einzelnen Gemeinden verschieden. — **Schulze, Schumannstraße.** 1. Geburtsurkunde beider sowie Ihr Militärpaß. Für den Fall, daß die Braut minderjährig ist, Einwilligungserklärung des Vaters oder des Vormundes. 2. Das läßt sich nicht verhindern. — **23. 76.** 1. und 2. Ja. 3. Es empfiehlt sich, die Angelegenheit ohne Klage zu erledigen. — **R. J. J.** Voraussichtlich wird der Arzt zunächst antworten. Sie können auch die Uebersendung einer spezialisierten Rechnung verlangen, um diese an Hand der ärztlichen Gebührenordnung nachzuprüfen. — **C. P. 54.** Wenden Sie sich an das dortige Polizeipräsidium. — **Charlottenburg. K. Sch. 10.** Erheben Sie gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch und verlangen Sie von der Versicherungsgesellschaft die Erteilung einer Abschrift des Versicherungsvertrages. Aus dieser Abschrift werden Sie den Beginn des Vertrages ersehen. — **Emma 3.** Sie sind zur Herausgabe verpflichtet. Schneiderlohn können Sie nur dann verlangen, wenn der Betiohlene die Pfandstücke verwerten kann. 3. Der Fordernde ist zur Abholung verpflichtet. — **A. W. 86 555.** Die Vereinbarung halten wir formell für zulässig. — **B. L. 7.** Der Antrag ist bei Ihrem Amtsvorsteher zu stellen unter Ueberreichung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Invalidenkarte. — **S. G. 22.** Bis zum Schluß des Monats, in dem die Abmeldung erfolgt ist, sind Sie steuerpflichtig. — **P. S. 100.** 1. bis 3. In fünf Jahren, so daß Verjährung noch nicht eingetreten ist. — **K. A. 13.** Die Gebühren betragen nach dem Gesetz für Sie und den zweiten Angeschuldigten je 20 M., für den dritten Angeschuldigten 5 M. Hinzu treten die Auslagen des Gerichts einschließlich der etwa gezahlten Zeugen- und Sachverständigengebühren. Da wir die Auslagen des Gerichts nicht nachprüfen können, läßt sich eine bestimmte Auskunft nicht erteilen. — **A. R. 100.** 1. In Wilmersdorf, Hohenzollerndamm. 2. Das muß geschehen. Die Angestellte kann jedoch die Aufnahmekarte nach Ausfüllung bei der Versicherungsanstalt direkt abgeben. In die Versicherungskarte, die der Unternehmer zurückerhält, wird die Tatsache nicht mitaufgenommen. — **Karl W. 746.** 1. Nein. 2. Ja. — **F. 33.** Sie behalten Ihren Anspruch auf die Vertragsdauer an den früheren Eigentümer, falls in dem Engagementsvertrage nicht eine Lösung für den Fall der Veräußerung vorgesehen ist. — **Versicherung.** 1. Mindestens 20. 2. Beliebige Lohnklasse. 3. Nein. 4. Je mehr Beitragswochen geleistet sind und je höher die Lohnklasse ist, je höher ist der Steigerungssatz, der für den Fall, daß der Rentenanspruch eintritt, gezahlt wird.

Marktbericht von Berlin am 7. Dezember 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,60—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 0,80—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 3,00—30,00.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen Santa Lucia Stärkungs-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.— Nachahmung bitte zurückzuweisen. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Gratis eine Taschenuhr

hochelegant für Damen od. Herren als Geschenk von heute bis 24. Dezember beim Einkauf von 10 Mark!

Atelier BAR REKLAME Berlin SW. 48.

Schuhhaus Perinsohn Rosenthalerstr. 40-41
2. Geschäft: Grosse Frankfurterstrasse 110
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstrasse 34 Ecke Magazinstr.
Spezialität: Gelegenheitskäufe

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Buchhandlung Vorwärts, SW. 68. Lindenstraße 69.

Neuerscheinung

Die Parteien der großen französischen Revolution und ihre Presse.

Von **Heinrich Cunow.**

Mit zahlreichen Illustrationen.

Zweite erweiterte Ausgabe des in erster Auflage unter dem Titel: „Die revolutionäre Zeitliteratur Frankreichs während der Jahre 1789 bis 1794" erschienenen Werkes.

Preis 6 Mark. Gut gebunden 7,50 Mark. 249/3*

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 10. Dezbr.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzi.
Kgl. Schauspielhaus. Flachsmann als Erzieher.
Deutsches. König Heinrich IV. 1. Teil.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Aufs Matterhorn.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Lessing. Sommer.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Deutsches Opernhaus. Zar und Zimmermann.
Schiller O. Die Jüdin von Toledo.
Schiller-Charlottenburg. Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Berliner. Filmzauber.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Prinzenerziehung.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutsitzende Frack.
Thalia. Autoliedchen.
Trianon. Die Erste — die Beste.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Lustspielhaus. Graf Pepi.
Theater am Nollendorfplatz. Orpheus in der Unterwelt.
Luisen. Raffles.
Neues Operntheater (Kroll). Russisches Ballett.
Rose. Die Sünden der oberen 10 000.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Das Scheidungs-Souper.
Groß-Berlin. So bummeln wir. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Bei Vatern.

Anfang 8½ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Grigri.
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.
Casino. Am grünen Strand der Spree.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Lore. — Die Spieler. — Der Kammersänger.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 67—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im weißen Rößl.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rößl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr:
Wallensteins Tod.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heimgefunden.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: **Orpheus in der Unterwelt.**
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:
Schneewittchen.

Montis Operetten-Theater
(Fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Constanze v. Linden:
Prinzenerziehung.
Morg. u. folg. Tage: Prinzenerziehung.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Alles für die Firma.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gutsitzende Frack.**

Luisen-Theater.
Heute 8 Uhr:
Raffles.
Mittwochnachmittag 4 Uhr: Klavorvorstellung: König Drosselbart.
Mittwoch und folgende Tage:
Raffles.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Sünden der oberen Zehntausend.
Mittwoch:
Mein Leopold.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute! **Volks-Konzert**
des Erkschen Männer-Gesangvereins E. V.
(Chormeister: Kgl. Musikdir. Prof. Max Stange) unter Mitwirkung des **Berliner Konzerthausorchesters,** Dir. F. v. Blon, Komponist.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf. Anfang 8 Uhr.
Abonnements und Passepartouts haben keine Gültigkeit!

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund. Musik v. Rud. Nelson. Tänze arrang. von Will Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schultz.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!

Winter Garten
Sahary-Djeli
Der zerbrochene Spiegel.
Burleske v. Camillo u. K. Schwarz.
40 Lipinskys Komödienbunde 40
Gastspiel
Max Linder
der weltberühmte Film-Schauspieler in seinem Sketch:
Hühneraugenoperateur aus Liebe
(Pédreuxe par amour).
Max, der Liebhaber . . Max Linder
sowie die sensationellen
Dezember-Attraktionen.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
8 für Berlin neue Debüts.
Stürmischer Lacherfolg!
9 Uhr: Berlins neueste Sensation!
Dario Paini.
Das Wunderhypnotischer Kartenkunst.

Passage-Theater.
Unter den Linden 22-23
Lichtspiele.
Diese Woche:
Menschen unter Menschen.
Groß. Drama nach Viktor Hugo
u. d. hum. Progr.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!

TGB
THEATER GROSS-BERLIN
am Zoo.
Täglich 8 Uhr:
So bummeln wir!
m. Massary, Pallenberg, Bachmann.
Vorher:
Varieté-Aufführung.
Rauchen gestattet.
Vorverk. 10-6 Uhr Theaterkasse, Warenh. Tietz, Invalidendank.

Herrnfeld Theater
Beispielloser Lacherfolg!
Die Alpenbrüder.
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Hierzu:
Das Scheidungs-Souper.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Zirkus Albert Schumann.
Heute Dienstag, 10. Dezember, abends 7½ Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Neu! U. a.: Neu!
Eine Kegelpartie zu Pferde.
Erfunden v. Dir. A. Schumann.
Schulpferd u. Ballerina,
Sportakt von Alb. Carré.
Nur noch einige Tage!
Tommy, der erste u. einzige Bär, der selbständig Zweirad fährt.
?? Signor Maximo ??
Das größte kubanische Wund.
Um 9¼ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr!
Die Novitäten:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse
„Am grünen Strand der Spree".
Sonntagnachmittag 4 Uhr:
Unter dem Weihnachtsbaum.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Täglich außer dem großen Spezialitäten-Teil:
Fesche Mädel.
Gesangs-Burleske in 1 Akt.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr:
„Bei Vater'n".
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
O Tannebaum.
Mittwoch:
Gr. Soiree.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 10. Dezember:
abends 7½ Uhr:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla"
in 6 glänzenden Bildern.
Besonders hervorzuheben: Das berühmte Wirtshaus bei Ossuna. — Die berühmte Stiergefechts-Arena in Sevilla. — Die feenhaften Festaufführungen aus der Rokokozeit.
Vorher das große Gala-Programm
U. a.:
Der sprechende Kater „Peter"
Der kl. indische Dämmling Smaun

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 53.
Dienstag, den 10. Dezember:
Gastspiel in der Neuen Welt, Hasenheide 108—114:
Der Müller und sein Kind.
Volksdrama in 5 Aufz. von Raupach.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
Elspalast.
Einzig in der Welt mit seinen prunkvollen Eisballetts.
Allabendlich das sensationelle
Eisballett „Yvonne".
100 Mitwirk. Fabelh. Ausstatt.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10¼ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum
50 WILDE IGORROTEN FRAUEN, Männer, Kinder.
Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten
IGORROTEN-Dorfe.
Lebend! Ohne Extra-Entree.

VERA 3 Pf JOSETTI Cigarette

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2289K

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200K*

Bronzegaskronen, Gaszuglampen, Hängegaspendel, Gaswandarme. Moderne Hängegaskronen, Gaskocher. Allerbilligste Bezugsquelle. Zurückgesetzte Muster spottbillig. Schroeder, Hochstraße 43. 2689K

Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig.

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, fabelhaft billig.

Plüschportieren, Leinenportieren, Restpartien, halben Preis.

Gestickte Plüschdecken 5,85, extragroß 7,85.

Steppdecken 3,65, Schlafdecken 1,15. 2715K*

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenthalerstraße 54.

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager! Louis Böttcher (selbst!), Kronleuchter-Spezialhäuser. Betriebsleitung: Boxhagenerstraße 32 (kein Laden). (Fahrverbindung Warschauerstraße.) Filiale: Neukölln, Kottbuser Damm 41, Eingang Hermannplatz.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag von 8—10 und 12—8 geöffnet. *

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896K*

Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897K*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Herrenulster, Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

4.25 prachtvolles Bett. Dauniges Bett 8,50, rotrosa gestreift. Aussteuerbetten, ganzer Stand 26,50. Nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, I. Etage. 2083K*

Zu Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Schönhauser Allee 114 (Ringbahnhof). Pfandleihhaus. Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle! Riesen-Weihnachtsverkauf eröffnet! Extrabilliger Bettenverkauf! Taschenuhren! Wanduhren! Prachtteppiche! Pelzstolas! Größtes Goldwarenlager! Winterulster! Monatsanzüge! Steppdeckenlager! Gardinenverkauf! Plüschtischdecken! Bilderverkauf! Portierenlager! Aussteuerwäsche! Fahrtvergütung. 2640K*

Littauer-Nähmaschine ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig. Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 65. *

Glaschristbaumschmuck, fl. Neuheiten, nur bessere Sachen als Glocken, Früchte, Engel Weihnachtsmann, fl. besponnene Sachen usw. versendet in Postkisten per Nachnahme 5,85 M., bei Vorauszahlung 5,00 M. Max Bechmann, Steinheid S.-M. Besonders empfehle mich den werten Genossen *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Puppenwagen, Restverkauf, jeden Preis, Tische 2,50, Stühle 0,50, verstellbare 2,00 an, Kurfürstenstraße 24.

Christbaumschmuck für Wiederverkäufer billigst Köpenickerstraße 115.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Abfall, fehlerhafte Teppiche 4,25, 5,75, 7,85, 9,50, 11,85, 15, 19, 23, 27, 31 usw. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75, 8,25 usw.

Angeschmutzte Gardinen. Stores, Tülldecken, Rouleaus, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125.

Künstlergardinen 3,85, 4,75, 5,95, 6,65, 7,85, 9,50, 11,75, 13,50 usw.

Leinen- und Tuchportieren 3,25, 3,65, 6,75, 7,85, 9,50 usw.

Plüschportieren 5,85, 6,75, 7,65, 8,50, 9,85, 10,50, 11,65, 14,25 usw. Fabriklager Große Frankfurterstr. 125.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4,25, 5,75, 6,50, 7,95, 8,35, 21,50 usw.

Tuch-, Leinendecken 1,65, 2,25, 2,95, 4,35, 5,50, 6,85, 7,50 usw.

Steppdecken, Simili-Seide 3,75, 4,50, 5,65, 7,50, 8,35, 9,75, 11,25, 13,50 usw.

Diwandecken 3,95, 4,50, 5,65, 7,50 bis 30 usw.

Schlaf- und Reisedecken 95, 1,35, 1,95, 2,85, 3,45 bis 45 Mark.

Möbelstoff, Läufer und Linoleumreste zu Spottpreisen. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2698K*

Steppdecken! Spottbilliger Weihnachtsverkauf! Prachtvolle Similiseidene: 3,85, 4,75, 6,00 bis 15,00. Täubettdecken 2,50. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbusertor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor“, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge 9,—, Ulster, Paletots 5,—, Joppen 4,—, Silberuhren 3,—, goldene Damenuhren 8,—, Goldwaren, Pelzstolas, Betten, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Diwandecken, Freischwinger, Bilder, Fahrräder. Alles enorm billig. Sonntags geöffnet. 2467K

Strümpfe werden neu- und angestrickt, Verkauf von Wolle, speziell Schweißwolle, Stricken auf Maschine lehrt gründlich, Verkauf von Strickmaschinen erstklassig. Clement, Ramlerstraße 27 2538K*

Brennholz, ofenfertig, Buche, Erle oder Kiefer, 10 Sack (1 Meter Inhalt) 9,—; Anzündeholz 20 Sack 9,50, 10 Sack 5,—, alles frei Keller. Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 4, Moritzplatz 781. 2746K*

Gelegenheitskäufe. Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Kessel, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, passende Weihnachtsgeschenke usw., zu spottbilligen Preisen. G. Lucke, Oranienstraße 130.

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Winterpaletots, Ulster, Winterjoppen, Beinkleider, auch für korpulente Herren passend, stets auf Lager. Prinzenstraße 28, erste Etage. (Eckhaus Ritterstraße). 2480K*

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Gaslyren 2,40, Gaswandarme 1,50, staunend billig. — Vier Geschäfte — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenéstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 2008K*

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Musikinstrumente, Geigen, Zithern, Mandolinen, Harmonikas, Schirme, Stöcke, passende Weihnachtsgeschenke usw. spottbillig. G. Lucke, Oranienstraße 130. 2492K*

Zum Weihnachtsfest. Herrenuhren 3,10, Damenuhren von 4,50 an. Goldsachen, wie Ketten, Ringe, Armbänder, Kolliers, Operngläser, im Versatz verfallen, Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Bauzaun Wertheim, kleiner Eingang. 2682K*

Wundervolle Plüschtischdecken jetzt 6,75, Plüschportieren 8,50, Teppiche 200/300 12,50, herrliche Künstlergardinen 6,50, Erbstüllstores 3,95, Bettdecken 2,50. Prachtvolle Weihnachtsgeschenke „Vorwärts“-Leser noch fünf Prozent Extrarabatt. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. *

Zinkwaschfässer, Zuber, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Pferdedecken, zurückgesetzte, große reinwollene 3,00 und 4,50. Wasserdicht bezogene 10,00 und 12,00. Gebrüder Pflaume, Friedrichstr. 205, Ecke Zimmerstraße. 2591K

Sommerfelds Monatsgarderobenhaus und Pfandleihe, früher 25 Jahre Heinrichsplatz, jetzt Prinzenstraße 34 I, neben Bauzaun Wertheim, kleiner Eingang, bietet jedem Käufer große Geldersparnis für Winterulster 6,50 an, Winterpaletots 8,25 an, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Joppen, für jede Figur passend. Ferner Pelzstolas, Damenulster, Blusen, Aussteuerwäsche, Steppdecken. 2681K*

Betten prachtvolle, 6,90, 8,75, 12,75. Aussteuerbetten 15,75, 18,75. Daunenbetten 19,75. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Wanduhren! Taschenuhren! Schmucksachen! Ringe! Auktionspfänder spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Skunksstolas! echte, 37,50, 45,00. Opossumstolas! Nerzmurmel! Tibetstolas spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Teppiche! prachtvolle 5,85, 8,75. Salonteppiche 12,75, 15,75, 25,00. Vorleger! Felle! Läuferstoffe spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47.

Steppdecken! Diwandecken! Tischdecken! Tülldecken! Schlafdecken! spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Portieren! Leinenportieren, reich gestickt, 3,45, 4,50, 5,85. Bettdecken mit Volant 2,95, 3,75. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Gardinen! prachtvolle! 1,95 bis 5,75! Künstler-Madrasgardinen! Stores! Tülldecken! spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Winterpaletots! Auktionspfänder, neue, getragene Anzüge! Hosen! Alles spottbillig; nur Pfandleihe. Paul Krüger, Brunnenstraße 47. 12—2 geschlossen. Sonntags geöffnet. 2583K*

Taschenuhren, silberne, 3,50, gestempelte, 585 Gold, 14,50, Operngläser 3,70, Freischwinger-Regulatoren, 10,50. Ringe, 333 gestempelt, 1,—, viele hundert Broschen, Ohrringe, Halskolliers, Medaillons, Uhrketten, 1,50 bis 16,30, alles mit Garantieschein, solange Vorrat. Nur Pfandleihe Andreasstraße 38. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld. 2618K*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Kinderbettstellen, Herrengarderobe. Pelzstolas. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Plätterei-Einrichtung verkauft billig Hackert, Transvaalstraße 14.

Zum sofortigen Baubeginn. Baustelle, wenig Ausschacht, mit Zeichnung, Bauschein, Baugeld ab Keller. Anzahlung 1500 Mark. Leiser u. Co., Martin Lutherstraße 60. Lützow 7220.

Kanarien und Weibchen. Bösenburg, Belzigerstraße 59.

Puppenwagen, Kindertische, Kinderstühle, Triumphstühle, Kinderbetten, Kinderwagen spottbillig. Kottbuserdamm 90. †146*

Teppiche. Wegen Geschäftsaufgabe 50 Prozent Ermäßigung, auch Tischdecken, Portieren, Gardinen, zu Schleuderpreisen. Adler, Königstraße 50. 2747K*

Geschäftsverkäufe.

Restauration, altes, gangbares Geschäft, Zahlabend, Vereine, passend für Metallarbeiter, zu verkaufen. Vermittler zwecklos. Offerten unter E. B. 1721 befördert Rudolf Mosse, Prinzenstraße 41. 285/12

Obst-, Kolonialwaren-, Gemüsegeschäft, ohne Konkurrenz, in Berlin, mit Einrichtung und großem Warenlager für 1800 Mark. Glänzende Brotstelle. Tageskasse zirka 60 Mark. Geschäftskenntnisse unnötig. Möller, Pankow, Florapromenade 22.

Möbel.

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Raten. Auch einzelne Möbel. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Zum Weihnachtsfest Teppiche, Portieren, Läufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12, Postamt 22. 2393K*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—, Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 80, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Arbeiter-Wohnungs-Einrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Rejewski, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 286/1

Plüschsofas 40,00, 50,00, Chaiselongue 18,00, Ausziehtisch, Trumeau, englische Bettstellen 22,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. *

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Eine Sensation bildet meine große Ausstellung modernster Küchen, welche ich an Private zu denkbar billigsten Preisen verkaufe. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Umzugshalber bis Ende Dezember: herrliche Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, Gaskrone, Federbetten 195,—, Umbausofa 40,—, Trumeau 33,—. Abram, Neue Königstraße 66 I. Händler ausgeschlossen. 238/20*

Plüschgarnitur, Schlafsofa, Spiegelspind, Waschtoilette, Sofatisch, Gaskrone billigst. Nachmittags 2—8. Keine Händler. Moritz, Greifenhagenerstraße 49, III. 285/19

Nußbaum-Trumeau, große Säulen, Zither, neu, Silberketten, Armband, schwarzes Damastkleid, Samtbluse, neu, Größe 46 (Händler verbeten), verkauft Groß, Müllerstraße 63. 285/20

Wirtschaftsmöbel. Zu ganz spottbilligen Preisen als Gelegenheitskauf sind wieder prachtvolle, sehr wertvolle Herrenzimmer, Salons, Speisezimmer, moderne Küchen, Wohnzimmer, Schlafzimmer in allen Holzarten, einzelne Büfette, Schreibtische, Bücherschränke 40, Spiegelschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Waschtoiletten, Klubsessel, Lederstühle, Sofas, Chaiselongue mit schöner Decke 22,50, Plüschgarnituren, Ausziehtische, Trumeaus 30,00 an, Bettstellen, Rohrstühle, Sofatische, Nähtische, Flurgarderoben, über 500 Prachtteppiche extra billig, Tischdecken, Steppdecken, Plüschportieren 7,50 an, Gaskronen, Gardinen, Erbstüllstores 3,50 an, Tüllbettdecken, Chaiselonguedecken, Standuhren, Freischwinger 12,00, eine Partie Bilder mit Prachtrahmen sowie andere Gelegenheitskäufe in meinem bekannten großen Möbelspeicher, Anhalter Bahnspeicher. Eingang nur Möckernstraße 25. Hochbahnstation Möckernbrücke. Gekaufte Möbel können unentgeltlich lagern. Otto Libeke, Warenspeicher für Gelegenheitskäufe. Für Brautleute, Pensionate, Hotels extra billige Preise. 2580K*

Einrichtung, Stube und Küche, 195,—, Einzelmöbel spottbillig. Schneider, Prinzenstraße 98. *

Möbel, ältere Muster, verkaufe nach Inventur bis 50 Prozent ermäßigt; unter anderem komplette Speise-, Herren-, Schlafzimmer und Salons, Vertikos, Kleiderschränke, Trumeaus, Tische, Umbauten, Plüschsofas sowie einige elegante Garnituren, komplette Küchen mit Anrichte usw. Julius Apelt, Tischlermeister, Adalbertstraße 6 (Kottbusertor). 2712K

Nußbaumwirtschaft, noch neu, passend für Brautleute, spottbillig bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. *

Hochmoderne Nußbaumwirtschaft, Prachtküchenmöbel, Teppich, Wandbilder, Federbetten für 197,00, nur an Privatleute. Caspar, Lottumstraße 2, I. 2730K*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-Leser 3 Prozent Rabatt. 39K*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Holdstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901K*

Moebel-Boebel. Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 378,— 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 2057K*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch des Käufers. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Musikinstrumente.

Pianino, wenig gebraucht, stabiles, tonschönes Instrument, billig. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31. *

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534K*

Konzertpianino, 145 hoch, schwarz, kreuzsaitig, wenig gebraucht, allerbilligst verkäuflich, Warschauerstraße 58, vorn I, Menzel. 2751K

Pianino, kreuzsaitig 100,— (eventuell Teilzahlung). Turmstraße 9, Zander.

Pianino verkauft billig, Neukölln, Friedelstraße 37, Mohr. †23

Nußbaum-Pianino verkauft Göbel, Neukölln, Weigandufer 29 II. †23

Konzert-Grammophon, echt Zonophon-Fabrikat, umständehalber sehr billig. Schirn, Woldenbergerstraße 5. 2685K

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248K

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Mädchenfahrrad, Knabenfahrrad, wie neu 35,—. Holz, Blumenstraße 44.

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203K*

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin“ hat in seinen Geschäften Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29, allergrößte Auswahl und kolossal billige Preise. Beste Bezugsquelle für jedermann. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,— an, mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Laufdecken 1,75 an, Gebirgsreifen mit extra starker Lauffläche 4,50, 5,50, 6,50, Luftschläuche 1,75, 2,25, 3,—, Sättel 1,45, Karbidlaternen mit großer Blende 1,50, 1,75, 2,25, 3,50, Oellaternen 0,65, 1,—, Rucksäcke 0,60, Gepäckträger 0,60, Pedale 0,65, Ketten 0,95, Engländer 0,20, Schraubenzieher 0,05. Reparaturen in eigenen Werkstätten gewissenhaft, schnellstens und billigst. Emaillierung 3,50, Vernickelung. Elektrische Taschenlampen und Taschenfeuerzeuge. *

Brennaborrad, neue Bereifung, 15,00, sofort. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 285/15*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin S., Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 2555K*

Höchstzahlend. Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Platinabfälle, Gramm 5,70. Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Schmelzerei Auguststraße 19. †2*

Zahngebisse, Stanniol. Spezialgeschäft, Elsasserstraße 66. 2608K*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor“, Hollmannstraße 30. *

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. *

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaffa, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763K*

Fahrradankauf, höchste Preiserzielung, Weberstraße 42. 285/16

Briefmarken-Sammlung, Münzen kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 285/14

Parteisekretär gesucht.

Für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen wird baldigst ein Parteisekretär gesucht. Organisatorische und agitatorische Fähigkeiten sind Bedingung. Genossen, die in ähnlicher Stellung waren, sind bevorzugt. Der Antritt soll möglichst am 15. Januar 1913 erfolgen. 299/14

Bewerbungen sind bis spätestens 20. Dezember zu richten an das Parteisekretariat Barmen, Marienstraße 22.

Zahngebisse. Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber 3,80, Stanniolpapier, Zinn 3,75, Kupfer 1,80, alle „Metalle“ höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 2691K*

Goldschmelze. Altgold, Altsilber, Gebisse, Platina, höchste Preise, Goldschmied Bruckard, Mulackstr. 22, nahe Rosenthalerstraße. 15135*

Unterricht.

Stenographie Stolze-Schrey. Lehr- und Uebungs-Diktatkurse in kleinen Zirkeln. Kursus 3,—, Einzelabende 0,50. Rita Hart, Bureau Schützenstraße 39 I. 2749K

Verschiedenes.

Festdichtungen. Große Frankfurterstraße 67. 1973K*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098b*

Patentanwalt Wetzel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2390K*

Handwäscherei Frau Kubatsch, Köpenick, Flemmingstraße 9, wäscht schonendst, sauber Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. 1595b

Schreibmaschinen-Arbeiten, Vervielfältigungen. Englisch, französisch übernimmt Rita Hart, Schützenstraße 39 I, Amt Zentrum 8909. *

Waschanstalt Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche. Vier Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag. 1596b

Vermietungen.

Wohnungen.

Sonnenburgerstraße 27, leere zweizimmerige Wohnungen. 1529b*

Soldinerstraße 16, leere zweizimmerige Vorderwohnung, Kammer, Balkon. 1528b*

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet möglichst an Parteigenossen Gelrich, Tilsiterstraße 24.

Mietsgesuche.

Aelterer Herr sucht einfaches Heim. Offerten „Heim“ Postamt 27.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Maler, Anfang dreißig, sucht Beschäftigung gleich welcher Art. Gefällige Offerten unter „Sch. 25“, Postamt 34. †106

Stellenangebote.

Korbmacher, einige, auf große runde Geschoßkörbe, bei gutem Verdienst, sucht sofort Wilhelmstraße 122a.

Säumchenstepperin-Zuarbeiterin, französische Kleider im Hause. Fiebelkorn, Neukölln, Richardplatz 9 II. *

Versilberin auf Kanten und Farbigmacherinnen werden sofort verlangt. Giese u. Borchardt, Adalbertstraße 20. 285/17

Kinderkleider-Arbeiterinnen und Arbeitsstuben auf bessere Wollsachen, Größe 50—70, verlangen gegen Vorlage von Probearbeit Fischbein und Mendel, Lindenstraße 44—47. *

Mädchenkleider-Arbeiterinnen und Arbeitsstuben auf bessere und feine Wollsachen, Größe 65—100, verlangen gegen Vorlage von Probearbeit Fischbein u. Mendel, Lindenstraße 44—47. 1554b*

Backfischkleider-Arbeiterinnen auf bessere Wollsachen verlangen gegen Vorlage von Probearbeit Fischbein und Mendel, Lindenstraße 44—47. *

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für Kistenmacher die Firma Coulnick & Co., Reichenberger Str. 155, sowie sämtliche Betriebe in Hamburg.

Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes“.

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.